Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 215. | Dresden, Dienstag den 16. September 1913. | 24. Jahrg.

Auf der Tagung des Zentralverbandes der Industriellen erklärte der Syndikus Schweighoffer, daß das Vertrauen zur Regierung stark erschüttert sei.

In Dublin feiern jetzt infolge Streiks und Aussperrung 10000 Personen.

Die holländische Thronrede kündigt die Verfassungsrevision an.

Die Budapester Sanitätsbehörden erklären, die Cholera in Budapest sei erloschen.

In Kwantschöngtsu kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Japanern und Chinesen.

In einem Berliner Offizierskasino wurde ein Rittmeister von einem Kunstmaler erschossen.

Politik der Tat.

Jena, 15. September.

Die Eröffnungssitzung des Parteitages am Sonntag abend stand im Zeichen der Trauer um August Bebel. Auch in den Begrüßungsreden der zahlreichen Vertreter der ausländischen Bruderparteien bekundete sich nochmals der unermeßlich schwere Verlust, den die Arbeiterklasse aller Länder durch den Tod Bebels erlitten hat. Aber zugleich erklang aus allen diesen Reden der große Wille der Sozialisten aller Länder, **treu im Geiste Bebels weiterzukämpfen und das Proletariat zur Freiheit zu führen.** Aus allen Reden rang sich empor der heiße Wille zum Vorwärts. Und dieser selbe Wille zum Vorwärts soll den ganzen deutschen Parteitag erfüllen! Daß dieser Wille die Vertreter des klassenbewußten deutschen Proletariats beseelt — das hat bereits die erste ordentliche Sitzung des Parteitags erwiesen.

Die eigentlichen Debatten des Parteitags wurden eingeleitet mit einer überaus lebendigen Rede des Genossen Scheidemann. Das war ein prächtiger Auftakt für diesen Parteitag, der sich zu einem Parteitag neuer Kampfesrüstung gestalten möchte. Scheidemanns Rede war allerdings nicht nur voll großen Feuers, voll stürmender Angriffskraft gegen die Feinde der Arbeiterklasse, sie war zugleich eine ernste und eindringliche Abwehr gegen die innerhalb unserer Partei hier und da hervorgetretenen Versuche, die Arbeiterschaft in unüberlegte und aussichtslose Unternehmungen zu jagen.

Scheidemann behandelte zunächst verschiedene Fragen, die unsere Partei in den letzten Zeiten beschäftigt haben. Er stellte fest — und wir glauben mit Fug und Recht —, daß die vom vorigen Parteitag beschlossene Einrichtung des Parteiausschusses sich sehr gut bewährt hat. Es ist eine dauernde innige Fühlung zwischen der Zentrale der Partei und den Vertretern aus allen deutschen Landesteilen hergestellt. Alle parteipolitischen Aktionen sind vom Parteivorstand gemeinsam mit dem Ausschuß beraten und durchgeführt worden. Der Redner besprach dann in kurzen Ausführungen die Jugendbewegung, ferner die Studienkommission zur Behandlung der agrarischen Probleme, er kündigte die Herausgabe eines illustrierten Familienblattes durch die Partei an. Dann wandte sich Scheidemann gegen die verfehlten Schlußfolgerungen, die von einem Teil der Parteipresse aus dem Stillstand in der Zahl der Parteimitglieder gezogen worden sind. Er wies an zahlreichen Beispielen nach, daß auf allen Gebieten des Parteilebens mit großem Fleiß gearbeitet worden ist, und er betonte treffend, daß es nicht allein darauf ankommen könne, immer mehr in die Breite zu wachsen, es muß gesorgt werden, daß wir in die Tiefe dringen, daß unsere Anhängerschaft stets gründlicher mit der sozialistischen Bildung erfüllt werde. Sehr bedauerlich aber sei es, wenn einzelne Genossen, statt sachlich für die weitere Entwicklung der Partei mitzuarbeiten, die Saat der Zwietracht säen. Es sei vom Schwinden des Vertrauens der Massen zur Partei geredet worden, es sei das Wort von der „greisenhaften Ermattungsstrategie" gefallen, es seien sogar die Nichtorganisierten als die wahren Wunderknaben hingestellt worden. Sei nicht vielmehr im letzten Jahre eine gewaltige Parteiarbeit geleistet worden, von der Protestbewegung gegen die Teuerung im vorigen Herbst bis zu den großen Kämpfen gegen die Kriegsgefahr und gegen die Militärvorlage? Freilich, der Kampf gegen die Militärvorlage sei schließlich abgeflaut, aber das könne unmöglich eine Schuld unsrer Parteigenossen gewesen sein, es lag daran, daß die Massen sahen, die Annahme der Vorlage sei nicht zu verhindern, ihre Kosten aber würden auf die Schultern der Besitzenden gelegt werden. Allerdings hätte man den Erfolg unsrer Partei in der Steuerfrage nicht anerkennen wollen, es seien aber wahrlich seltsame Taktiker, die mit allen Künsten die doch zutage liegenden Errungenschaften unsres Kampfes abzuleugnen sich abquälen.

Die volle Höhe erreichte Scheidemanns Rede, als er dazu überging, den preußischen Wahlrechtskampf und die Frage des politischen Massenstreiks zu behandeln. Nichts kann uns ferner liegen, als persönliche Lobsprüche spenden zu wollen, doch es muß dem freudigen Empfinden Ausdruck gegeben werden, daß Scheidemann sich in einer vielumstrittenen und schwierigen Frage als ein politischer Stratege erwies, der die Leidenschaft des Kämpfers mit der kühlen Ruhe der Ueberlegung zu vereinigen weiß.

Scharf und wuchtig wendete sich Scheidemann gegen die Machthaber, die dem Volke Preußens das elementare Staatsbürgerrecht vorenthalten, gegen den Bruch der Versprechungen und gegen die Einbildung der Reaktionäre, auf die Dauer der Wahlrechtsforderung widerstehen zu können. Immer weiter wird die Empörung der Entrechteten umsichgreifen, immer erbitterter wird die Kampfesstimmung werden. Die deutsche Arbeiterklasse hält fest an den Beschlüssen der früheren Parteitage, daß im letzten Falle der politische Massenstreik ein Mittel ist, um das Recht der Arbeiterklasse durchzusetzen.

Leider hat das Vorgehen einiger Parteigenossen in jüngster Zeit es nötig gemacht, nicht alle Wucht allein gegen die Feinde der Arbeiterklasse einzusetzen, sondern mit Nachdruck zugleich gegen irreführende Ratschläge im eigenen Lager vorzugehen. Scheidemann mag sich gesagt haben, die beste Parade ist der Hieb, er wartete nicht ab, bis die Kritiker auf den Plan traten, er forderte sie scharf zugreifend zum Treffen heraus. — Wenig erbaulich sei die Debatte über den politischen Massenstreik gewesen. Man habe großen Lärm gemacht, aber schließlich kamen alle zu dem Ergebnis: Jetzt ist an den Massenstreik nicht zu denken. Das habe der Parteivorstand sich von Anfang an gesagt und darum habe er geschwiegen. Man sage, diese Debatte entspreche der Stimmung der Massen. Nein! Die Arbeiter, die unter der Krise leiden, die den Haß der Gelben und der „Christlichen" kennen, sie gerade sagen: Jetzt ist es nicht an der Zeit. Unverantwortlich aber sei es, daß gerade diejenigen, die den schwierigsten Kampf vom Zaune brechen wollen, damit beginnen, daß sie die Vertrauensleute der Arbeiter, die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften, die das ganze Jahr im Dienst unserer Sache arbeiten und sicherlich ebensoviel Begeisterung haben als jene Kritiker, beleidigend herabsetzen und das Vertrauen der Masse zu untergraben versuchen. Wir alle sind nicht Gegner des politischen Massenstreiks, aber wir sind Gegner des vielen Redens über eine Tat, über die man redet, wenn man sie tun kann, aber nicht, wenn man es nicht kann. Und wie töricht sei es, um des Wahlrechts willen den Massenstreik zu wollen, zugleich aber den Parlamentarismus als unbedeutend hinzustellen. Es sei gefordert worden, daß „die Massen auf dem Schauplatz erscheinen sollen", daß beim Erscheinen des Zaren Demonstrationen auf der Straße hätten gemacht werden sollen. Nein, rief der Redner mit tiefer Erregung in den Parteitagssaal, für wertlose Demonstrationen sind wir nicht zu haben, das Blut unserer Gesinnungsgenossen ist uns zu kostbar, um es hierüber zu vergeuden.

Nach Lassalles Wort: Aussprechen was ist — hat Scheidemann als ehrlicher und besonnener Mann klar und wahr gesprochen. Er hat gesprochen im vollen Einverständnis mit allen an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung stehenden Körperschaften. Die übergroße Mehrheit des Parteitages begleitete seine Ausführungen mit häufigem großem Beifall.

Die Genossin Luxemburg hat mit einer Anzahl Parteigenossen eine Art Gegenresolution gegen die Resolution des Parteivorstandes und des Parteiausschusses eingebracht. Ihre Resolution klingt allerdings schon gar nicht mehr so schrill wie die früheren Angriffe, sie zeigt die laut geforderte Massenstreik-Offensive nur noch in zahmen Abschwächungen. Gleichwohl wird sich der Parteitag gewiß nicht auf diese Rückzugsoffensive einlassen, schon um keinerlei Unklarheiten aufkommen zu lassen.

Die Nachmittagssitzung brachte eine ziemlich zersplitterte Debatte über verschiedene Fragen, Jugendbewegung, Pressebureau, Familienblatt u. a.; zu einer einheitlichen und gründlicheren Behandlung dieser Fragen konnte es nicht kommen. Um die Massenstreikfrage wird am Dienstag in besonderer Debatte gefochten werden. —

* * *

Die gegnerische Presse betreibt seit längerem ihr Ratespiel, wer als neuer Parteivorsitzender erscheinen wird. Die Vermutungen der Gegner sind wieder einmal auf falschen Wegen gewesen. Parteivorstand und Parteiausschuß haben sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Nach gründlicher Erwägung aller Umstände sind sie dazu gelangt, dem Parteitage den Genossen Ebert als Vorsitzenden neben dem Genossen Haase vorzuschlagen. Es ist kein Zweifel, daß der Parteitag diesem Vorschlag freudig zustimmen wird. Die Zeit, wo ein August Bebel den Vorsitz der Partei führte, ist vorüber. Wie die Dinge heute liegen, erscheint es dringend erforderlich, daß ein in Organisationsfragen bewährter Mann wie Ebert, der sich durch festes und sicheres Wirken längst das allgemeine Vertrauen der Partei erworben hat, die Stellung eines Vorsitzenden übernimmt. Infolge dieser Verschiebung im Parteivorstande wird aber auch die Neuwahl eines Sekretärs nötig; ebenso ist an Stelle unseres Freundes Kaden ein neues Mitglied in die Kontrollkommission zu wählen; für diese Posten liegen verschiedene Vorschläge vor, eine Klärung dieser Fragen ist noch nicht erfolgt.

Die Preußen Ostasiens.

Bekannte Phrasen dringen zu uns aus Tokio, der Hauptstadt des japanischen Inselreiches: Auf zum Hunnenzug nach China! Die Ehre der Nation ist geschändet, das Banner des Vaterlandes in den Schmutz gezogen! Wir fordern Entschädigung, Entschuldigung und — eine Sühneparade!

Das klingt ganz preußisch und erinnert an den Chinafeldzug mit dem Weltmarschall und an die Hottentottenwahlen. Die Volksseele kocht auf Befehl der Herrschenden und reißt die Regierung vielleicht weiter fort, als den Ministern selbst lieb ist.

Die „Preußen Ostasiens" hat man die Japaner genannt und nicht mit Unrecht. Trotz aller Verschiedenheit der kulturellen Entwicklung und der geographischen Lage hat das Land der aufgehenden Sonne viele verwandte Wesenszüge mit unserm Junkerparadies. Beide Staaten werden beherrscht von einem verbürgerlichten Adel mit starken feudalen Traditionen und beide Länder haben jene Mischung von Adelshochmut, kapitalistischem Erwerbssinn und militärischem Geist zu höherer Einheit verbunden, die man Borussentum nennt.

Preußisch ist das japanische „Instrument des Himmels", das von einer kleinen Gruppe der „alten Staatsmänner" (hohe Adelige und Militärs) gespielt wird. Preußisch ist das Parlament mit seinem Wahlsystem und seiner Zusammensetzung. Preußisch ist der Adel, nur hat er weit schneller das Zweihänder-Schwert mit dem Kurszettel vertauscht und erweist sich kapitalistisch weit gerissener als das preußische Junkertum. Preußisch ist der Drill des Militärs und überpreußisch ist der Chauvinismus. Planmäßig hat die Schule, unter geschickter Benutzung der unerhört raschen ökonomischen Entwicklung und der kriegerischen Erfolge einen nationalen Fanatismus gezüchtet. Verglichen mit den Patrioten Ripons erscheinen unsere Kriegervereinler und teutschen Turner wie „vaterlandslose Gesellen". Man hat ja auch noch nie von einem Selbstmord eines preußischen Mannes aus verletzter Vaterlandsliebe gehört. Aus Japan wird jetzt wieder von einem solchen Harakiri berichtet.

Preußisch ist endlich die Polizeiherrschaft, vormärzlich die Zensur. Die Spitzelwirtschaft ist über-russisch, weil viel geschickter und erfolgreicher. Erinnert sei nur an die glänzende Auskundschaftung der Russen durch japanische Offiziere vor dem russisch-japanischen Kriege und an die Ausnutzung der japanischen Freudenhäuser auf den Philippinen zu Spionagezwecken. Russisch ist auch die Sozialistenverfolgung und die Abhängigkeit der Presse. Selbst die Oppositionsblätter leisten von der Regierung bestellte Arbeit.

Der jüngste chinesisch-japanische Konflikt widerlegt wiederum das Gerede von der „Einheit der Gelben Rasse" und ähnliche Phrasen imperialistischer Theoretiker. Gerade ein Blick auf die Beziehungen der beiden ostasiatischen Reiche zeigt, daß durchaus nicht das Rassengefühl, sondern wirtschaftliche und politische Erwägungen für die Haltung Japans maßgebend waren.

Nach dem chinesisch-japanischen Kriege vor 20 Jahren, der mit der völligen Niederlage Chinas endete, baute Japan seine Handelsbeziehungen in großem Maße aus und errichtete Niederlassungen in chinesischen Häfen. An der Niederwerfung des Boxeraufstandes waren japanische Truppen hervorragend beteiligt, weniger jedoch an den Plünderungen Pekings, von denen sie sich schlauerweise fernhielten.

Die nahe Kulturgemeinschaft (Aehnlichkeit der Sprache, Schrift, Religion und Kunst) begünstigte Japan im Handelsverkehr mit China. Der russisch-japanische Krieg fand alle reformerisch gesinnten Chinesen, Beamte, Literaten, Kaufleute, auf seiten der kulturverwandten Macht. Es bedurfte besonderer politischer Sendlinge des japanischen Mikado, um ein bewaffnetes Vorgehen Chinas gegen Rußland zu verhindern.

Während und nach dem Kriege begann dann eine eifrige Reformtätigkeit unter japanischer Führung. Schulwesen, Heer und Polizei wurden mit Hilfe japanischer Instruktoren reformiert. Die Schaffung einer Waffenindustrie unter japanischer Leitung begann und auch zur Hebung der Textilindustrie wurden japanische Hilfskräfte herangezogen. Es war die Zeit des „Ostasiatischen Kulturbundes", der japanischen Andeutschen, deren Präsident Vorsitzender des japanischen Oberhauses war.

Neben dieser Schöpfung des Prinzen Konoye suchte der japanische Buddhismus, die Kirche Hongwanji, in geschickter Propaganda die chinesischen Literaten reformerischer Richtung für den japanischen Einfluß zu gewinnen. „China und Japan müssen einander helfen wie Zähne und Lippen, wie Karre und Deichselstütze!" verkündete der „Ostasiatische Kulturbund". Es lief aber dieses Helfen vielfach auf die Losung hinaus: Kauft nur bei Gelben.

Unstreitig hat Japan während und nach dem großen Kriege mit Rußland viel in China geleistet. Aber es förderte damit ungewollt die chinesische Bourgeoisie und das Selbstbewußtsein der chinesischen Regierung, vor allem der fortgeschrittenen reformerischen Beamtenschaft. Diese Kreise, besonders die Kaufmannschaft, wandten sich dann gegen den japanischen Einfluß, und 1908 kam es wegen der völlig gerechtfertigten Beschlagnahme eines japanischen Schmugglerschiffes beinahe zum Krieg.

Nun unterstützte Japan die revolutionäre Bewegung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

der Jungchinesen. Tokio wurde das Zürich der chinesischen in Europa, Amerika und Japan geschulten Intelligenz. In Tokio hielt Sunjatsen seine berühmte Programmrede, sozusagen das kommunistische Manifest der späteren Revolution. Bei dem großen Kampf gegen die Mandschu war Japan wohlwollend neutral im Sinne der Südchinesen. Auch der jetzige Aufstand der Kommingtang ist sicher mit japanischem Wissen erfolgt.

Dieser Aufstand, bei dem sich Militär und demokratische Elemente zur Gegenwehr gegen das reaktionäre Wirken Juanschikais, des Diktators des Nordens, verbunden hatten, ist aber verloren und mußte fehlschlagen, da die Bourgeoisie ins Lager Juanschikais übergegangen ist und die europäische Hochfinanz den Norden unterstützt. Japan sieht sich also wieder enttäuscht und kehrt zur alten Chinafeindschaft zurück. Es hat seit langem seine Blicke auf die Mandschurei und die Mongolei gerichtet. Die Südmandschurei wird durch die japanische „südmandschurische Bahn" wirtschaftlich beherrscht, da diese Gesellschaft in Wahrheit ein Trust mit Kohlenbergwerken und einer ganz modern eingerichteten Stadt ist.

In der Mongolei kämpfen japanische Kaufleute seit Jahren gegen den russischen Handel. Die Zeit ist jetzt günstig für sie, da die Mongolenfürsten durch die brutale zarische Raubwirtschaft von ihrer Russenschwärmerei geheilt sind und China augenblicklich auch an kein selbständiges Vorgehen in den Außenländern denken kann.

Die japanischen Interessen in der Mandschurei und Mongolei sind der reale Hintergrund der jetzigen Kriegshetze. Diese Hetze treibt aber leicht über sich selbst hinaus, da der Chauvinismus sich wohl entfesseln, aber schwer eindämmen läßt. China ist allerdings trotz des Sieges über den Süden augenblicklich zu schwach, um es auf einen Krieg ankommen zu lassen. Es war daher von vornherein anzunehmen, daß die japanischen Forderungen bewilligt werden. Es ist auch zu wünschen, daß ein Krieg vermieden wird, da im Falle eines chinesisch-japanischen Waffenganges die Gegensätze der verschiedenen europäischen Mächte im äußersten Osten akut werden könnten. Auf die russisch-japanische Rivalität in der Mongolei ist schon hingewiesen. In der Mandschurei stößt aber Japan je länger je mehr auf die Anstrengungen des amerikanischen Kapitals. Diese Bemühungen der Union werden wachsen nach der Eröffnung des Panamakanals. Dazu hat die Frage der gelben Einwanderung die japanisch-amerikanischen Beziehungen ungünstig beeinflußt.

Das japanische Vorgehen verstärkt also die Unruhe in Ostasien. Es zeigt, daß diese Preußen des fernen Ostens zwar, wenn es sich so fügt, gern „moralische Eroberungen" machen; es beweist aber auch, daß Rassengemeinschaft und Kulturverwandtschaft in die Brüche gehen, wenn es sich um den Kapitalprofit und andere machtpolitische Vorteile handelt. Die japanische Hetze ist vor allem so gefährlich, weil die inneren Widerstände fehlen. Japan hat eine schwache Industrie und eine Arbeiterbewegung, die noch in den Kinderschuhen steckt und mit barbarischen Mitteln bekämpft wird. Aufgabe der Arbeiter Europas und Amerikas ist es, die Regierungen ihrer Staaten von einer intriganten Einmischung in die chinesisch-japanischen Konflikte abzuhalten.

•

Die japanischen Forderungen.

Peking, 15. September. Außer den bekannten Forderungen, welche die japanische Regierung wegen des Nankinger Zwischenfalles stellt, fordert nun Japan, daß auch der Präsident der chinesischen Republik in einer Botschaft sein Bedauern ausspreche, und daß der General Chansung abberufen werde. General Chansung wurde aber wegen seiner loyalen Haltung während der Krise zum Gouverneur des Bezirkes Kiangsu ernannt. Die Regierung befindet sich nun in einer schwierigen Lage, da sie sich unschlüssig ist, welchen anderen Posten man dem General anbieten könne, der mit seinem Temperament übereinstimme. Die Fremden sind sehr interessiert an der Art und Weise, wie die chinesische Regierung diese Frage lösen wird.

Chinesisch-japanischer Zusammenstoß.

Kwan-tschäng-tsu, 15. September. Hier hat ein Zusammenstoß zwischen Japanern und Chinesen stattgefunden, der durch herangezogene japanische Truppen beigelegt wurde.

Tokio, 15. September. Zwei japanische Kreuzer sind von Sasebo nach Nanking beordert worden.

Der Zentralverband deutscher Industrieller.

Gestern trat in Leipzig die diesjährige Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Industriellen zusammen. Natürlich hatten sich zahlreiche Vertreter der sächsischen und preußischen Regierung eingefunden, um die kapitalgewaltigen Industriemagnaten zu begrüßen. Wenn Arbeiterkongresse stattfinden, sind ja bekanntlich die Herren Minister und Geheimräte fast stets durch dringende Regierungsgeschäfte verhindert zu erscheinen. Es sieht ja auf den ersten Blick merkwürdig aus, daß solch dringende Regierungsgeschäfte sich immer just dann einstellen, wenn einmal Regierungsvertreter zu einer Arbeitertagung eingeladen sind, daß die Herrschaften aber nie so dringend zu tun haben, wenn es gilt, Unternehmervertreter zu begrüßen. Geht man aber den Dingen etwas auf den Grund, so findet man das leicht erklärlich. Unsere Regierungen sind doch die Diener des kapitalistischen Unternehmertums. Was Wunder, daß sie eben für ein sehr wichtiges Regierungsgeschäft halten, zur Stelle zu sein, wenn sich die Herren von der Industrie versammeln. Allerdings kann es den Regierungsleuten passieren, daß sie da öffentlich abgerüffelt werden. Die Herren von der Großindustrie sind nicht gewohnt, ein Blatt vor den Mund zu nehmen und wenn sie mit ihren Leuten in den Regierungen nicht zufrieden sind, so pflegen sie das recht deutlich zu sagen. Diesmal mußte es sich die Reichsregierung gefallen lassen, daß ihr vom Herrn Regierungsrat Schweighoffer, dem Syndikus des Zentralverbandes, das Zeugnis Ungenügend ausgestellt wurde. Die Herren vom Zentralverband sind offenbar sehr ungehalten darüber, daß die Beschlüsse der Budgetkommission des Reichstags über den Wehrbeitrag sie zwingen, etwas tiefer in die Tasche zu greifen, als ihnen recht ist. Man war ja bereit, ein Scherflein auf dem Altar des Vaterlandes niederzulegen und war ja auch mit den Regierungsvorschlägen über die Höhe des Wehrbeitrags zufrieden. Aber der böse Reichstag hat eben zu hohe Anforderungen an den patriotischen Opfermut der Herren Großindustriellen gestellt. Ebenso sind die Herrschaften begreiflicherweise über das Vermögenszuwachssteuergesetz sehr ungehalten. Die Regierung hat den Beschlüssen des Reichstags nach Meinung der Herren vom Zentralverband nicht genügend Widerstand geleistet. Auch für die von den Scharfmachern gewünschten Knebelungsgesetze, so klagte Herr Schweighoffer, sei die Regierung nicht zu haben. Deshalb ist, so erklärte er, **das Vertrauen in die Regierung stark erschüttert.**

Auch auf die Beziehungen des Zentralverbandes zum Bund der Landwirte und den Reichsdeutschen Mittelständlern ging Schweighoffer ein. Von einer gemeinsamen Organisation, so erklärte er, könne keine Rede sein, aber man will die Agrarier, was ja übrigens auch bisher geschehen ist, bei der Ausplünderung des deutschen Volkes unterstützen, wenn man auch für eine Erhöhung der Agrarzölle nicht zu haben ist, dafür sollen die Agrarier wie die Reichsmittelständler den Zentralverbändlern Hilfe leisten gegen die Sozialdemokraten und die „Sozialfanatiker", das heißt die Leute, die so sehr „jedes tiefe Eindringen und jedes Verständnis für die Zusammenhänge der Volkswirtschaft vermissen lassen", daß sie selbst dann nach Maßnahmen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter verlangen, wenn die Gefahr besteht, daß der Profit der Herren Großindustriellen vermindert wird und diese armen Leute dadurch der schlimmsten Not ausgesetzt werden.

Wir lassen hier einen kurzen Bericht über die gestrige Tagung folgen:

•

Hg. **Leipzig**, 15. September.

Der Vorsitzende des Zentralverbandes, Landrat a. D. Rötger-Berlin, eröffnete die Verhandlungen und rückte sofort das kürzlich abgeschlossene Kartell der drei großen wirtschaftlichen Verbände in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Es sei doch so selbstverständlich wie der Sonnenschein am Mittag, daß im Erwerbsleben stehende Männer ihre Interessen gegen jedermann zu vertreten gewillt seien, auch gegen eine Reichstagsmehrheit, die durch ihr Verhalten die Vermutung habe aufkommen lassen, daß sie wichtige Interessen des Volkes zurücktreten lasse hinter Parteiinteressen. — Darauf erstattete der Geschäftsführer des Zentralverbandes, Regierungsrat a. D. Dr. Schweighoffer-Berlin, den Geschäftsbericht. Dem Zentralverband gehören gegenwärtig über 55 000 Industrielle an. Dadurch werde schon das Märchen zerstört, daß der Zentralverband nur die sogenannte schwere Industrie vertrete. Der Redner ging näher auf die letzte Militärvorlage und ihre Deckung ein. Der Zentralverband habe sich mit dem einmaligen Wehrbeitrag einverstanden erklärt, aber er habe davor gewarnt, von der einmaligen Besitzsteuer zu der dauernden überzugehen. Es seien sozialdemokratische Ideen, die in der Reichsvermögenssteuer verwirklicht sind. Das Vertrauen zur Reichsregierung sei stark erschüttert worden, weil sie bei den Deckungsvorlagen den parlamentarischen Mehrheiten gegenüber die Waffen ohne Kampf gestreckt habe. Auch bei dem durchaus notwendigen Schutz der Arbeitswilligen habe die Regierung versagt. Auf dem Verbandstage des Reichsdeutschen Mittelstandstages habe er Gemeinsamkeit der Lebensinteressen von Industrie, Handwerk und Landwirtschaft betont und die Notwendigkeit des Zusammenstehens in allen grundsätzlichen Fragen: in der Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung, in der Einschränkung der sozialpolitischen Gesetzgebung und in dem Kampf gegen Streiks und Boykotts. Von einer gemeinsamen Organisation sei auf der ganzen Tagung keine Rede gewesen. Man habe aber sofort aus seiner Rede dort geschlossen, daß der eine Verband ein abhängiges Gebilde von dem anderen sei. Wenn man so folgere, dann müsse man auch den Hansabund und den Bund der Industriellen als abhängig von den Sozialisten bezeichnen. Es sei beklagenswert, daß jede rein wirtschaftliche Ziele verfolgende Bewegung bei uns vom Standpunkt engherziger Parteipolitik betrachtet und bekämpft werde. Der Zentralverband wisse so gut wie jeder andere, daß die Industrie mehr als je genötigt sei, ihren Lebensinteressen Geltung zu verschaffen und daß sie deshalb einer weiteren Erhöhung der Lebensmittelzölle oder einem lückenlosen Zolltarif nicht zustimmen könne. Ebenso nicht den weitgehenden Forderungen der Arbeiter. Was von den Sozialfanatikern verlangt werde, lasse jedes Verständnis in die Zusammenhänge der Volkswirtschaft vermissen. (Beifall.)

Nach einer im Sinne des Referenten sich bewegenden Diskussion wurde einstimmig ein Antrag angenommen, in dem es heißt, daß sich aus den Ausführungen der Vertreter des Zentralverbandes und des Bundes der Landwirte auf dem Reichsdeutschen Mittelstandstag ergebe, daß irgendwelche Abmachungen handelspolitischer oder sonstiger Art nicht getroffen sind. Der Zentralverband habe sich mehrfach dahin ausgesprochen, daß er einer Erhöhung der Lebensmittelzölle und einem lückenlosen Zolltarif nicht zustimmen könne. Andererseits halte er daran fest, daß die in ihm vereinigte Industrie keine Vorteile erstrebe, die nur auf Kosten der Landwirtschaft erreicht werden können. Der Zentralverband halte es für seine Pflicht, für die Aufrechterhaltung der Autorität des Arbeitgebers und für einen wirksamen Arbeitswilligenschutz einzutreten. — Ein zweiter Beschluß nimmt Stellung gegen eine Beschickung der Weltausstellung von San Franzisko und ein dritter Beschluß gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung den jetzt der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz vorliegenden Anträgen ihre Zustimmung versagt.

Deutsches Reich.

Die objektiven Breslauer Richter.

sind nunmehr auch einmal von ihrer vorgesetzten Instanz kräftig geschüttelt worden. Gegen einen organisierten Arbeiter hatte das Breslauer Schöffengericht wegen Beleidigung von Vorgesetzten auf 50 M. Strafe erkannt. Als der Mann Berufung einlegte, wurde diese zurückgewiesen. Die Strafkammer aber, die schon manchen Redakteur ins Gefängnis geschickt hat, hielt sich für befugt, folgendes in die Abweisungsbegründung zu schreiben:

„Lediglich der Umstand, daß allein der Angeklagte gegen das Schöffengerichtsurteil Berufung eingelegt hat und dieserhalb das Urteil nicht zum Nachteil des Angeklagten abgeändert werden kann, konnte das Berufungsgericht von der Verhängung einer empfindlichen Freiheitsstrafe für frivole Handlungsweise abhalten. Die vom Vorderrichter eingesetzten Geldstrafen von 20 bezw. 30 M. erschienen überaus milde."

Da die Strafkammer auch sonst noch eine ganze Anzahl Rechtsirrtümer begangen hatte, wurde ihr Urteil vom Oberlandesgericht aufgehoben. Mit Bezug auf den obigen Satz aber fügte die höhere Instanz hinzu:

„Gemäß § 344, Absatz 2 der Strafprozeß-Ordnung ist die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das benachbarte Landgericht in Oels verwiesen, da nicht zu verkennen ist, daß der sächlich ganz überflüssige Schlußabsatz der Urteilsgründe die Grenze objektiver Beurteilung überschreitet."

Diese Kennzeichnung Breslauer Richter ist vom Präsidenten des Oberlandesgerichts Bierhaus selbst gezeichnet.

Herr Artur Kirchhoff.

Der Vorwärts hat den Brief veröffentlicht, durch den sich der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes verpflichtete, Herrn Kirchhoff aus Reichsmitteln tausend Mark für die Vorbereitung seines famosen Zeitungsunternehmens zu bewilligen. Während die Deutsche Tageszeitung diese Verwendung öffentlicher Gelder durchaus in der Ordnung findet, nimmt die Post die Gelegenheit wahr, aus des famosen Herrn Kirchhoffs interessanter Vergangenheit allerlei ja nicht unbekannte Einzelheiten wieder hervorzuholen und dann festzustellen, daß das Auswärtige Amt es an der nötigen Sorgfalt habe fehlen lassen. Es werde Sache des Reichstags sein, die hierfür verantwortlichen Männer zur Rede zu stellen.

Es kann der Sozialdemokratie nur angenehm sein, wenn sie bei diesem Geschäft auf die Unterstützung der Kreise rechnen darf, in deren Namen die Post zu sprechen pflegt.

•

Ein Anschlag auf das Wahlrecht.

Wie durch die Presse bereits bekannt geworden ist, planen Magistrat und bürgerliche Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums in Altona eine Wahlrechtsverschlechterung, um sich gegen das ihnen bedrohlich erscheinende Anwachsen der sozialdemokratischen Mandate zu schützen. Die Stadt, die bisher einen einzigen Wahlbezirk bildet, soll jetzt in fünf Bezirke, die jeder für sich eine bestimmte Anzahl Kandidaten wählt, zerlegt werden. Mit Hilfe einer raffinierten Wahlkreisgeometrie hat der Magistrat es fertig gebracht, daß die sozialdemokratische Stimmenmehrheit in eine Mehrheit bürgerlicher Abgeordneter umgelogen wird. Man hat zwei Bezirke aus reinen Arbeitervierteln zusammengesetzt und die übrigen drei Bezirke so gestaltet, daß die Villenviertel und die Wohnviertel des besseren Bürgertums immer gerade die Arbeiterquartiere überwiegen. Dadurch erhalten die Bürgerlichen mit einer Mehrheit von nur 600 Stimmen drei, die Sozialdemokraten mit einer Mehrheit von 1200 Stimmen zwei Bezirke.

Die von langer Hand vorbereitete Vorlage bedeutete für unsere Genossen im Stadtparlament wie für die Oeffentlichkeit eine glatte Ueberrumpelung. Erst am Sonnabend den 6. September wurde der Antrag eingebracht und am Donnerstag den 11. September stand er schon zur Beratung. Unseren Genossen blieb natürlich nichts anderes übrig, als gegen diesen Streich mit allen Mitteln, die die Geschäftsordnung bietet, vorzugehen, um dadurch die Annahme der Vorlage zu verzögern; vielleicht sogar unmöglich zu machen. Sie hatten daher zum Donnerstag ein Dutzend Interpellationen über die verschiedensten kommunalpolitischen Fragen eingebracht. Nach der Geschäftsordnung muß zu jeder Anfrage vor der Tagesordnung unbeschränkt das Wort zur Begründung erteilt werden. Aber darum kümmerte sich die bürgerliche Mehrheit nicht im mindesten. Da sie zum Rechtsraub entschlossen war, so kam es ihr auf einen Rechtsbruch mehr oder weniger auch nicht mehr an. Sie beschloß, die Interpellationen erst nach der Tagesordnung zu erledigen und gleich in die Beratung der Wahlrechtsvorlage einzutreten. Ganz gelang den Wahlrechtsräubern ihr Plan in dieser Sitzung aber doch nicht. Nach mehrstündiger erregter Diskussion beantragten unsere Genossen, die Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen, und da sie über das dazu geschäftsordnungsmäßige Drittel der Stimmen verfügen, ging der Antrag durch. Nächste Woche geht der Kampf, dessen einzelne Stadien sehr geeignet sind, die Arbeiter über ihre politischen „Rechte" in der Kommune aufzuklären, weiter.

Ausland.

Balkan.

Vor dem Friedensschluß.

Aus Konstantinopel wird uns geschrieben:

Im Kriege haben die Bulgaren den Bogen überspannt, sie haben hasardiert, und das Spiel verloren, wie wird das jetzt, bei den Friedensverhandlungen mit der Türkei sein? Aus dem bisherigen Verhalten der bulgarischen Friedensdelegation gewinnt man wohl den Eindruck, daß man diesmal nicht zu straff vorgehen möchte. Man hat in Bulgarien gelernt, sich zu bescheiden. Allein die Situation ist sehr schwierig: Bulgarien ist in solchem Maße von seinen früheren Verbündeten und von Rumänien gerupft worden, daß es wenigstens auf türkischer Seite einen halbwegs günstigen Abschluß haben möchte. Doch die Türken bleiben unzugänglich. Auf Adrianopel und Kirkkilisse haben die Bulgaren von vornherein verzichten müssen; wie es scheint, werden sie auch noch Demotika und Ortoken, die im Westen von der Maritza gelegen sind, draufgeben müssen. „Wir haben 250 000 Mann unter den Waffen — erklären die Türken — „wer hindert uns, über die bulgarische Grenze zu marschieren? Ihr könnt euch ja in dem okkupierten Gebiet gar nicht mehr halten. Aus Gumuldschina und Dedeagatsch seid ihr von der Bevölkerung selbst vertrieben worden. Wenn wir nun mit unseren regulären Truppen angreifen, was dann?" Die Türken sagen es zwar nicht in dieser schroffen Form, aber das ist der Sinn dessen, was auf türkischer Seite gesagt und geschrieben wird.'

Es läßt sich nicht bestreiten, daß in der Türkei eine Strömung vorhanden ist, die nochmals, unter den veränderten Verhältnissen, das Kriegsglück im Kampf gegen Bulgarien versuchen möchte. Was zurückhält, ist vor allem der Geldmangel.

Nun ist aber die finanzielle Situation auch auf der bulgarischen Seite nicht besser. Bulgarien verhandelt mit einer österreichischen Finanzgruppe, um schleunigst eine kurzfristige Anleihe, einen sogenannten Vorschuß von 30 Millionen Frank, zu erlangen. Doch das wäre nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Bulgarien will eine große Anleihe von 600 Millionen Frank aufnehmen. Davon wären allein 250 Millionen Frank für die ausgestellten Requisitionsscheine zurückzuzahlen. Da die Verhandlungen wegen der großen Anleihe sich selbstverständlich in die Länge ziehen und die Emission vor dem Friedensschluß überhaupt nicht stattfinden könnte, so will man indessen Staatsschuldscheine herausgeben und diese mit elf Prozent verzinsen!

Aus finanziellen Gründen sucht man auf beiden Seiten möglichst schnell zum Frieden zu gelangen. Man will schnell den Frieden, um große Anleihen kontrahieren zu können. Die Zinsen für diese Anleihen werden selbstverständlich die Steuerzahler aufzubringen haben. Nachdem man die Völker reichlich zu Ader gelassen hat, wird man ihnen jetzt an den Beutel gehen.

•

Offizieller Verzicht Bulgariens auf Kirkkilisse.

Konstantinopel, 15. September. Der Korrespondent der Frankfurter Zeitung erfährt von einflußreicher Seite, daß die Bulgaren in der heutigen Sitzung offiziell auf Kirkkilisse verzichten werden, nachdem die Bemühungen, durch diplomatische Fürsprache diese Position zu retten, schon daran scheiterte, daß die Diplomaten bei der sicheren Aussicht auf die kategorische Ablehnung durch die Pforte ein Vorgehen gar nicht mehr versuchten. Den einzigen noch ernstlich zur Diskussion stehenden Punkt bildet Demotika. Aber auch dabei ist Bulgarien zum Nachgeben bereit, soweit die strategischen Positionen dieses Gebiets in Betracht kommen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die deutsche Sozialdemokratie und die Agrarfrage.

(Fortsetzung.)

Der im nächsten Jahre (1889) in Basel tagende vierte Kongreß der „Internationale" beschränkte sich darauf, einfach die Vergesellschaftlichung des Grund und Bodens zu fordern. Er beschloß:

1. Der Kongreß erklärt, daß die Gesellschaft das Recht hat, das individuelle Eigentum an Grund und Boden abzuschaffen und den Grund und Boden in Gemeineigentum zu verwandeln.

2. Der Kongreß erklärt, daß es im Interesse der Gesellschaft notwendig ist, den Grund und Boden in Gemeineigentum zu verwandeln.

Daß mit dieser trockenen Erklärung zum Kollektiveigentum unter der ländlichen Bevölkerung wohl kaum agitatorische Erfolge zu erzielen wären, leuchtete auch dem Kongreß ein, und er beschloß daher, noch eine Kommission zum Studium der Agrarfrage einzusetzen. Von dem Ergebnis der Tätigkeit dieser ersten Agrarkommission ist nichts bekannt geworden.

Auch Liebknecht schrieb damals in seiner Broschüre: „Die Grund und Bodenfrage", Seite 20:

Die Baseler Beschlüsse sind wesentlich theoretischer Natur und haben keinen unmittelbaren praktischen Charakter.

Deshalb beschloß wohl auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterkongreß in Eisenach 1869 die Herausgabe eines Manifests zur Agitation unter der Landbevölkerung. In diesem von dem Zentralkomitee der Sektionsgruppe deutscher Sprache in Genf unterm 16. November 1869 herausgegebenen, von Becker verfaßten Manifest werden die programmatischen Forderungen der Partei ausführlicher dargelegt.

Wiederum wird auf englische Verhältnisse zurückgegriffen und unter Bezugnahme auf diese unter anderem ausgeführt:

Die kleinbäuerliche Bewirtschaftung ist deshalb durch die Allmacht des Kapitals, durch den Einfluß der Wissenschaft, den Gang der Tatsachen und das Interesse der Gesamtgesellschaft unwiderruflich und ohne Gnade zum allmählichen Tode verurteilt.

Von den Forderungen, die daraufhin erhoben wurden, sein nur folgende wiedergegeben:

1. Die Kleinbesitzer einer Gemeinde bilden, indem sie ihre Grundstücke, Viehstände, Wirtschaftsgebäude, Ackergerätschaften, Arbeitskräfte in Anwendung aller Mittel der Wissenschaft und Technik zu gemeinschaftlichem Betrieb vereinigen, eine Produktivgenossenschaft.

2. Alle besitzlosen Arbeiter, die bis jetzt nur Tagelöhnerei betreiben, als Knechte und Mägde dienen, werden gleichberechtigte Mitgenossen und erhalten, wie alle anderen, die durch ein besonderes Reglement festzustellenden Mittel ihres Lebensunterhaltes.

3. In Gemeinden, wo die Kleinbesitzer die Notwendigkeit genossenschaftlicher Bewirtschaftung noch nicht begreifen oder aus bloßer Gewohnheit und engherziger Selbstsucht vom alten Schlendrian nicht lassen können, mögen die Besitzlosen unter sich allein zunächst einen Feldarbeiterverein gründen und dann, gestützt auf das Naturrecht, der Gemeinde, dem Staat, der Kirche gehörendes oder in anderer Weise zu beschaffendes Land mit ganzer Energie zu gemeinschaftlichem Betrieb verlangen.

Dann wird noch Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Kontrolle der gutsherrlichen Buchführung als Vorbereitung der Selbstbewirtschaftung gefordert.

Dieses Manifest läßt an Klarheit wie an Radikalismus nichts zu wünschen übrig. Doch erkannte Liebknecht, der wohl einige Erfahrung in der Agitation hatte, daß sich mit diesem Agrarprogramm Erfolge für die Partei bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung wohl kaum erzielen ließen, und lehnte daher die Veröffentlichung ab. Später, im Jahre 1870, hat er es sodann im „Volksstaat" dennoch abgedruckt, was wenigstens den einen Erfolg hatte, daß es im Hochverratsprozeß gegen Bebel und ihn als Belastungsmaterial ins Feld geführt wurde. Verbreitet zur Agitation auf dem Lande ist es nicht.

Der Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Eisenacher Richtung, der 1870 in Stuttgart tagte, nahm deshalb erneut zu der Frage Stellung. Die Ausführungen Bebels, der referierte, bewegten sich überwiegend in den Marxschen Gedankengängen. So führte er über die Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft unter anderem aus:

Die Entwicklung der bäuerlichen Verhältnisse hat aber gezeigt, daß das Parzelleneigentum in der Zeit der Dampfmaschine ein überwundener Standpunkt ist. Die Unmöglichkeit, auf der Parzelle eine rationelle Bewirtschaftung des Bodens einzuführen, der Mangel an Kapital, die Unmöglichkeit, Maschinen und verbesserte Einrichtungen auszunutzen, die Vererbung und damit Zersplitterung des Ackerlandes hat das größte Elend der französischen Parzellenbauern zur Folge gehabt . . .

. . . Die Lage eines großen Teiles des kleinen Bauernstandes in Deutschland ist um kein Haar besser als in Frankreich, die zahlreichen Taglöhnerfamilien in Deutschland kaum besser daran als ihre Leidensgenossen in England. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Steigerung der mißlichen Lage der niederen bäuerlichen Bevölkerung und die allmähliche Vernichtung des mittleren Bauernstandes die notwendige Folge der weiteren Entwicklung unserer ökonomischen Verhältnisse sein wird.

Die Resolution, die der Kongreß annahm, deckte sich im wesentlichen mit der auf dem Kongreß der Internationale in Brüssel beschlossenen. Als Uebergangsstadium von der Privatbewirtschaftung des Ackerlandes zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung forderte sie mit den Staatsdomänen, Schatullengütern, Fideikommissen, Kirchengütern, Gemeindeländereien, Bergwerken, Eisenbahnen usw. zu beginnen und erklärt sich gegen jede Verwandlung des oben angeführten Staats- und Gemeindebesitzes in Privatbesitz.

Dieses ist die erste Resolution, die die deutsche Partei zur Agrarfrage beschlossen hat. Sie stellt sich auf den Standpunkt, den die Internationale in dieser Frage eingenommen hat. Nach ihr erwartet die Partei in der Landwirtschaft die gleiche Entwicklung zum Großbetrieb, wie sie die Industrie aufzuweisen hatte, und fordert daher einzig die Vergesellschaftlichung des Grund und Bodens und seine genossenschaftliche Bewirtschaftung.

Den gleichen Gedanken vertrat Genosse Liebknecht in seiner Broschüre: „Die Grund- und Bodenfrage". Wir lesen dort auf Seite 52:

Die landwirtschaftliche Kleinproduktion kann die Konkurrenz mit der landwirtschaftlichen Großproduktion nicht aushalten und muß dieser gerade so Platz machen wie die industrielle Kleinproduktion der industriellen Großproduktion.

Liebknecht konnte freilich nicht verkennen, daß die Entwicklung in Deutschland nicht so schnell vor sich ging wie in England. Er schrieb:

Man kann zugeben, daß die Lage unserer Landbevölkerung in manchen Gegenden Deutschlands nicht so schlimm ist wie in England und Frankreich; auch unsere industriellen Zustände, für die die gleichen ökonomischen Gesetze gelten, sind noch nicht so auf die Spitze getrieben wie in den beiden genannten Ländern, was aber nicht hindert, daß sie, und zwar mit wachsender Geschwindigkeit, genau in der nämlichen Richtung vorwärtsdrängen.

Er führt dann weiter aus:

Da, wo weder das Parzellensystem noch der Großgrundbesitz zur vollen Entwicklung gelangt ist und noch ein relativ wohlsituierter Bauernstand sich erhalten hat, ist derselbe nach den unabänderlichen Gesetzen der heutigen Produktion, nach Gesetzen, deren verderbliche Wirkung nur zugleich mit ihrer Ursache, das ist mit der heutigen Produktion aufgehoben werden kann, dem Untergang geweiht. Sein Todesurteil ist gesprochen.

Daß Bebel und Liebknecht und mit ihnen die Gesamtpartei die Verhältnisse damals so beurteilten, ist durchaus verständlich. War man doch selbst in konservativen Kreisen der gleichen Anschauung. So schrieb die Kreuzzeitung im Oktober 1873 in einem Artikel über Abwanderung vom Lande unter anderem:

Kommt aber erst einmal die Zeit heran, wo ein namhafter Teil des bestellten Grund und Bodens mittels der Maschinen bearbeitet wird, die Zeit, in der immer allgemeiner durch Maschinen gesät, gemäht und gedroschen wird, dann können diejenigen Besitzer von Grund und Boden, die die Maschinen ihrer Kostspieligkeit wegen, und weil deswegen ihre Beschaffung für den bäuerlichen Landwirt nicht rentabel ist, nicht halten können, nicht mehr mit dem Großgrundbesitz konkurrieren und müssen zugrunde gehen. Hören wir nicht schon heute aus Mecklenburg, Pommern usw. Klagen zu uns dringen, daß die kleinen Besitzer und Pachter, die unter 150 bis 200 Morgen bewirtschaften, nicht „rund kommen" können, weil die Flächen für die Maschinenarbeit zu geringe sind?

Mit der Resolution des Stuttgarter Kongresses war für die Partei einige Jahre hindurch die Agrarfrage erledigt. Freilich, Erfolge unter der Landbevölkerung wurden damals nicht erzielt. Doch fiel das wenig ins Gewicht, da der Partei in der schnell wachsenden Zahl der Industriearbeiter sich ein großes Rekrutierungsfeld darbot, das mehr Erfolg versprach. Dann kamen die Jahre des Schandgesetzes, die die Landagitation unmöglich machten. Doch in der letzten Zeit der Geltung des Ausnahmegesetzes, so auf dem Parteitag in St. Gallen, wurde bereits auf die Notwendigkeit, Landagitation zu treiben, hingewiesen. Auf dem ersten Parteitag nach Fall des Sozialistengesetzes wurden lebhafte Wünsche laut nach Schaffung eines Agrarprogrammes und der Herausgabe von Agitationsschriften für die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung.

(Fortsetzung folgt.)

Letzte lokale Nachrichten.

Plötzlicher Tod. Ein 55jähriger Klavierlehrer brach am Montag vormittag plötzlich auf der Blochmannstraße zusammen und verstarb kurz darauf in einer Hausflur am Herzschlage.

Dresden, 16. September. Im Neuen Königl. Schauspielhause wurde heute vormittag bei Bühnenarbeiten durch vorzeitiges Niedergehen des eisernen Vorhangs der Zimmerpolier Röntgen schwer verletzt. Der Verunglückte konnte sich trotz Warnungsrufen nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen. Er wurde nach dem Friedrichstädter Krankenhause gebracht.

Mügeln, 16. September. Heute morgen 7,12 Uhr wurde der Oberbahnhofsvorstand G. Adolf Schmidt von dem Vorortzuge Pirna—Dresden in dem Augenblicke erfaßt und tödlich überfahren, als er das Ueberholungsgleis überschreiten wollte, das der Personenzug infolge Verspätung des zurzeit fälligen D-Zuges Bodenbach—Dresden ausnahmsweise befahren mußte.

Wetterbericht von der Wetterfäule an der Friedrich-August-Brücke
vom 16. September, mittags 12 Uhr.

Barometer 750. Veränderlich.
Thermometer + 19° R.
Thermometergraph: Min. + 8°, Maxim. + 20°.
Hygrometer 63°.
Wasserstand der Elbe — 146 Zentimeter.
Wasserwärme + 14 Grad R.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte
für den 17. September.

Südwestwinde; meist heiter; Temperatur wenig geändert; zunächst noch trocken.

Wetterlage. Mit der Entwicklung eines Teilhochs über Böhmen und Bayern hat sich wieder Aufheiterung eingestellt. Der Luftdruck steigt. Man kann daher erwarten, daß dieses Teilhoch sich weiter ausbildet. Das Wetter bleibt also zunächst von diesem abhängig. Aufheiterung wird daher zunächst noch anhalten.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Budweis — 12, Pardubitz — 54, Brandeis — 10, Melnik + 46, Leitmeritz — 27, Aussig — 4, Dresden — 146.

Vom Parteitag in Jena.

Jena, 16. September. (Privattelegramm.) Das Schlußwort über den allgemeinen Teil des Vorstandsberichts erstattet Scheidemann. Er bespricht die in der gestrigen Debatte hervorgetretenen Anregungen und Kritiken. Die Kritiken seien milde gewesen und die Anregungen werden vom Vorstand sorgsam geprüft werden. Dem Parteivorstand wird dann einstimmig Entlastung erteilt. In der Abstimmung werden verschiedene Anträge betreffend Jugendbewegung, Ausbau der Gleichheit und Neuen Zeit dem Vorstand zur Erwägung überwiesen. Der Antrag des Vorstandes, eine Studienkommission für die Agrarfrage einzusetzen, wird angenommen. Vorstand und Ausschuß sollen die Mitglieder der Kommission ernennen.

Zur Massenstreikdebatte entsteht eine lebhafte längere Geschäftsordnungsdebatte. Es wird beantragt, dem ersten Redner für die Resolution 100, Rosa Luxemburg, eine halbe Stunde Redezeit zu gewähren. Dem widersprechen lebhaft Noske und David; es solle keine Extrawurst für einzelne gebraten werden. Nachdem die Forderung aufgestellt wurde, dann auch einen Redner, der die gewerkschaftliche Seite der Frage behandeln will, eine verlängerte Redezeit zu geben, wird beschlossen, einem Redner für die Resolution Luxemburg und einem Gewerkschaftler eine halbe Stunde Redezeit zu geben. Es beginnt die Debatte.

Eduard Bernstein: Bei uns sei es anders als in Belgien; anfangen kann man den Streik, aber wo soll er enden? Bei uns würde der Streik schließlich abflauen. Die Erfahrungen in Schweden waren sehr übel. Wegen einer Teilreform in Preußen können wir uns nicht in Abenteuer stürzen. Wir dürfen bei den Arbeitern keine falschen Illusionen erwecken. Wir sind vorwärts gekommen. Wir dürfen kein Spiel treiben mit dem, was wir erbaut haben.

Klages-Berlin: Diese Bewegung komme aus den Massen, die Unzufriedenheit sei groß, man solle nicht ewig bange machen. Allerdings bedarf es noch sehr der Organisation. Als die Polizei auf den Straßen hin- und hergejagt wurde, da hat es den Massen Freude gemacht. (Heiterkeit.) Henke-Hamburg: Nicht die Massen wollen diese Diskussion, sondern einige Literaten, die nichts Besseres zu tun haben. (Heiterkeit.) Diese Genossen leben in den Wolken. Ein- oder zweimal können sie die Massen in den Streik bringen, öfter nicht, denn sie wollen es ja ohne Unterstützung machen. Jahrelanges Diskutieren hat gar keinen Wert. Wenn die rechte Zeit gekommen ist, brauchen wir keine Diskussionen mehr. Rosa Luxemburg: In allen Ländern gilt diese Frage als brennend, aber Scheidemann weiß keine großzügige Analyse des Problems zu geben. Seine Rede sei gestimmt auf das Wort: wie herrlich weit haben wir es gebracht. Bei den Parteigenossen herrscht große Mißstimmung. Man lechzt nach frischem Luftzug. Man hat den Nichts-als-Parlamentarismus satt. Schwarzseher duldet der Vorstand nicht. (Heiterkeit.) Es ist die Frage, ob nicht unsere Taktik das Abflauen nach den preußischen Wahlen beeinflußt hat. Wenn die Massen abflauten, so sei das ein Armutszeugnis für uns, also sei Nachprüfung unserer Taktik nötig. (Sehr richtig!) Wie verfehlt waren die Hoffnungen auf die Liberalen? Diese wollen sich jetzt sogar mit dem Zentrum paaren. Wir stehen am Anfang einer Krise, da müssen wir die Verzagtheit der Massen zu kühner, revolutionärer Taktik bringen, damit sie nicht verzagen. Scheidemann bekämpft die Nörgler, den „inneren Feind". Er hat den Drachen, den er bekämpft, selbst erst ausgebrütet (Heiterkeit), er gab ein Zerrbild. (Sehr richtig!) Eine Partei wie die unsere durfte beim Empfang des Zaren nicht ruhig zuschauen.

Scheidemann hat von Skrupellosigkeit gesprochen (Sehr richtig!), das grenzt an die Demagogie (Lachen). Wir seien beinahe Putschisten, sagt man, aber die anderen gerade wollen ja alles geheim halten und plötzlich losbrechen (Widerspruch). Redner beruft sich auf Bebels Worte von 1905. Die Frage des Massenstreiks müsse vor den Massen besprochen werden (Sehr richtig!), die Massen müssen die Frage durchdenken. Es genügt nicht, daß ein Parteitag einmal gesprochen hat. Der Massenstreik kann nicht von einer Instanz von heute auf morgen bestellt werden. Wir müssen uns auf große historische Ereignisse vorbereiten; die Partei muß auf die revolutionären Situationen die Massen vorbereiten. Die Instanzen müssen tun, was die Massen wollen. Wir schärfen unsere Waffen und sind bereit — das ist Losung. (Lebhafter Beifall.)

Bauer-Berlin: Rosa Luxemburg hat kein Wort zur Sache selbst gesagt, nur allgemeine Worte. Wo ist ihre tiefe Analyse über den Massenstreik? (Sehr richtig!) Das bleibt das Geheimnis der Betreffenden, wie eigentlich die Sache ihren Gang gehen soll. Was kommt denn positiv aus dieser Diskussion heraus? Gemeinplätze, revolutionäre Phrasen. (Sehr richtig!) Der Massenstreik wird durch die Diskussionen nur diskreditiert; nicht durch lautes Schreien wird ein Kampf vorbereitet, da verlernt der Gegner die Angst. (Sehr richtig!) Die Gewerkschaften haben keinen Grund, sich mit dieser Frage zu befassen, es ist Parteisache. Rosa Luxemburg kann warten, bis Gewerkschaftler sich mit ihr über Theorien unterhalten, da heißt es: Laß sie schwatzen! (Heiterkeit.) Wer sich der Verantwortlichkeit bewußt ist, der macht das nicht mit. Ist das Objekt den Preis wert? Das preußische Wahlrecht ist sehr wichtig, aber von Stillstand ist nicht zu reden, weil dies jetzt nicht gleich zu erobern ist. Die Massenstreikler haben vor kurzem noch gar nichts vom preußischen Wahlrecht wissen wollen. Diese Frage ist doch keine Lebensfrage für die Arbeiter, um alles auf eine Karte zu setzen. Wir müssen Schritt für Schritt vorwärts gehen. Der Einfluß der Arbeiterschaft wächst Tag für Tag. Die Brille Luxemburgs ist eine russische Brille. Die deutschen Arbeiter sind vorwärts gekommen. Wir brauchen keine Klagen anzustimmen. Rosa Luxemburg weiß nichts Praktisches für die Zeit der Krise anzugeben. Mit schönen Worten kann man die Massen begeistern, aber in der Not verlassen sie die Organisation. Den Massen in der Not zu helfen ist viel wichtiger als alle Diskussionen über den Massenstreik. (Sehr richtig!)

Redner bespricht die Erfahrungen in Holland, wo der Massenstreik die Position der Arbeiter verschlechterte. In Schweden waren die Folgen furchtbar schwer. Nur mit aller Vorsicht ist solch Mittel in Erwägung zu ziehen. Die belgischen Gewerkschaftsführer urteilen über den dortigen Kampf viel ungünstiger, als es öffentlich zum Ausdruck kam. (Hört, hört!) Die Arbeiterschaft ist auf Jahre hinaus wirtschaftlich wehrlos gemacht. In Rußland freilich haben die Arbeiter nichts zu verlieren. Diese Diskussionen nützen nichts, sie schädigen uns, sie tragen Unruhe in die Organisationen. (Sehr richtig!) Der Massenwille kommt bei uns richtig zum Ausdruck. Die Resolution Luxemburg bringt nichts als einige revolutionäre Worte. Unsere Arbeiter sind viel zu vernünftig, um auf dieses Phrasengeklirr etwas zu geben. Die „revolutionären Versammlungen" sind schlecht besucht, und da kommen die komischsten Vorschläge. Einer fordert, daß fünf Jahre keine Kinder gezeugt werden sollen. (Heiterkeit.) Die Massen machen diese Torheiten gar nicht mit. Bauer schließt unter großem Beifall: Wir sind mit unserem methodischen Aufbau der Bewegung vorwärts gekommen; wir haben keinen Anlaß, von der bisherigen Kampftaktik abzugehen.

Liebknecht: Das preußische Wahlrecht ist die Zentralfrage der deutschen Politik, man soll sie jetzt nicht als unbedeutend hinstellen. Man soll die Befürworter des Massenstreiks nicht als Phrasenre ansehen. Allerdings ist die Diskussion in unglückliche Zeit gefallen, aber sie kommt aus der Tiefe der Massen. Wie kann Scheidemann so unfreundlich polemisieren? Die Vorstandsresolution ist ungenießbar, weil sie die vollkommene Einigung der Organe der Arbeiterbewegung fordert. Damit macht man die Sache überhaupt unmöglich. Man will mit dieser Resolution die Diskussion ertöten.

Letzte Telegramme.

Eröffnung des holländischen Parlaments.

Amsterdam, 16. September. (Privattelegramm.) Das holländische Parlament wurde heute mit einer Thronrede eröffnet, in der eine Verfassungsreform angekündigt wurde. Es soll das allgemeine Wahlrecht, zunächst allerdings nur für die Männer, eingeführt werden. Die Einführung des Frauenwahlrecht würde folgen, wenn sich das allgemeine Wahlrecht für die Männer eingelebt hätte. Ferner wurden Reformen der Sozialgesetzgebung sowie die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer sowie die Erhöhung der Erbschaftssteuer angekündigt.

Albanisches.

Cetinje, 16. September. Nach hier angelangten Nachrichten haben sich bei Strumitza über 10 000 wohlbewaffnete Albanier angesammelt, die einen Einfall in die von den Montenegrinern und Serben eroberten nordwestlichen Gebiete beabsichtigen. Infolgedessen wurden drei Divisionen der montenegrinischen Armee an die Grenze beordert. Das Hauptquartier dieser Truppen befindet sich in Podgoritza. Ueberdies werden auch in Tuzi starke Befestigungen hergestellt.

West-Thrazien.

Konstantinopel, 16. September. Die hier weilende Abordnung West-Thraziens wird alle fremden Botschafter besuchen, um die Unterstützung der Großmächte zu erbitten. Der Leiter der Deputation, Nail Bey, erklärte, West-Thrazien, das 300 000 männliche Einwohner zählt, habe bereits 40 000 Mann bewaffnet. Diese wollen sich bis zum letzten Mann gegen die Bulgaren verteidigen. Eine Anzahl Bulgaren hat sich nach dem Sarp-Gebirge zurückgezogen. Dieses ist jetzt von Milizen aus Gümüldschina umzingelt worden, so daß sich die eingeschlossenen Bulgaren wohl aus Mangel an Lebensmitteln werden ergeben müssen.

Im Offizierskasino erschossen.

Berlin, 16. September. **Gestern abend gegen 8¼ Uhr hat der Kunstmaler Prof. Heinrich Maaß, Brückenallee 6, während einer Sitzung des Ehrenrats im Landwehroffizierskasino den Kammerherrn und Rittmeister der Reserve Lothar von Westernhagen, Kurfürstendamm 166, erschossen. Wie es heißt, handelte es sich um einen Akt der Notwehr gegenüber einem tätlichen Angriffe. Prof. Maaß befindet sich in Haft.**

Die Katastrophe von Koburg.

Koburg, 16. September. Von den noch unter den Trümmern der Unglücksstätte befindlichen Leichen sind nunmehr noch die der 7jährigen Charlotte Beckendorf und die der Taubstummen Alfred Alex und Richard Schmetter sowie die des Kindes Bauer, das sich während der Katastrophe auf der Straße befand und durch die Trümmer erschlagen wurde, geborgen worden. Es fehlt jetzt noch die Leiche eines 1½ Jahre alten Kindes des Schuhmachers Wohlleben. Die Aufräumungsarbeiten werden fortgesetzt.

Das heutige Blatt umfaßt 18 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten.

Nationalliberal-fortschrittliches Wahlabkommen.

Die bürgerliche Presse, unter anderm das Berliner Tageblatt und die Leipziger Neuesten Nachrichten, wissen von einer Verständigung zwischen Fortschrittlern und Nationalliberalen zu berichten. In dem erstgenannten Blatte lesen wir darüber:

„Das freundliche Verhältnis zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlicher Volkspartei in der sächsischen zweiten Kammer hat sich bewährt, und es ist zu wünschen, daß es auch in Zukunft weiter bestehe, wie das schon in den politischen Verhältnissen Sachsens begründet ist. Diese machen zwischen den beiden liberalen Parteien auch den Abschluß eines Wahlabkommens für die 1915 stattfindenden Landtagswahlen um so notwendiger, da eine parlamentarische Schwächung des Liberalismus in Sachsen gleichbedeutend mit einer schärferen Ausprägung des agrarkonservativen Charakters unserer Regierungspolitik sein würde. Es finden daher schon seit einiger Zeit zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlicher Volkspartei über ein derartiges Wahlabkommen Verhandlungen statt, die schon jetzt, obgleich die Besprechungen noch lange nicht abgeschlossen sind, in etwa 20 Kreisen zu einem befriedigenden Ergebnis führten. Auch in anderen für aussichtsreiche liberale Kandidaturen in Betracht kommenden Kreisen wird sich trotz mancher Schwierigkeiten voraussichtlich eine Verständigung zwischen beiden Parteien erzielen lassen, die, wie gesagt, für den Liberalismus in Sachsen politische Pflicht ist, wenn er sich nicht wieder in die Aschenbrödelrolle zurückdrängen lassen will.

Ein solches Abkommen ist ja schon vielfach versucht worden, auch bei den letzten Landtagswahlen. In mehreren Kreisen sind damals ja Freisinnige und Nationalliberale auch bereits zusammengegangen. Ja, der bürgerliche Mischmasch war damals über eine solche Verständigung noch hinausgediehen. Denn die fortschrittliche Parteileitung gab ja unter Günthers Führung bei der Stichwahl die Parole aus, für die bürgerlichen Kandidaten zu stimmen. Das waren in einigen Fällen auch Konservative. Jedenfalls war das aber eine Parole gegen die Sozialdemokratie. Dabei mag freilich die Erwägung mitgewirkt haben, daß die fortschrittlichen Kandidaten fast durchweg gegen sozialdemokratische in der Stichwahl standen.

Aber der Liebe Müh ist doch zum großen Teil vergeblich gewesen. Gerade in dem Landesteile, wo ein solches Bündnis größere praktische Bedeutung haben könnte, in der Oberlausitz, ist die liberale Versumpfung nicht ganz erreicht worden. Da hat auch die freisinnige Stichwahlparole nicht geholfen. Die freisinnigen Wähler haben hier wenigstens zum Teil für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt. Das Bemühen der Nationalliberalen ist aber gerade nun darauf gerichtet, eine Verständigung über die Oberlausitzer Kreise, besonders die Zittauer, herbeizuführen. Inwieweit das jetzt versucht wird, davon wird nichts erwähnt, daß man darum handelt, darüber kann kein Zweifel sein. Seither sind aber alle Bemühungen an den fortschrittlichen Wählern der Zittauer Gegend gescheitert. Sollte es diesmal anders sein, würde das eine klägliche Rückwärtskonzentration des Lausitzer Freisinns bedeuten.

Das ganze Bündnis ist übrigens ein Kennzeichen von einer Neigung der sächsischen Fortschrittler nach rechts. Wollten sie eine wirklich entschiedene liberale Politik verfolgen, müßten sie allein in den Wahlkampf ziehen und gerade da möglichst weit von den nationalliberalen Wahlrechtsmeuchlern abrücken. Das jetzige Bündnis aber verrät weder Mut, noch Neigung zu liberaler Entschiedenheit bei den Freisinnigen, wohl aber das Gegenteil. Doch wollen wir jetzt noch abwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln, wie weit die Fortschrittler im nationalliberalen Sumpfe versinken werden.

Die sächsischen Sparkassen in Nöten!

Auf einem am Montag abgehaltenen gemeinsamen Gemeindetage der Bürgermeister und Gemeindevorstände in den Bezirken der Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und -Neustadt wurde gar beweglich Klage geführt über die Konkurrenz, die in jüngster Zeit immer mehr die böhmischen Sparkassen den sächsischen bereiteten. Durch das auffällige Inserieren der böhmischen Sparkassen in den reichsdeutschen Zeitungen ließen sehr viele kleine Leute ihr Geld über die Grenze wandern, was an sich nicht verwunderlich sei, da die Sparkassen in Böhmen eine Verzinsung von 4¼ bis 4½ Proz. anböten. Ganz erhebliche Kapitalien seien auf diese Weise schon nach Böhmen gewandert und die sächsischen Sparkassen, die sich schon untereinander große Konkurrenz bereiteten und sich durch Reklame zu überbieten suchten, litten sehr darunter. Man sprach seine Verwunderung darüber aus, wie die Sparkassen bei einer derart hohen Verzinsung der Spareinlagen bestehen können, und vermochte sich dies nur damit zu erklären, daß die böhmischen Sparkassen bei der Anlegung der Spargelder weniger gewissenhaft verfahren als die sächsischen, die die bei ihnen gemachten Spareinlagen mündelsicher anlegen müßten. Es wurde die Behauptung ausgesprochen, die böhmischen Sparkassen beliehen auch zweite Hypotheken und machten ferner in Wechselgeschäften. Man sprach direkt von einem Reklameunwesen der böhmischen Sparkassen, dem von Aufsichts wegen entgegengetreten werden sollte. Auch wurde der Wunsch laut, das Postscheckamt des Reichspostamts den böhmischen Sparkassen zu sperren. Amtshauptmann Dr. v. Hübel bemerkte, daß er schon vor längerer Zeit die Aufmerksamkeit der Regierung auf diese Dinge hingelenkt habe. Darauf habe diese eine Verordnung erlassen des Inhalts, daß die Amtsblätter, deren Spalten vorzugsweise mit solchen verlockenden Anzeigen gefüllt seien, solche Inserate nicht mehr aufnehmen dürfen. Sehr interessant war die weitere Mitteilung des Amtshauptmanns, daß es ihm auch gelungen sei, die Quelle zu ermitteln, die die sächsische Amtspresse mit diesen Inseraten füttert. Es ist dies die Dresdner Annoncen-Expedition Invalidendank, bekanntlich ein auf „vaterländischer" Grundlage errichtetes Unternehmen! Der Amtshauptmann ist darauf vor etwa 8 Tagen erneut bei der Regierung vorstellig geworden mit dem Ersuchen, diesem Unfug zu steuern. Man wird nun sehen, was hierauf geschehen wird. Der Amtshauptmann begrüßte die Anregung einer Sperrung des Postscheckbuchs und versprach, nach dieser Richtung seinen Bericht an die Regierung noch vervollständigen zu wollen.

Schul-Zahnpflege in Sachsen.

Die Zahnpflege ist ein bisher viel zu sehr vernachlässigtes Gebiet. In neuerer Zeit ist die öffentliche Aufmerksamkeit auch hierauf mehr und mehr gelenkt worden. Namentlich ist eine größere Fürsorge für Kinder gefordert worden. Es ist auch erreicht worden, daß sich die Schulen dieser Frage vielfach angenommen haben.

In Sachsen bestehen vier Schul-Zahnkliniken. In Chemnitz besteht eine solche Einrichtung seit 1913. Die Kinder der „Armen" erhalten die Behandlung kostenlos. Die Stadt zahlt einen Zuschuß von 9500 M. jährlich. Die Kinder bemittelter Eltern können ein Abonnement nehmen, das für Volksschüler 1 M. und für Mittelschüler 2 M. kostet. In Dresden besteht auch eine Schul-Zahnklinik, an der ein Arzt angestellt ist, die aber „zurzeit geschlossen" ist. Weshalb, das konnten wir nicht erfahren. Leipzig kennt eine solche Klinik seit 1911. Eine unentgeltliche Behandlung findet nicht statt. Das Abonnement kostet für Volksschüler 1 M., für andere Schüler 2 M. Es sind fünf Zahnärzte tätig. Im Jahre 1912 wurden 5896 Kinder behandelt. In Waldheim ist eine städtische Schul-Zahnklinik im Entstehen begriffen.

In vier Orten bestehen Schul-Zahnpflegestellen. Zu diesen Orten gehört Annaberg, wo ein Zahnarzt und ein Dentist angestellt sind, die die Kinder der „Armen" unentgeltlich zahnärztlich behandeln. Die Stadt bezahlt hierfür 1200 M. Die Kinder bemittelter Eltern können ein Abonnement von jährlich 3 M. entnehmen. Gleiche Einrichtungen bestehen in Buchholz seit April 1913. Das Abonnement für die Kinder bemittelter Eltern kostet hier 2,50 M. In Taucha ist ein Zahnarzt vorhanden, der für 700 M. städtischen Zuschuß ebenfalls die Schulkinder armer Eltern kostenlos behandelt. Dasselbe ist in Tharandt der Fall, und zwar schon seit 1909. Die Stadt zahlt bis 600 M. Zuschuß, außerdem stehen die Mittel einer Stiftung zur Verfügung.

Das ist alles noch recht wenig, was bis jetzt geschehen ist. In den vielen Städten mittlerer Größe, außer den genannten, hat man bis jetzt nichts unternommen.

Aus einer Polizeiwache.

In Plauen i. V. wurde ein Mann aus irgendeinem Anlaß verhaftet und einige Zeit auf der Polizeiwache behalten. Nach diesem Aufenthalte ist ihm von einem Arzte ein Zeugnis über seine körperliche Beschaffenheit ausgestellt worden. Darin heißt es nach einem Berichte des Sächsischen Volksblattes aus Plauen also:

Am 30./8. 13 hat sich Herr .... in meine Behandlung begeben.

Es fand sich blutig-scheckige Verfärbung am ganzen Muskelbauche des rechten zweiköpfigen Beugemuskels (Biceps). Etwas oberhalb der Mitte des rechten Unterarms fand sich über dem Ellenbogen eine überfeigengroße bräunliche Verfärbung und Verdickung. Der Knochen darunter war sehr druckempfindlich. Die linke Hälfte der Unterlippe war etwas geschwollen, das rechte und linke Auge etwas blutunterlaufen, die linke Schläfengegend etwas geschwollen.

.... will auch gewürgt worden sein und befindet sich wegen Schluckbeschwerden in Behandlung des Herrn Dr. .....

Am 31./8. 13 zeigte er mir an seinem Anzuge blutig eingetrocknete Befleckung am rechten Rockärmel und linken Hosenbein, der Hosenboden war aufgerissen.

Nach dem genannten Parteiblatt handelt es sich um einen schwächlichen Mann. Ein beteiligter Schutzmann soll allerdings behauptet haben, von dem inhaftierten Mann an der Gurgel gefaßt worden zu sein. Ob das glaublich ist, müßte eine nähere Untersuchung ergeben, die wir überdies in diesem Falle für dringend erforderlich halten.

Sachsens Anteil an der Kohlenproduktion.

Im Jahre 1912 produzierte Deutschland 177 095 000 Tonnen Kohlen, die einen Wert von 1 572 607 000 Mark repräsentieren. Auf das Königreich Sachsen entfielen davon 5 479 000 Tonnen im Werte von 65 588 000 Mark. Vor 27 Jahren, also im Jahre 1885, erzeugte man in Sachsen 4 151 000 Tonnen im Werte von 29 583 000 Mark, auf ganz Deutschland berechnet, ergaben sich für dasselbe Jahr (1885) folgende Zahlen: 58 320 000 Tonnen Kohlen, für die man 302 942 000 Mark bezahlte. Diese Zahlen mit denen von 1912 verglichen, ergeben ein getreues Spiegelbild des gewaltigen industriellen Aufschwungs unseres engeren und weiteren Vaterlandes in den letzten drei Jahrzehnten. Dabei muß man bedenken, daß sich die eben wiedergegebenen Zahlen nur auf Steinkohlen beziehen, zu denen sich noch ganz enorme Mengen und Summen Braunkohlen und Briketts gesellen. Die Gesamtsumme der im Jahre 1912 in ganz Deutschland erzeugten Braunkohlen beträgt 82 340 000 Tonnen im Werte von 188 452 000 Mark, davon entfallen auf Sachsen 5 332 000 Tonnen mit 10 992 000 M. Gesamtwert. Wie bei den Steinkohlen, ist selbstverständlich auch bei den Braunkohlen die Produktion in den letzten drei Jahrzehnten gewaltig gestiegen, was nachstehende Zahlen ganz deutlich veranschaulichen: 1885 erzeugte man im Deutschen Reich 15 355 000 Tonnen Braunkohlen im Werte von 40 378 000 Mark, während den 5 332 000 Tonnen Braunkohlen im Jahre 1912 in Sachsen nur 732 000 im Jahre 1885 gegenüberstehen!

Um ein vollständiges Bild davon zu erhalten, was in den großen und kleinen Oefen in unserm Vaterlande alljährlich von den Flammen verzehrt wird, müssen wir auch die Zahlen für Koks und Briketts hier mit anführen. Die Statistik über die Kokserzeugung verrät uns, daß Deutschland im Jahre 1912 insgesamt 29 141 000 Tonnen Koks produzierte, wovon auf Sachsen 62 000 Tonnen entfallen. Die Kokserzeugung in Sachsen ist in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangen, 1905 betrug sie noch 68 000, jetzt ist sie gesunken auf 62 000 Tonnen. Und nun noch einige Zahlen aus der Statistik über die Brikettherstellung im Deutschen Reiche. 1912 stellte man in ganz Deutschland 5 334 000 Tonnen Steinkohlen- und 19 058 000 Braunkohlenbriketts her, unser Königreich Sachsen lieferte davon 61 000 Tonnen Steinkohlen- und 1 123 000 Tonnen Braunkohlenbriketts.

Arbeitslosenzählung.

Nach einer Verordnung des Ministeriums des Innern vom 16. August d. J. ist beabsichtigt, die in den Jahren 1910 bis 1912 vorgenommenen Arbeitslosenzählungen in diesem Jahre zu wiederholen, um Unterlagen über die Zahl der Personen zu gewinnen, die mangels geeigneter Beschäftigung arbeitslos sind. Die Zählung wird im Einverständnis mit dem Finanzministerium auf Grund der nach dem Stande vom 12. Oktober d. J. auszufüllenden Hauslisten für die Einschätzung zur Einkommensteuer und mittels weiterer Erhebungen stattfinden.

Mittweida. Am Sonnabend hielten die Bürgermeister der Städte mit revidierter Städteordnung der Kreishauptmannschaft Leipzig im hiesigen Rathaussaale eine Sitzung ab, in welcher über Verwaltungsangelegenheiten verhandelt wurde.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Zu dem Doppelmorde in Neustadt wird noch weiter folgendes gemeldet: Der 19½ Jahre alte Buchhalter Albert Georg Willi Benicke aus Meerane und das 17 Jahre alte Dienstmädchen Johanna Elisabeth Heinke aus Niederneukirch hatten seit kurzer Zeit ein Liebesverhältnis. Beide trafen am Sonntag abend auf dem Tanzboden im Gesellschaftshause zu Neustadt den früheren Geliebten des Mädchens, den 18 Jahre alten Fabrikarbeiter Otto Hertwig. Auch vorgestern widersetzte sich das Mädchen den Bewerbungen Hertwigs und ging später mit Benicke nach Hause. Inzwischen hatte sich Hertwig im Garten des Grundstücks Oststraße 106a versteckt. Als das Pärchen ankam, stürzte Hertwig auf Benicke zu und tötete ihn durch einen Stich in die Halsschlagader. Dann ging er auf das Mädchen los, riß ihm den Mantel vom Leibe und führte einen Stich nach dem Herzen, der ebenfalls den sofortigen Tod zur Folge hatte. Hertwig wurde verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis abgeführt. Das zur Tat benutzte Instrument ist ein dolchartiges, etwa 25 Zentimeter langes Messer, das der Mörder vor der Tat noch geschliffen hat. Es scheint also vorsätzlicher Mord vorzuliegen. Gestern vormittag fand in Gegenwart der Behörde ein Lokaltermin statt. Die beiden Leichen wurden nach dem Leichenhause geschafft. Der Vater des Mörders ist Nachtwächter dort. Er hatte selbst die traurige Pflicht zu erfüllen, seinen Sohn festzunehmen. Der Täter ist an die Staatsanwaltschaft Bautzen abgeliefert worden. — Unter dem Verdachte, ihr neugeborenes Kind getötet zu haben, wurde am Sonntag in Belgershain eine auf dem Rittergute in Arbeit stehende Polin in das Amtsgericht Bad Lausick eingeliefert. Der Leichnam des Kindes wurde am Sonnabend in der Abortgrube des für die polnischen Arbeiter bestimmten Wohnhauses aufgefunden. Die Verhaftete, die von einem ihrer Stammesgenossen angezeigt wurde, leugnet vorläufig noch jede Schuld. — Der fünfjährige Knabe Herbert Petzold in Reichenbach i. V. wurde in der Reichsstraße, nach dem Eingang zum städtischen Gaswerke, von einem Wagen überfahren und getötet. — Am Neubau des Hauptbahnhofes Leipzig verunglückte am Sonnabend vormittag der 16jährige Maurer Otto Alfred Limpert tödlich. Ihm fiel ein 24 Zentner schwerer Stein auf die Brust, wodurch er schwere innere Verletzungen erlitt, denen er nachmittags im Krankenhause erlegen ist.

Stadt-Chronik.

Ländliche Schulverhältnisse

bildeten den Gegenstand einer Verhandlung gegen unseren Verantwortlichen, Genossen Sachs, vor dem hiesigen Schöffengericht. Der Lehrer Krusche ging gegen S. auf dem Wege der Privatklage vor, weil die Staatsanwaltschaft ein Einschreiten gegen ihn abgelehnt hatte. K. fühlte sich beleidigt durch einen Artikel in der Dresdner Volkszeitung, in dem die Mißstände in der Pennricher Schule besprochen wurden. Danach waren es fast mittelalterliche Zustände, die dort herrschten. So mußten die Kinder die Hausarbeit in der Schule verrichten (Kehren usw.) Die Mädchen mußten abwechselnd das Handtuch, das in der Schulstube hängt, zum Waschen mit nach Hause nehmen. Die Jungen mußten Kohlen holen und heizen. Beim Waschen wurde der Frau des Lehrers gleichfalls geholfen durch Wassertragen usw.

Nebenbei wurden noch Mißstände gerügt, die mehr mit dem Lehrer selbst zusammenhingen. So hatte er die Anordnung getroffen, daß der erste, der früh zur Schule komme, auf dem Strohdeckel an der Haustür im Flur so lange stehen bleibe, bis der zweite kommt. Dieser sollte wieder den dritten erwarten u. s. f. Da die Schüler pünktlich dasein mußten, der Lehrer aber vielfach unpünktlich komme, müsse der letzte lange warten, denn dieser dürfe nicht eher die Schulstube betreten, bis der Lehrer erscheine. Weiter wurde gerügt, daß die Kinder bei größter Kälte in den Pausen in den Schulhof müßten, während der Lehrer die Pausen in seiner Wohnung verbringe. Ein Schüler, der wegen Zuspätkommens die erste Stunde vorn stehen mußte, sei umgefallen. Einmal hätte des Lehrers Katze eine Bank in der Schulstube verunreinigt, wodurch ein fürchterlicher Gestank entstand. Als dem Lehrer das gemeldet wurde, hätte er nur Asche darauf getan und den Kot während des ganzen Unterrichts liegen lassen.

Für alle diese Tatsachen wollte S. den Wahrheitsbeweis erbringen. Es war zu diesem Zweck eine große Anzahl Zeugen geladen, darunter natürlich auch mehrere Schulkinder. Krusche gab selbst einen großen Teil der gerügten Mißstände zu. Er behauptete aber, die Tatsachen wären übertrieben und entstellt. Es sei richtig, daß er die Anordnung getroffen hätte, daß die Kinder nacheinander an der Haustür stehen müßten, doch nicht vor der Haustür, sondern an der Innenseite derselben, also im Hausflur. Die Zeugenvernehmung bestätigte diese Abweichung. Zweck dieser Maßregel war nach Angabe des Lehrers, die Kinder zum Säubern der Schuhe vor dem Betreten der Schule zu veranlassen. Daß er nicht immer pünktlich zur Schule gekommen sei, bestreitet er. Durch die Zeugen wurde aber bestätigt, daß er meist zu spät kam. Die Kinder haben die Verspätungen mit der Uhr festgestellt. Daß der erste eintretende Schüler seinen Namen an die Wandtafel schreiben mußte, sei richtig, nicht richtig aber sei, daß der Betreffende die Verantwortung für die ganze Klasse hatte. Er gab auch zu, daß ein Knabe ohnmächtig umgefallen war, den er während des Unterrichts vorgestellt hatte. Das Vorstellen sei aber nicht wegen des Zuspätkommens, sondern deshalb erfolgt, weil der Junge während der Bibelstunde Unsinn gemacht habe. Auch hätte das keine ganze Stunde gedauert, sondern etwa zehn Minuten. Auch diese Abweichungen wurden durch die Beweisaufnahme bestätigt. Daß die Kinder auch im Winter bei großer Kälte in den Hof müssen, sei richtig, falsch sei aber, daß er selbst sich in seinem Zimmer aufhalte. Bei großer Kälte sei er ebenfalls mit draußen. Sonst verbringe er seine Pausen allerdings in seiner Wohnung. Die Unratgeschichte gibt K. vollständig zu, daß das aber seine eigene Katze gewesen ist, müsse erst nachgewiesen werden. Es komme oft vor, daß Katzen ihren Unrat wo anders abladen. Ferner werden die Verrichtungen häuslicher Arbeiten durch Schulkinder teils zugegeben, teils durch die Zeugenvernehmung nachgewiesen. K. machte nur geltend, daß das Reinigen der Schulräume zur Hausordnung gehört und daher von den Kindern gemacht werden müsse. Er sei jedenfalls hierzu nicht verpflichtet, denn er sei Lehrer und nicht Hausmann. Es wird ihm entgegengehalten, daß er außer seinem Gehalt jährlich extra 100 M. für die Instandhaltung der Schulräume erhalte. K. bestreitet das und meint, die 100 M. würden nur für die Amtsführung in der Schule gezahlt. Nach Ansicht eines Schulvorstandsmitgliedes hat K. aber für die 100 M. auch für die Reinigung der Schule zu sorgen. Daß die Mädchen die Handtücher mit nach Hause zum Waschen nahmen, sei richtig; nicht richtig sei aber, daß er sich ausschließlich daran trockne, vielmehr wurde das Handtuch meist von den Mädchen benützt. Daß er die Enten während eines Gewitters ins Schulzimmer getrieben hätte, bezeichnet er als glatte Erfindung. Von einem Zeugen wurde aber bestätigt, daß junges Federvieh in das Schulhaus getrieben wurde, ob in das Schulzimmer oder einen anderen Raum, konnte nicht festgestellt werden.

Der Wahrheitsbeweis war somit, abgesehen von geringen Abweichungen, erbracht. Den vom Gericht

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

angeregten Vergleich lehnte K. ab. Er gab zu, daß S. nur als formell Verantwortlicher in Frage komme und plädierte aber für eine geringe Strafe. Rechtsanwalt Giese beantragte dagegen als Verteidiger Freisprechung, da eine Beleidigung des Lehrers mit dem Artikel gar nicht beabsichtigt war, sondern nur eine Beseitigung der Mißstände angestrebt wurde. Der Wahrheitsbeweis sei doch im großen und ganzen geglückt und die geringen Abweichungen reichten zu einer Bestrafung nicht aus.

Das Gericht erkannte wegen öffentlicher Beleidigung auf 50 M. Strafe oder 5 Tage Haft, sowie Publikationsbefugnis.

Wenn die „Patrioten" zahlen sollen — — —

Im Juni dieses Jahres wurde bekanntlich das 25jährige Regierungsjubiläum des Kaisers gefeiert. Aus diesem Anlaß wuchsen die wohltätigen Stiftungen und ähnliche Dinge wie Pilze aus der Erde, wenn auch in vielen Fällen sehr wenig dabei heraussprang. Auch die Gemeinden des Bezirks der Amtshauptmannschaft Dresden-N. wollten nicht zurückstehen. Man beschloß eine Sammlung zur Schaffung eines Walderholungsheims für tuberkulosebedrohte Kinder im amtshauptmannschaftlichen Bezirke. Das Ergebnis der Sammlung ist nun geradezu beschämend ausgefallen. Obwohl man bei Gemeinden und Privaten nach Möglichkeit geschnorrt hat, kamen doch nicht mehr als 20347,85 M. zusammen. Der Vorsitzende des Gemeindetages bemerkte von dem Ergebnis der Sammlung, daß es nicht so ausgefallen sei, wie man gehofft und gewünscht habe. Es sei zwar immer noch ein schöner Betrag, aber doch bei weitem nicht ausreichend, um den Plan verwirklichen zu können. Sogar größere Gemeinden hätten sich von vornherein ablehnend verhalten. In der Tat ist das Ergebnis ein klägliches und würde noch kläglicher ausgefallen sein, wenn nicht drei Gemeinden allein (Loschwitz, Radebeul und Radewitz) zusammen über 18000 M. aufgebracht hätten. Die übrigen Gemeinden des Bezirks, unter denen sich sehr steuerkräftige befinden, haben sonach nur rund 8000 M. beigesteuert. Da, wie schon gesagt, die 25000 Märker nicht hin- noch herlangen, so wurde beschlossen, die Zinsen des Kapitals bis auf weiteres diesem zuzuschlagen und letzteres auch noch durch weitere Zuwendungen zu stärken.

Die Wohltaten der „Kaiser-Wilhelm-Jubiläums-Stiftung" — diesen hochtönenden Namen hat man der Sammlung gegeben — werden also noch lange auf sich warten lassen. Die alte Geschichte! Der Patriotismus reicht bei vielen Leuten nur bis ans Portemonnaie!

Von der praktischen Arbeit in den Gemeinden.

Seit Jahr und Tag müht sich die Reichsverbandspresse um den Nachweis, daß die Erwählung einer sozialdemokratischen Mehrheit für eine Gemeinde den sicheren Untergang bedeute. Man weiß, daß sich bürgerliche Kommunalmehrheiten in Verbindung mit Regierungsorganen zur Verhinderung eines solchen „Unglücks" mit den verwerflichsten Mitteln immer wieder zusammengetan haben. Beinahe täglich haben wir uns irgendwo mit den Schauermärchen über sozialdemokratische Untaten herumzuschlagen. Alle Richtigstellungen, die wiederholt in unserer Presse erschienen, blieben unbeachtet oder boten nur neuen Anlaß, alte Lügen mit eiserner Stirne zu wiederholen. Selbst gerichtliche Urteile gegen einzelne Verleumder brachten die Verleumdung selbst nicht zum Schweigen.

Die Kommunale Praxis bringt in ihrer Parteitagsnummer eine Tatsachenzusammenstellung, eine Schilderung der Tätigkeit sozialdemokratischer Mehrheiten in den Vertretungskörperschaften deutscher und ausländischer Gemeinden. Wenn auch, wie es in einer einführenden Notiz heißt, aus Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum diesmal die Betrachtung der interessanten Vorgänge in französischen, schweizerischen und italienischen Gemeinden mit sozialdemokratischen Mehrheiten ausgeschieden werden mußte, so ist doch aus den deutschen Einzelstaaten und aus Nordamerika ein Material zusammengetragen worden, das uns in allen kommenden kommunalen Kämpfen die wertvollsten Dienste leisten kann.

Hier wird dargetan, wie sich namentlich manche staatliche Aufsichtsbehörden nicht schämen, immer neue Schwierigkeiten, oft unter direkter Verletzung von Recht und Gerechtigkeit, unseren Vertretern in den Weg zu rollen, wie bürgerliche Gegner, nicht zufrieden mit dem Vorsprung, den ihnen die ungerechten Wahlrechte in den Gemeinden verleihen, nicht etwa nur loyalen Widerstand leisten, was ihr gutes Recht ist, sondern zu direkten Gewaltmitteln ihre Zuflucht nehmen; wir sehen aber auch, wie dennoch die Sozialdemokratie schließlich die schwersten Hindernisse siegreich überwindet. Einfache Arbeiter, ungeübt in der Verwaltung großer Gemeinwesen, belastet mit der schweren Sorge um ihren eigenen Lebensunterhalt, ohne den kräftigen Rückhalt, den ihnen im größeren Verbande die Wucht gewaltiger Wählermassen zu verleihen vermag, auf einsamem Posten stehend, haben in der Tat Großartiges geleistet und den Beweis erbracht, daß sie voll Hingebung und Treue in den Dienst des allgemeinen Wohles zu treten geneigt und geeignet sind. — Die Dokumente der Parteitagsnummer der Kommunalen Praxis liefern so auch einen wertvollen Beitrag zu unserer Parteigeschichte. Bestellungen und Abonnements nehmen alle Buchhändler und Kolporteure entgegen, dort sind auch einzelne Hefte dieser Nummer zu haben. Namentlich unsere Vereinsbibliotheken sollten sich die Gelegenheit einer wertvollen Bereicherung ihrer Bestände nicht entgehen lassen.

Mieter und Hauswirt.

Eine für Hauswirte und Vermieter wichtige Entscheidung hat das Reichsgericht gefällt. Ein Hausbesitzer verlangte von seinem Mieter, er solle der Untermieterin, einer Schauspielerin, die ein möbliertes Zimmer abgemietet hatte, den Herrenbesuch untersagen. Als Begründung führte der Hauswirt an, anderen Mietern wäre der Herrenbesuch unangenehm aufgefallen. Das Reichsgericht wies die vom Hauswirt erhobene Klage ab. In der Begründung heißt es: Das strikte Verbot von Herrenbesuch ist eine Beschränkung der Persönlichkeit, zu der ein bloßes Mietsverhältnis keinen Anlaß bietet. Es muß der einzelnen Person überlassen bleiben, inwieweit sie sich den Gesetzen der Sitte unterwerfen will. Will eine junge Dame Herrenbesuch empfangen und bringt sie nicht gerade durch die Art der Besuche den Charakter des Hauses in Verruf, so kann ihr das Recht dazu in ihrer Wohnung nicht abgesprochen werden. Sie braucht sich auch nicht deshalb Beschränkungen aufzuerlegen, weil andere Mieter des Hauses Anstoß daran nehmen. Selbst wenn der Herrenbesuch zu unsittlichen Zwecken stattfand, ändert das nichts an der Auffassung des Gerichts. Es geht niemand etwas an, was hinter verschlossenen Türen vorgeht. Wenn die Dame in ihren Handlungen die nötige Zurückhaltung nach außen wahrt, so hat sie die Grenzen der ihr zustehenden freien Betätigung der Persönlichkeit nicht überschritten.

Eine verhängnisvolle falsche Auskunft.

Eine wichtige Entscheidung in Invalidenversicherungssachen hat das Landesversicherungsamt in Dresden gefällt. Strittig war die Frage, ob die Landesversicherungsanstalt für eine falsche Auskunftserteilung seitens einer Ortskrankenkasse einzustehen hat. Der Dienstmann S. in R. hatte im September 1912 den Antrag auf Gewährung von Invalidenrente gestellt, war aber damit sowohl von der Landesversicherungsanstalt als auch vom Oberversicherungsamt abgewiesen worden. Beide Instanzen stützten sich darauf, daß die am 22. Januar 1906 ausgestellte Quittungskarte, die aber vom 9. Oktober 1905 ab als verwendbar erklärt und deren Gültigkeit am 22. Januar 1908 um zwei weitere Jahre verlängert worden war, wohl 20 Beitragsmarken aufwies, wovon jedoch auf die Zeit vom 22. Januar 1906 bis dahin 1908 nur 8 entfielen, daß also die Anwartschaft erloschen war, die seitdem auch nicht wieder aufgelebt ist. S. beruhigte sich hierbei nicht, sondern erhob Rekurs beim Landesversicherungsamt und machte geltend, seiner Frau sei seinerzeit von der Ortskrankenkasse R. erklärt worden, die Anwartschaft sei gesichert. Daraufhin sei die Verwendung weiterer Beitragsmarken unterblieben. Auf Anfrage bestätigte die Kasse, daß der betreffende Kassenbeamte damals irrtümlicherweise eine solche Erklärung abgegeben habe. Das Landesversicherungsamt verwarf das Rechtsmittel und hat damit die Abweisung des Rentenanspruches gut geheißen. Daß ein Fehler begangen worden ist, sei erwiesen, die der Frau des Klägers zuteil gewordene Rechtsbelehrung war falsch. Damit werde indessen nicht gutgemacht, daß in dem zweijährigen Zeitraum von 1906 bis 1908 nicht 20 Beitragsmarken geklebt worden sind. Das Gesetz knüpfe aber an die Gewährung der Rente die Bedingung der Erfüllung der Anwartschaft, die nun hier aber nicht gegeben sei. An den gesetzlichen Bestimmungen lasse sich jedoch nichts mehr ändern, das Gericht sei an sie gebunden. Der Fehler sei nicht wieder gut zu machen und übrigens auch nicht von der Versicherungsanstalt begangen. Das Gericht habe sich alle Mühe gegeben, um der Klägerin, (der Ehefrau des inzwischen verstorbenen Antragstellers) zu helfen, habe jedoch keinen Ausweg gefunden. Es wurde der Klägerin jedoch anheim gegeben, gegen die Kasse bezw. den betreffenden Kassenbeamten die Schadenersatzklage vor dem zuständigen Gericht anzustrengen.

Straßenhandel und Verkehrsordnung.

Der Händler Storbeck stand am Nachmittag des 4. April, von 1¼ bis 2 Uhr, mit einem Handwagen, auf dem auf einem schiefgestellten Brett mehrere Kisten mit Pöklingen aufgestellt waren, unter der Eisenbahnüberführung der Eschenstraße und Bischofsplatz und soll dort Pöklinge feilgehalten haben. Von einem Gendarmen auf das Unzulässige seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht (die Verkehrsordnung der Stadt Dresden untersagt im Interesse des öffentlichen Verkehrs die Errichtung von Verkaufsständen an bestimmten Straßen und Plätzen), erwiderte St., das sei Sache der Wohlfahrtspolizei, und ließ die Weisung des Gendarmen, weiterzufahren, unbeachtet. St. erhielt wegen Uebertretung der Verkehrsordnung eine auf 4 M. Geldstrafe lautende Strafverfügung. Er beantragte gerichtliche Entscheidung, mit dem Erfolg, daß die Strafe auf 1 Woche Haft erhöht wurde. Das Berufungsgericht änderte das Urteil sowohl in richterlicher Beziehung als auch hinsichtlich des Strafmaßes ab. Es nahm an, daß der Angeklagte nicht im Umherziehen Waren verkauft, sondern einen Verkaufsstand errichtet und damit gegen § 155, Ziffer 3 der Verkehrsordnung verstoßen habe. Es wurde auf 3 Tage Haft erkannt. Die Revision des Angeklagten rügte die angebliche Unterlassung der Feststellung, worin die Errichtung des Verkaufsstandes bestanden habe. Der Handwagen habe gar nicht dem Angeklagten gehört, auch nicht die Ware, er sei für einen anderen tätig gewesen. Demnach komme er gar nicht als Straßenhändler in Frage, die Verkehrsordnung beziehe sich aber nur auf solche. Das Oberlandesgericht verwarf das Rechtsmittel. Nach den Feststellungen müsse angenommen werden, daß der Angeklagte gegen die Bestimmungen verstoßen hat, denn er habe von dem Handwagen aus verkauft. Die Verkehrsordnung spreche allerdings nur von Straßenhändlern, dadurch aber, daß der Angeklagte verkaufte, sei er zu einem solchen geworden. Ob er dies für sich tat oder für andere, sei gleichgültig.

Der starke Eisenbahnverkehr machte am Sonntag die Einlegung von 32 Entlastungszügen auf den in Dresden einmündenden Bahnlinien erforderlich. 18 auf der Dresden—Schandau—Bodenbacher, 8 auf der Dresden—Tharandt—Chemnitzer, 4 auf der Dresden—Bischofswerda—(Zittau—) Bautzner und 2 auf der Dresden—Meißner Linie.

Kinderschutzkommission Dresden u. Umg. Morgen Mittwoch Ausflug. Treffpunkt ½3 Uhr Sachsenplatz und Schützenplatz. Proviant ist mitzubringen. Eltern sind willkommen.

6. Kreis, 18. Bezirk. Die Kinderschutzkommission veranstaltet Donnerstag den 18. September einen Kinderausflug nach Tharandt. Die Kinder von Zaucherode sammeln 1½ Uhr am Gasthof, die Wurgwitzer 1¾ Uhr an Wolfs Restaurant, die Niederhermsdorfer am Gasthof um 2 Uhr. Die übrigen Ortschaften wollen es einrichten, daß sie 2½ Uhr am Oberhermsdorfer Gasthof sind. Kinder unter acht Jahren ohne Begleitung Erwachsener sollen nicht teilnehmen. Jedes Kind soll 10 Pf. mitbringen.

Aus der Umgebung.

Mügeln bei Pirna. Ein schreckliches Unglück trug sich heute morgen auf dem hiesigen Bahnhof zu. Der in Mügeln 7 Uhr 13 Min. fällige Lokalzug von Pirna hatte Verspätung. Er wurde deshalb, um einen folgenden D-Zug Bodenbach—Dresden passieren zu lassen, auf das Ueberholungsgleis geleitet. Der Bahnhofsinspektor Schmidt, der von diesen Vorgängen nicht unterrichtet war, überquerte auf seinem Gange in den Dienst dieses Gleis und wurde von dem Lokalzuge überfahren und gräßlich verstümmelt. Kopf und Beine wurden ihm abgefahren. Der Getötete wurde sofort nach der Leichenhalle gebracht.

Dippoldiswalde. (Stadtverordnetensitzung). Die Pachtung der Talsperre stand nochmals auf der Tagesordnung. Die Stadtverordneten beschlossen im Mai d. J., 500 M. als Pacht zu zahlen. Die Genossenschaft bietet deshalb die Sperre nochmals an, will aber die Fischerei sowie die Benutzung des Eises sich vorbehalten, es blieb sonach nur eine Benutzung für Badezwecke für die Stadt übrig, und auch nur in der Vorsperre. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, die Sache wurde vorläufig ausgesetzt. Auch auf den Streik beim hiesigen Wasserleitungsbau kam man zu sprechen und führte Stadtrat Liebel aus, die Sache habe sich erledigt. Die Thüringer Gasgesellschaft plant, die Stadt mit Kochgas zu versorgen. Nach längerer Debatte wurde dem Ratsbeschluß beigetreten, wonach noch in diesem Jahre der Bau ausgeführt werden soll. Auch soll der Ausbau der Rabenauer Straße in Angriff genommen werden, die Fußbahn soll vorläufig aber nur auf der linken Straßenseite hergestellt werden, da rechtsseitig eine Bebauung in absehbarer Zeit nicht erfolgen wird.

Radeberg. Am Sonnabend wurde von seiner Arbeitsstätte ein aus Breslau gebürtiger, hier beschäftigter Arbeiter verhaftet. Er war von der Staatsanwaltschaft gesucht worden. — Seinem Wohnungsgenossen hatte ein am Sonnabend verhafteter Arbeiter das Portemonnaie mit Inhalt gestohlen. — Am Sonntag in der Nacht war ein Küchenbrand in einem Grundstück am Markt entstanden. Die Familie bemerkte bei ihrer Heimkehr das Feuer, das bereits die Dielen und Balkenlager ergriffen hatte. Das Feuer soll durch einen schadhaften Ofen entstanden sein.

Ullersdorf. In Abteilung 37 des Ullersdorfer Staatsforstreviers wurde ein Erhängter aufgefunden, dessen Leichnam bereits stark in Verwesung übergegangen ist. Man vermutet, daß der Lebensmüde mit dem seit 16. Juli vermißten 57 Jahre alten Wirtschaftsauszügler Johann Friedrich Schuster aus Weißig identisch ist.

Gerichtszeitung.

Geschworenengericht.

Leichte Gesellschaft, Wetten und Spiel.

Der 21jährige, bisher unbestrafte und gut beleumundete Handlungsgehilfe Karl Alfred Lange schädigte durch allerlei strafbare Handlungen seinen Arbeitgeber. In der Zeit von Anfang Januar bis Ende Mai dieses Jahres unterschlug er in größeren und kleineren Posten insgesamt 847 M. Um die Unterschlagungen zu verdecken, fälschte er Quittungen auf Postanweisungen, Postschecks, Zollamtspapieren Staats- und Gemeindesteuerzetteln usw. Da die meisten der gefälschten Papiere als öffentliche Urkunden im Sinne des Gesetzes gelten, mußte er sich vor den Geschworenen verantworten. L. legte ein umfassendes Geständnis ab und bestätigte, daß er das Geld teils in leichtsinniger Gesellschaft verjubelt, teils bei Wetten und Spiel verloren habe. Wegen Fälschung öffentlicher und privater Urkunden, Betrugs und Unterschlagung wurde er unter Zubilligung mildernder Umstände zu 10 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Versuchte räuberische Erpressung

und verbotswidriges Waffentragen brachten den 19jährigen Buchbindergehilfen Friedrich Hermann Klasen aus Wien auf die Anklagebank. Der in seiner Heimat einmal wegen Diebstahls bestrafte Angeklagte kam am 30. Juni 1913 mittellos hier an. Er führte einen geladenen Revolver und ein Kästchen mit scharfen Patronen mit sich. Am Abend desselben Tages promenierte er vor dem Laden des Bäckermeisters H. in der Struvestraße hin und her. Als er sah, daß sich die Verkäuferin allein im Laden befand, ging er hinein und machte die wegen der Hitze offen gelassene Tür hinter sich zu. Er verlangte zwei Törtchen, die ihm die Verkäuferin aus dem Schaufenster verabfolgte. Anstatt Geld zu geben, zog er den Revolver aus der Tasche, hielt ihn dem Mädchen vor die Brust und verlangte die Ladenkasse. Die Bedrohte verlor den Kopf nicht und forderte den Angreifer auf, die Waffe wegzunehmen und die Türe zu öffnen. Sie wolle ihm wohl ein Geschenk, nicht aber die Ladenkasse geben. Gleichzeitig klopfte sie mit einem Kuchenmesser an die Wand, daß ihr aus dem benachbarten Laden jemand zu Hilfe käme. Als Kl. das sah, gab er Fersengeld. Er wurde verfolgt und auf dem Hauptbahnhof festgenommen. Er hatte den Revolver noch schußfertig in der Tasche. Er räumte seine Tat ohne Umschweife ein. Da die Geschworenen in ihrem Wahrspruch die Frage nach mildernden Umständen verneinten, lautete das Urteil auf 5 Jahre Zuchthaus, 2 Wochen Haft und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Wahlbewegung im 4. Kreise.

Für die Zeit vom 3. bis 9. Oktober sind auswärtige Referenten gewonnen worden. Diejenigen Bezirke, die um diese Zeit noch Versammlungen abzuhalten beabsichtigen, wollen dies unter Angabe der event. für sie in Frage kommenden Tage umgehend dem Bezirkssekretariat Dresden-A., Wettinerplatz 10/11, Telefon 18367, mitteilen. Die endgültige Festlegung der Versammlungstage für die einzelnen Orte erfolgt nächsten Montag im Wahlkomitee. Bereits festgelegte Versammlungen werden hiervon nicht berührt.

Die Wählerlisten

liegen nur noch bis Mittwoch den 17. September in den amtlich bekanntgegebenen Stellen (Wohlfahrtspolizeibezirke, Gemeindeämter usw.) zur Einsichtnahme aus. Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß alle in die Listen eingetragenen Wähler, welche am 1. Oktober verziehen, berechtigt sind, in dem Bezirke am 10. Oktober zu wählen, in dem sie jetzt in der Wählerliste eingetragen sind.

Wer jetzt in Radebeul wohnt und am 1. Oktober nach Wahnsdorf verzieht, geht am 10. Oktober nach Radebeul wählen. Wer von seinem jetzigen Wohnort weit wegzieht, kann sich eine Bescheinigung von der Gemeindebehörde ausstellen lassen, daß er in der Wählerliste seines bisherigen Wohnortes gestrichen ist, und hat dann das Recht, sich in die Wählerliste seines neuen Wohnortes nachtragen zu lassen. Wer aus Dresden-Neustadt nach -Altstadt verzieht, kann in seinem bisherigen Bezirk sein Wahlrecht ausüben.

Reichstagswähler, welche im Wahlbezirke auf Untermiete wohnen und hier polizeilich angemeldet sind, haben das Recht, bei der bevorstehenden Wahl im 4. Wahlkreise das Stimmrecht auszuüben. Bauhandwerker, Monteure, Geschäftsvertreter usw., deren eigentliche Wohnung außerhalb des Wahlkreises oder Wahlbezirks liegt, müssen sich daher vergewissern, daß sie hier im 4. Wahlkreise in der Wählerliste stehen und müssen am 10. Oktober zur Wahl gehen. Jeder Wähler kann selbstverständlich sein Wahlrecht nur in einem Wahlbezirke ausüben.

Morgen Mittwoch den 17. September ist nur noch Zeit zur Einsichtnahme der Wählerliste und zur Einspruchserhebung, wenn der Name des Reichstagswählers nicht in der Liste steht. Wer keine Zeit zur Einsichtnahme hat, beauftrage heute abend noch einen Bekannten, Genossen, Kollegen usw. zur Einsichtnahme.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Uebigau. Eine gut besuchte Wählerversammlung fand im Gasthof zu Uebigau statt. Sänger vom 6. Bundeschor begrüßten die Anwesenden mit dem Liede: „Seid gegrüßt, ihr wackeren Streiter". Mit größter Ruhe hörten die Versammlungsbesucher den Vortrag unseres Reichstagskandidaten Genossen Buck an. Als der Redner die beiden Gegenkandidaten, die Herren Hartmann und Klöppel, und die Taten ihrer Parteien kritisierte, ertönte ein großer Beifallssturm im Saale. Da sich keine Gegner eingefunden hatten, schloß Genosse Leutbold mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, in dem Wahlkampfe ihre Pflicht zu tun und namentlich die Wählerlisten einzusehen, die Versammlung.

Kötzschenbroda. Am vergangenen Sonnabend fand im Kulmbacher Hof eine öffentliche Wählerversammlung statt, die von ca. 450 Personen besucht war, und in der der Kandidat der Sozialdemokratie, Genosse Buck, sein Programm entwickelte. Er gedachte zunächst in ehrenden Worten des uns durch den Tod entrissenen getreuen Streiters und bisherigen Abgeordneten August Kaden und streifte dann die Agitationsweise der Konservativen und Liberalen, die beide heute mehr denn je um die Gunst des Mittelstandes girren. Er verwies dabei besonders auf frühere Zeiten, wo die Vorfahren der heutigen Konservativen als Wegelagerer und Strauchdiebe eine unrühmliche Rolle spielten, Handel- und Gewerbetreibende beraubten und plünderten und zu Hörigen und Leibeigenen machten. Heute dagegen betreibe man die Auspowerung der unteren und mittleren Volksschichten gesetzmäßig und bereichere sich von Rechts wegen auf Kosten dieser Stände. Die regsame Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag schilderte der Redner in längeren Ausführungen und besprach weiter die neuesten Gesetzesvorlagen, wie die Wehrvorlage usw., sowie die in Bälde abzuschließenden Handelsverträge. Nachdem er noch in trefflicher Weise die Hartmannschen Flugblätter einer Kritik unterzogen und die praktische Tätigkeit der Leute von Ar und Halm ins rechte Licht gerückt hatte, appellierte er unter nicht endenwollendem Beifall an die Anwesenden, daß ein jeder freiheitlich-fortschrittlich gesinnte Wähler seine Stimme der Partei für Recht und Freiheit gebe. Gegner meldeten sich nicht zum Wort, und so wurde nach dringender Aufforderung des Vorsitzenden Genossen Krumbholz, die Volkszeitung und Partei kräftig zu unterstützen sowie am Wahltage mit Wahlarbeit zu verrichten und die Stimme Mann für Mann und rechtzeitig unserem Kandidaten Wilhelm Buck zu geben, die Versammlung geschlossen.

Königsbrück. Die Wählerliste kann bei dem Genossen Menzel eingesehen werden.

n. **Bezirk Ottendorf.** Hartmann-Versammlungen, oder sagen wir besser Hartmannsche Biertischgespräche gab es die letzte Woche im hintersten Winkel des Bezirks. In Würschnitz, Tauschaer Anbau usw. ließ der konservative Kandidat sein angereimtes Zeug vom Stapel. Der Besuch seiner „Versammlungen" war überall ein miserabler. In Würschnitz waren 23, im Tauschaer Anbau mit Hartmann 4 Mann in der Versammlung. Den Würschnitzer Zuhörern erzählte der Rittergutsbesitzer Hartmann sehr schauerlich-schöne Geschichten aus Afrika. Von Politik keine Spur. Ueber unser Flugblatt scheinen sich die Herren besonders geärgert zu haben, wie aus den Reden des Hartmannschen Begleiters Nietzold hervorging, der auf unser Flugblatt tüchtig schimpfte. Lassen wir den Leutchen das Vergnügen. In Würschnitz gab der Rittergutsbesitzer beim Abschiednehmen jedem Versammlungsbesucher die Hand. So wird's vor den Wahlen gemacht. Nachher sieht's anders aus.

n. **Gründberg bei Hermsdorf.** Am 14. September fand abends eine Versammlung statt, die den Verhältnissen entsprechend gut besucht war. Genosse Reichstagskandidat Wilhelm Buck, der am Nachmittag schon in Königsbrück gesprochen hatte, referierte über Die Tätigkeit der Sozialdemokrate im Reichstage. In reichlich einstündigen Ausführungen schilderte er die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie die Verdächtigungen und Verdrehungen der bürgerlichen Parteien. Von der Tätigkeit der Sozialdemokrate im Reichstage entwarf er in leichtverständlicher Weise ein interessantes Bild. Lebhafter Beifall folgte. Nach einigen Worten des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Radeberg. Eine Bekanntmachung fordert zur Eintragung in die Wählerliste behufs der ersten Wahlen der Vertreter im Ausschuß für die neu zu errichtende Allgemeine Ortskrankenkasse auf. Für unseren ländlichen Bezirk kommt die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Lotzdorf in Betracht. Es sind die Eintragungen für Lotzdorf, Liegau bei der Gemeinsamen Gemeindekrankenversicherung zu Lotzdorf und Liegau, für Wachau ebenfalls bei der Gemeindekrankenkasse Wachau, Groß- und Kleinerkmannsdorf auch bei der Gemeindekrankenversicherung, Kleinröhrsdorf, Kleinwolmsdorf bei der Gemeindekrankenversicherung, Arnsdorf, Leppersdorf, Wallrode bei den Gemeindevorständen zu bewirken. Die Eintragung ist innerhalb einer Woche zu beantragen. Soweit sich Wahlberechtigte nicht in die Wählerliste eintragen haben lassen, können sie ihres Wahlrechtes verlustig gehen.

Arnsdorf. In einer Wählerversammlung sprach am Sonnabend der Landtagsabgeordnete Winkler. Er beleuchtete die Taten der bürgerlichen Parteien und legte dar, wie sich so recht drastisch gezeigt habe, daß diese Parteien recht groß in den Versprechungen vor den Wahlen waren. Nachher habe man aber gerade das Gegenteil getan. Nur der letzten Militärvorlage solle man gedenken. Auch der konservative Kandidat Dr. Hartmann wende sich mit einem Flugblatt an die Wähler. Im einzelnen geht Redner das Flugblatt durch und fordert die Anwesenden auf, mit dem sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme zu geben. Der Beifall bewies, daß der Redner im Sinne der Versammelten gesprochen hatte.

Königsbrück i. S. Die am 14. September in freier Natur abgehaltene Volksversammlung nahm einen imposanten Verlauf. Gegen 450 Ortseinwohner aller Schichten lauschten dem aufführlichen Referat unseres Kandidaten W. Buck über das Thema: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten". Treffend widerlegte er die von den sogenannten „rechtsstehenden Parteien" verbreiteten Flugblätter mit ihren Verleumdungen, erläuterte durch zahlenmäßige Beispiele die Wehr- und Deckungsvorlagen, geißelte das Militär- und Zivilstrafgesetz, die Zoll- und Handelspolitik und die daraus folgenden Wirtschaftskrisen, sowie die Arbeiterschutzgesetze, und kennzeichnete die emsige Reformtätigkeit unserer 110 Abgeordneten im Reichstage. Den mit nachhaltigem Eindruck aufgenommenen Vortrag schloß Genosse Wilhelm Buck in der Erwartung, daß sich am Morgen des 11. Oktober, wenn sich noch das Gebiet vom Keulenberg bis zum Wolfshügel in grauen Nebel hülle, leuchtend das rote Banner des Sozialismus über dem 4. Wahlkreis zeigen! — Genosse W. Winkler kritisierte die durch die bürgerlichen Parteien bedingten mittelalterlichen Zustände unserer unwürdigen Lokalverhältnisse, forderte die Anwesenden energisch auf, für die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation zu wirken und die Dresdner Volkszeitung zu abonnieren, worauf die zweistündige gut verlaufene Versammlung geschlossen wurde.

Aus aller Welt.

Die Einsturzkatastrophe in Koburg.

Koburg, 15. September. In dem infolge der Gasexplosion eingestürzten Haus, in dem, wie gemeldet, 14 Personen den Tod fanden, wohnten zurzeit der Katastrophe 26 Personen. Das Unglück geschah dadurch, daß der Schreiner Bauer, als er zum Besuch das Haus betrat, in Unkenntnis des von den Installateuren erlassenen Verbotes, Licht zu machen, im Hausflur ein Streichholz anzündete. Sofort stand der ganze Flur in Flammen. Unmittelbar darauf stürzte auch schon das ganze Haus zusammen. Die Aufräumungsarbeiten wurden den ganzen Tag über mit der größten Energie fortgesetzt, dennoch liegen noch vier Leichen von Kindern unter den Trümmern, während zehn Leichen inzwischen geborgen worden sind. Ein Teil der Bewohner des Hauses war nur durch Zufall abwesend, sonst wäre das Unglück noch größer gewesen. So hatte ein Ehepaar einen Spaziergang unternommen, weil es sich von dem bereits unerträglich gewordenen Gasgeruch etwas erholen wollte. Das war seine Rettung. Ein Kind, das vorm Hause auf den bei den Schwiegereltern weilenden Vater wartete, wurde unter den Trümmern des Hauses begraben und wird noch jetzt vermißt. Als die Katastrophe erfolgte, kam es zu einer Detonation, die die ganze innere Stadt erzittern machte und starke Beunruhigung hervorrief. Feuerwehr und Sanitätswachen sind ununterbrochen tätig, um die noch verschütteten Leichen zu bergen. Von der Familie des Schuhmachers Wohlleben sind sämtliche Mitglieder ums Leben gekommen: der Mann, die Frau, drei Söhne im Alter von 8 bis 9 Jahren und eine 13jährige Tochter. Zu den Toten gehören ferner zwei taubstumme Kinder. Die Namen der noch nicht Geborgenen sind: Charlotte Seckendorf, Alfred Alex, Richard Schnitter und ein Kind der Familie Ruhleben. Das Befinden der schwerverletzten Personen ist noch immer bedenklich.

Verzweiflungstat einer Mutter.

Stuttgart, 15. September. Heute vormittag hat sich in der hiesigen Kasernenstraße eine entsetzliche Familientragödie abgespielt. Die Frau des Mechanikers Müller warf, als Polizisten in ihrer Wohnung erschienen waren, um eine Haussuchung vorzunehmen, weil die Frau im Verdachte stand, Wäschestücke gestohlen zu haben, ihre beiden Kinder im Alter von zwei und einem halben Jahre aus dem vierten Stockwerk auf die Straße und stürzte sich dann selbst herab, noch ehe die Beamten es verhindern konnten. Die Frau war sofort tot, ein Kind starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Das zweite Kind dürfte ebenfalls kaum mit dem Leben davonkommen.

Bergmannstod.

Gleiwitz, 15. September. Wie der Oberschlesische Wanderer aus Gleiwitz meldet, gingen auf der Abwehrgrube in Beuthen durch Pfeilerabsturz große Kohlenmassen zu Bruche. Zwei Bergleute wurden getötet, zwei andere schwer und einige leichter verletzt. Die Verunglückten sind alle Familienväter.

Unwetter am Oberrhein.

Köln, 15. September. Durch ein gestern über den Oberrhein niedergehendes Gewitter wurde in Obst- und Weingärten großer Schaden angerichtet. Zahlreiche Vögel wurden durch den Hagelschlag getötet. In Köln erlitt ein am Telephon beschäftigter Polizeibeamter, als ein Blitzstrahl in die Leitung fuhr, einen Nervenchok.

Tödlicher Sturz mit dem Rade.

München, 15. September. Der 26jährige Sprachlehrer Dr. Dimia aus Calais, der seit einiger Zeit in Altötting Sprachunterricht erteilte, stürzte in Burghausen beim Befahren einer steilen Straße mit dem Rade und wurde auf der Stelle getötet. Der Schädel wurde ihm vollständig zertrümmert.

Der Tod auf den Schienen.

München, 15. September. Auf der Station Langenbach wurde der dreijährige Knabe des Bauern Leiß, der unter der geschlossenen Eisenbahnbrücke auf die Schienen gelaufen war, von einem vorbeisausenden Zuge erfaßt und auf der Stelle getötet.

Gattenmord.

Regensburg, 15. September. Ein Gattenmord wird von den hiesigen Blättern berichtet. Die 60jährige Frau Therese Pfad wurde in einem Weiler bei Wutzenhofen tot aufgefunden. Der Erste Staatsanwalt von Regensburg stellte fest, daß es sich um Gattenmord handelt. Der Mann der Frau lebte mit ihr seit 21 Jahren in zweiter Ehe.

Automobilunglück.

Geislingen a. d. Steige, 15. September. Zwischen Weißenstein und Nenningen verunglückte gestern der Fabrikant Jöprix aus Heidenheim mit seinem Kraftwagen, den er selbst lenkte, dadurch, daß er die Herrschaft über den Wagen verlor und infolgedessen gegen einen Baum fuhr. Der Baum, der 20 Zentimeter Durchmesser hatte, wurde zweimal geknickt. Das Automobil überschlug sich mehrere Male. Der Chauffeur brach zweimal den Fuß und erlitt bedeutende Verletzungen am Kopf, so daß er schwerverletzt in das Krankenhaus in Göppingen gebracht werden mußte. Der Fabrikant erlitt Verletzungen am Kopfe. Ein Heidenheimer Arzt, der sich mit in dem Automobil befand, kam mit einigen Brandwunden davon, ebenso wurden auch die beiden Frauen der beiden letzteren verletzt.

Großfeuer.

Pforzheim, 15. September. In Büchenbronn, Amt Pforzheim, sind gestern abend fünf Wohnhäuser und fünf dazu gehörige Scheunen abgebrannt. Das Feuer, das durch die Erntevorräte reichliche Nahrung erhalten hatte, wütete von abends 8 Uhr bis nach Mitternacht. Der Schaden ist äußerst beträchtlich. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt. Unfälle sind nicht vorgekommen.

Die Cholera erloschen.

Budapest, 15. September. Die Sanitätsbehörde erklärt, die Cholera könne in Budapest als erloschen betrachtet werden, da seit fünf Tagen keine Choleraerkrankung mehr vorgekommen sei.

Familiendrama.

Tetschen a. d. Elbe, 15. September. In Bockwen bei Zwickau in Böhmen wurden die Gattin und die Tochter des Hausbesitzers Heinrich Wenzel auf dessen Anzeige hin verhaftet, weil sie ihn vergiften wollten. Wenzel tötete sich hierauf, indem er sich die Halsadern durchschnitt.

Hagelunwetter.

Bern, 15. September. Ueber einen Teil des Kantons Bern ging gestern ein heftiges Hagelunwetter mit furchtbarem Sturme nieder. Die noch nicht geernteten Feldfrüchte wurden vernichtet. Von den Hagelgeschossen, die so groß waren wie Hühnereier, wurden Fische im Wasser erschlagen.

Unfall des Fliegers Reichelt in Paris.

Paris, 15. September. Der deutsche Aviatiker Reichelt wollte heute morgen auf dem Luftwege nach Berlin zurückkehren. In dem Augenblick, als der Apparat den Boden verlassen wollte, wurde er durch einen starken Luftstoß erfaßt und umgeworfen, wobei die Schraube brach. Sobald die Reparatur beendet sein wird, wird Reichelt den Flug nach Berlin antreten.

Flugzeugunglück auf einem französischen Manöverfelde.

Paris, 15. September. Ein schwerer Unfall, der an das Unglück von Issy und an die Flugzeugkatastrophe von Büchenbeuren erinnert, hat sich gestern (Sonntag) abend auf dem Manöverfelde von Carrassonne ereignet. Der Fliegerunteroffizier Seigrat wollte mit einem Voisin-Zweidecker einen Versuchsflug unternehmen. Kaum hatte der Aeroplan sich vom Boden erhoben, stürzte er wieder nieder und rannte in eine Zuschauergruppe. Obwohl der Unteroffizier den Motor noch rasch abstellen konnte, wurden acht Personen von dem Apparat niedergeworfen. Fünf Personen erlitten sehr erhebliche Verletzungen.

Feuer im Zug Calais—Brüssel.

Brüssel, 15. September. Der Pack- und Postwagen des Zuges von Calais, welcher um 11 Uhr 15 Minuten nachts in Brüssel ankommt, fing unterwegs Feuer und wurde vollständig zerstört. Alle Post, welche von England für Deutschland bestimmt ist, wurde vernichtet.

Einsturz einer Kirche.

Mailand, 15. September. In Parma stürzte gestern die aus dem 14. Jahrhundert stammende Kirche Carmine, die anläßlich der Feier des 100. Geburtstages Verdis in einen Konzertsaal verwandelt werden sollte, ein. Die bei dem Umbau beschäftigten Arbeiter konnten noch rechtzeitig flüchten, so daß der Einsturz ohne weitere Folgen blieb.

Gefecht zwischen Räubern und Polizei.

Kiew, 15. September. Bei der Verhaftung dreier Räuber in einer der Vorstädte Kiews kam es zu einem Feuergefecht, wobei ein Räuber getötet und ein Schutzmann schwer sowie ein anderer leicht verwundet wurde. Die beiden anderen Räuber entkamen.

Ueberschwemmungskatastrophe.

Novorossisk, 15. September. Infolge des hier niedergegangenen Platzregens, der die Straßen überschwemmte, sind mehrere Häuser eingestürzt. Auch ein in der Nähe gelegenes Dorf wurde überschwemmt. Die Dorfbewohner konnten gerettet werden. Mehrere Menschenleben sind der Ueberschwemmung zum Opfer gefallen.

Der Hauptmann als Mörder.

Madrid, 15. September. Heute nachmittag hat vor dem Kriegsgericht der Prozeß gegen den Hauptmann Sanchez und seine Tochter begonnen, welche angeklagt sind, den Rentner Falons in der Kriegsschule, deren Hausverwalter Sanchez war, ermordet und den Leichnam in Stücke geschnitten und diese in die Abgüsse und Wasserrinnen geworfen zu haben. Der Anklagevertreter erklärte den Hauptmann und seine Tochter des Mordes und des Diebstahls der Kostbarkeiten, welche das Opfer bei sich trug, für schuldig und beantragte gegen den Hauptmann die Todesstrafe und seine Tochter lebenslängliches Gefängnis. Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

Soziales.

Keine Linderung des Arbeitslosenelends in Halle.

In Halle a. S. hat der Magistrat auf die wiederholten Eingaben des Gewerkschaftskartells wegen Beschaffung von Arbeitsgelegenheit dem Kartellvorstand geschrieben, daß die Stadtverwaltung das möglichste getan habe. Dann verweist der Magistrat aber auf einen Streik der Bauarbeiter um höhere Löhne. Nach seiner Meinung sei der Lohn angemessen und das Kartell solle den Bauarbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit anempfehlen, damit der Bauunternehmer nicht gezwungen sei, fremde Arbeitskräfte heranzuholen.

Der Vorstand des Kartells hat dem Magistrat in einer scharfen Antwort die Berechtigung des Streiks wegen Nichtinnehaltung der tarifmäßigen Bedingungen durch die Unternehmer nachgewiesen und ebenso den Beweis erbracht, daß der Magistrat unberechtigt war, diesen Streik als Anlaß zur Entlassung zahlreicher Arbeiter an dem Kanalbau zu nehmen. Es wird in der Antwort fernerhin das Recht des Kartells betont, die Interessen der Arbeitslosen zu vertreten.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

am 15. September 1913 zu **Dresden.**

Schlachtviehgattung und Auftrieb	Wertklassen	Marktpreis für 50 kg Lebend- Gewicht	Marktpreis für 50 kg Schlacht-Gewicht
		M.	M.
I. Rinder A. Ochsen 180	1. Vollfleischige, ausgemästete höchst. Schlachtwertes bis zu sechs Jahren	52—54	97—99
	2. Junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	47—49	89—91
	3. Mäßig genährte junge — gut genährte ältere	41—45	83—86
	4. Gering genährte jeden Alters	35—39	74—80
B. Bullen 224	1. Vollfleischige, ausgewachs. höchst. Schlachtwertes	51—53	92—97
	2. vollfleischige jüngere	47—50	88—91
	3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	42—45	81—84
	4. Gering genährte	—	—
C. Kalben u. Kühe 205	1. Vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes	52—54	93—96
	2. Vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu sieben Jahren	45—47	86—88
	3. Aeltere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	40—43	79—82
	4. Gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben	35—39	75—79
	5. Mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben	—	—
D. Fresser —	Gering genährtes Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu 1 Jahre	—	—
II. Kälber 179	1. Doppellender	85—90	115-120
	2. Beste Mast- und Saugkälber	62—65	102-106
	3. Mittlere Mast- u. gute Saugkälber	55—59	97-101
	4. Geringe Kälber	48—53	90—95
III. Schafe 881	1. Mastlämmer u. jüng. Masthammel	50—52	101-102
	2. Aeltere Masthammel	44—47	90—94
	3. Mäßig genährte Hamme und Schafe (Merzschafe)	40—43	77—85
IV. Schweine 2210	1. Vollfleischige der feineren Rassen und der Kreuzungen im Alter bis 1¼ Jahr	60—61	77—78
	2. Fettschweine	60—61	76—77
	3. Fleischige	58—59	76—77
	4. Gering entwickelte	56—57	75—76
	5. Sauen und Eber	53—56	72—75

Gesamtauftrieb: 3879 Tiere. Ausnahmepreise über Notiz. — Von dem Auftrieb sind 10 Schafe österr.-ungarischer Herkunft. Geschäftsgang: Bei Ochsen, Bullen, Kalben, Kühen und Schweinen langsam, bei Kälbern und Schafen mittel. Ueberstand: Rinder 25, davon 6 Ochsen, 12 Bullen, 7 Kühe, 39 Schweine.

Victoria-Salon

Des Amerikaners Mr. Niblos **drei Sprachen** (deutsch, französisch und englisch) **sprechende Wunder-Papageien** und das grosse **September-Programm.** Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr und 8 Uhr.

Theater-Tunnel Künstler-Ensemble „Schadt". Anfang ½8, Sonntags 5 Uhr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Brommme-Lübeck:

Wir begrüßen es, daß die Agrarfrage wieder auf die Tagesordnung kommen soll, aber ich bitte von der Wahl der Studienkommission hier auf dem Parteitag abzusehen. Die richtige Zusammensetzung aus Fachmännern, Theoretikern und Praktikern ist schwierig. Die Aussicht, besoldete Mitarbeiter anzustellen, rechtfertigt es, daß die Zusammensetzung der Kommission vom Parteivorstand und vom Ausschuß gründlich geprüft wird. Für das Familienblatt wäre ein Preis von 15 Pf. das höchste. Auch dafür könnte etwas Gediegenes geschaffen werden. Um eine ähnliche Aufmachung wie die der Berliner Illustrierten Zeitung kommen wir nicht herum; denn ein gewisses Sensationsbedürfnis besteht nun einmal in den weiten Volksschichten. Ullstein hätte so hohe Abonnentenzahlen nie erreicht, wenn wir mit einem solchen Blatt rechtzeitig auf dem Platz erschienen wären.

Damit schließt die Debatte, die Schlußworte sollen morgen gehalten werden.

Von dem Genossen Haase ist ein Danktelegramm für die ihm übermittelten Wünsche eingegangen. Vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Hollands ist Genosse Ravesteyn erschienen. Ferner sind Begrüßungstelegramme eingegangen von der britischen sozialdemokratischen Partei, den organisierten Frauen Halberstadts und zahlreiche Telegramme aus russischen Parteizentren.

Schluß 6 Uhr.

* * *

Es sind noch folgende Anträge eingelaufen:

Im Antrage 94 (Massenstreik) die Absätze 2 und 3 zu ersetzen durch:

Die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze in Deutschland nötigt das Proletariat zur Entfaltung immer größerer Macht für die Verteidigung gegen heimtückische Anschläge der herrschenden Klassen, für die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage und die Erweiterung seiner politischen Rechte. Im Kampf gegen die politische Entrechtung ist das Proletariat immer mehr gezwungen, die höchste Energie zu entfalten. Dieser Kampf gipfelt in dem Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern, dessen Eroberung eine Vorbedingung für den Befreiungskampf des Proletariats ist. Der jetzige Zustand der politischen Rechtlosigkeit des Proletariats, insbesondere in Preußen, der seinen deutlichsten Ausdruck im Dreiklassenwahlrecht findet, hemmt das Proletariat in allen seinen Bestrebungen auf Verbesserung seiner Lebenshaltung. Es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts zum Beherrscher der Gesetzgebung, nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reiche.

Dieses schändliche Wahlrecht kann nur einem Wahlrechtssturm der großen Massen weichen, wie ihn der Preußische Parteitag vom Januar 1910 in Aussicht genommen hat.

Der Parteitag begrüßt das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise an der Frage des politischen Massenstreiks. Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung eines politischen Massenstreiks ist die möglichst vollkommene Organisation des Proletariats in politischer und wirtschaftlicher Beziehung und die Erfüllung dieser Organisationen mit revolutionärer Kampfbegeisterung und Opferbereitschaft. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und für die Verbreitung der Partei- und Gewerkschaftspresse zu wirken. Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden. Er kann sich nur als Steigerung einer bereits im Fluß befindlichen Massenaktion aus der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben.

Als Antwort auf die Uebergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist eine offensive, entschlossene und konsequente Taktik der Partei auf allen Gebieten erforderlich. Nur eine solche Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt, ist geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfenergie und den Idealismus wach zu halten sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen und die Parteiinstanzen auf, alle Maßregeln zu ergreifen, damit das deutsche Proletariat bei den kommenden Kämpfen für alle Fälle gerüstet dasteht. Luxemburg. Oskar Cohn. Kleinspehn. J. Wellmann. P. Reißhaus. Zetkin. Wilh. Apel. Antrick. J. Voigt. Liebknecht. Hofrichter. Helene Schweida. F. Geyer. Ledebour. Fuchs. Ant. Pannekoek. Theodor Schwartz. Horn (S.). M. Schnabrich. A. Henke. Donalies. Westmeyer. Hoch. Krüger (Königsberg). Emmel. Dittmann. Rob. Dißmann. Hartung. Joh. Knief. Rosenfeld. Peter. Linde.

Antrag 101. Der Parteitag wolle eine Kommission zum Studium der Agrarfrage einsetzen und sie ermächtigen, auch besoldete Mitarbeiter zur Erledigung ihrer Aufgabe heranzuziehen.

Gottschalk. Donalies. Linde. Krüger (Königsberg). Jul. Gehl. Crispien. Schulz. Peter. Sellin. Dittmann. Westmeyer. Speich. Engelhardt. Göst. Bihlmaier. Dißmann. L. Emmel. Otto Antrick. Rühle. Hoch.

Briefkasten.

Bodenbach. Genosse Rühle wohnt in Hellerau bei Dresden. Diese Adresse genügt für Briefe.

E. H. 100. 1. Sie müssen auch während des Klageverfahrens wegen Meineids weiter bezahlen. 2. Wenn Ihre Angaben gerichtlich festgestellt werden, sind Sie natürlich von weiteren Verpflichtungen entbunden. 3. Die Anzeige wegen Meineids muß bei der Staatsanwaltschaft oder auch bei einem Gendarmen angebracht werden. Wenn Sie dort Anzeige erstattet haben und noch nichts erfolgte, können Sie ja noch einmal daran erinnern.

Reichstag. Der Pole Paszpiech ist in Oppeln 7, Pleß-Rybnik, gewählt. Der Elsässer Hägy ist in einer Ersatzwahl gewählt.

Vereinskalender für Dienstag.

Arbeiter-Stenotachygraphenbund, Gruppe Stetzsch. Abends 9 Uhr Uebungsabend im Bahnschlößchen.

Vereinskalender für Mittwoch.

Radeberg. Abends 8 Uhr Wählerversammlung im Gasthof z. Roß.
V. V. K. Abends 8½ Uhr Thoma-Busch-Abend in Hamanns Hotel, Augsburger Straße 7.
Steinsetzer. Abends 8 Uhr Versammlung im Volkshaus.

Quittung. Für den Wahlfonds: Insassen Heilstätte Albertsberg 1,45, Partie der Transportarbeiter Radeberg 14,25 M.

F. Trocha, Kassierer.

Musenhalle

Einziges Varieté und Volks-Theater des Westens

Heute vollständig neues Programm!

Die Neuwahl. Urkomische Posse.
Der Hausschlüssel. Schwank in einem Akt.
Elektra. Farbenprächtiger Beleuchtungsakt.
Mstr. Ramdorf. Pastell-Mal-Akt. ?

Außerdem der andere vorzügliche Solistenteil.
Hervorragende neue Kinoeinlagen!

Ab Donnerstag: Der Alte von der Klippe!

Großes Seemanns-Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz.
Original-Kostüme und neue Dekoration! [K 6

In Dosen überall erhältlich
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

1 Posten [K 267

Gardinen-Reste!

weiß und creme, passend zu 1—6 Fenstern, abgepaßte Gardinen. Künstlergardinen, Stores und Vitragen spottbillig. Angeschmutzte Gardinen, zur Hälfte des Wertes.

50 Teppiche

prachtvolle Muster, wegen kleiner Fehler bedeutend unter Preis.

Gebr. Eisenhardt
Serrestrasse 10, 1.

Portieren

alle Farben, weit unter Preis [A 105
Starer, Grunaer Str. 22, I.

Frauen-Tee!

altbewährt bei Beschwerden usw. Auskunft erteilt Frau F. Freisleben
Freiberger Platz 8.

Wir suchen einen tüchtigen
Vorarbeiter
für unseren [B 2652
Poliersaal.
Bewerber, die Erfahrung im Polieren und Beizen haben und mit dem Polierverfahren vertraut sind, belieben sich zu melden bei
Paul Keller u. Co., Dippoldiswalde.

Grosse Nebeneinnahme

bietet sich Beamten, Portiers und Arbeitern durch Verkauf von **Zigarren** in Kontoren u. Fabriken. Off. unt. **M. 100** an die Exped. dieses Blattes. [B 2647

Danksagung.
Aufrichtigen Dank allen Kameraden und Bekannten für die liebevolle Teilnahme beim Begräbnis unseres teuren Entschlafenen **Ernst Freyer.** [B 2645
Dresden, am 15. Sept.
Die trauernden Hinterbliebenen

Der Umsatz der
Reisewitzer Biere
hat sich innerhalb 10 Jahren verdoppelt!

Fleischerei-Uebergabe.

Allen werten Kunden, Freunden und Nachbarn hierdurch zur ergebenen Mitteilung, daß wir unser am **Dippoldiswaldaer Platz Nr. 5** betriebenes
Fleisch- und Wurstwaren-Geschäft
mit dem heutigen Tage an Herrn Paul Lange übergeben haben und bitten, das uns geschenkte Vertrauen auch unserem Nachfolger zuteil werden zu lassen.
B 2646] Achtungsvoll **Bruno Seifert und Frau.**

Bezug nehmend auf obiges geben wir die Versicherung, daß es unser eifrigstes Bestreben sein wird, die uns bechrende Kundschaft mit nur guten und frischen Waren zu bedienen, um uns jederzeit ihre geschätzte Zufriedenheit zu erwerben.
Achtungsvoll **Paul Lange und Frau**

Im **Arbeitsnachweis** der
Maler und Lackierer
Lilienstraße, Ecke Seilergasse, Restaurant „Klosterschänke"
sind offene Stellen.
Vermittlung früh von 8 bis 9 Uhr und abends von 7 bis 8 Uhr.
Unsere arbeitslos werdenden Kollegen mögen sich sofort daselbst melden. [V 122
Verband der Maler, Lackierer usw.

Sofabezüge
Reste, spottbillig. [A 105
Starer, Grunaer Str. 22, I.

Erklärung. [B 2644
Ich nehme hiermit die Beleidigungen und Drohung gegen Herrn und Frau Schmidt, Hechtstraße 18, 3., mit Bedauern zurück.
Dresden, 15. September 1913.
Frau **Anna Arnold**, Hechtstr. 18.

DANK.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, die uns bei dem Hinscheiden meines innigstgeliebten Gatten, unseres treusorgenden Vaters, Bruders, Schwagers, Onkels und Schwiegervaters
Julius Stephan [B 2658
in so reichem Maße erwiesen wurden, sagen wir unseren herzlichsten Dank. Dank unsern lieben Verwandten, Freunden, Bekannten, Nachbarn und Hausbewohnern für den herrlichen Blumenschmuck und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte. Besonderen Dank den Gemeindeschwestern der St. Pauli-Gemeinde, der Firma und dem Personal der Firma Gustav Barthel, den Personalen der Firmen Lange & Jedicke und Laferme, dem Radfahrer-Verein Solidarität, der Sterbekasse Seidel & Naumann, dem Turnverein Erholung, dem Verein Volksgesundheit, dem Sozialdemokratischen Verein für den 4. Wahlkreis, dem Frauenklub und Stammtisch Rosenthal und dem Männergesangverein Liederquell für den erhebenden Gesang. Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein Ruhe sanft! in dein kühles Grab nach.
Dresden, den 15. September 1913.
Anna Stephan nebst Kindern und Angehörigen

Frau tagsüber zu Kindern gesucht Kl. Plauensche Str. 50, 3. l. [B 2643

Bettstellen m. Matr., gut erhalten und sauber für 20 M. zu verkaufen. **Kanonenstr. 2, pt. r.** [B 2643

Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege.

Mittwoch den 17. September, abends 8½ Uhr
:: in Hammers Hotel, Augsburger Straße 7 ::

Thoma-Busch-Abend

Vortrag und Rezitation mit Lichtbildern. Vortragender: Dr. Poensgen-Alberty.

Eintrittskarten a 25 Pf. sind zu haben: F. Fallenbeck, Zigarrengeschäft, Augsburger Straße 15, Otto Römer, Altenberger Straße 48, Bernhard John, Holmannstraße 3 (Konsum) und bei den Beitragskassierern des Bezirks Striesen.

Freitag den 19. September, abends 8½ Uhr
:: im Volkswohl-Saal, Ostra-Allee ::

Heine-Abend

Vortrag, Rezitation, Gesang, Kammermusik. Mitwirkende: Luille van Renesse, Artur Wehnert, W. Morgenstern, Siegfr. Große, Arno Starck, Dr. Poensgen-Alberty.

Eintrittskarten zu 50 Pf. sind zu haben im Bureau des Gewerkschaftskartells, Ritzenbergstraße 4, Volksbuchhandlung, Zwingerstraße 14, in den Bureaus der Gewerkschaften und an den in der Kunstbeilage bekannt gegebenen Stellen.
V 76]

Ortskrankenkasse Dippoldiswalde

erhielt Fernsprech-Anschluß Nr. 124.

Gasthof Mockritz

Morgen Mittwoch **Tanz-Reunion**
K 142] Eintritt frei. Tanz: Herren 50, Damen 30 Pf. Anf. 8 Uhr

Café Günzel

Dresden-A., Jahnstr. n. dem Weißiner-Bahnhof. — 17020.
Empfehle mein reichhaltiges Bäckerei- und Konditorei-Büfett.
B 2583

Kegelbahn

mit elektr. Licht noch einige Tage frei
Schützenhaus, Windmühlenstr.

Leib-Binden

Monatsgürtel, Spritzen
nur Wallstr. 4
3 1163

Corona, Schladitz, Hermanda
Fahrräder, neu u. gebr., bill. z. verk.
Gr. Brüderg. 21, Handl. [B 2623

Allgemeine Ortskrankenkasse Königsbrück.

Die **Wahl** der Arbeitgeber- und Versicherten-Vertreter im **Ausschuß** der Ortskrankenkasse (Satzung § 86) findet

Sonntag den 19. Oktober 1913
im Ratskeller in Königsbrück

für die Arbeitgeber im Weinzimmer von ½11 bis 12 Uhr vormittags,
" " Versicherten in der Saalstube von 10 bis 12 Uhr vormittags statt.

Der Ausschuß besteht aus 45 Vertretern, von denen ein Drittel (15) von den beteiligten volljährigen Arbeitgebern und zwei Drittel (30) von den volljährigen Versicherten zu wählen sind (zu vergl. aber unten Ziffer 2).

Wahlberechtigt sind sowohl Männer wie Frauen, als auch Ausländer.

1. Alle Wahlberechtigten werden aufgefordert, **Wahlvorschläge** (Vorschlagslisten) bis zum 4. **Oktober 1913** bei der Königl. Amtshauptmannschaft — Versicherungsamt — **Kamenz** einzureichen.

2. Die Vorschlagslisten sind von den Arbeitgebern und Versicherten getrennt aufzustellen. Jede Vorschlagsliste muß mindestens soviel Namen enthalten, als Ausschußvertreter zu wählen sind. Es müssen aber überdies auf Grund der Wahl doppelt so viele Ersatzmänner vorhanden sein, wie Ausschußvertreter zu wählen sind. Die Vorschlagslisten können deshalb eine entsprechende Anzahl von Bewerbern benennen (also die Arbeitgebervorschlagslisten 3 × 15 = 45, die Versicherungsvorschlagslisten 3 × 30 = 90 Bewerber). Von letzterer Füglichkeit empfiehlt sich **unter allen Umständen** Gebrauch zu machen, da sonst bei dem Eintritt der Ersatzmänner gegebenenfalls auf andere Vorschlagslisten zurückgegriffen werden muß (vergl. § 18 der Wahlordnung).

Die Vorgeschlagenen sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen und nach Familien- und Rufnamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen; bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit den Wahlvorschlägen für Versicherte ist **von jedem Vorgeschlagenen eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit sei.** Bei den vorgeschlagenen Arbeitgebern ist das nur erforderlich, soweit der Vorgeschlagene etwa nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

Die Vorschlagslisten müssen von mindestens 15 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe unter Benennung eines für die weiteren Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters unterschrieben sein.

Hat ein Wähler mehrere Vorschlagslisten unterzeichnet, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlage gezählt und auf den übrigen gestrichen.

Die Vorschlagslisten sind ungültig, wenn sie verspätet eingereicht werden oder wenn sie nicht vorschriftsmäßig unterschrieben sind und der Mangel nicht rechtzeitig behoben wird.

Personen, die auf mehreren Wahlvorschlägen genannt sind, haben sich innerhalb einer bestimmten Frist darüber zu erklären, welchem Wahlvorschlage sie zugeteilt zu werden wünschen, sonst werden sie dem Vorschlage zugeteilt, auf dem sie an oberer Stelle vorgeschlagen werden.

3. Ueber die eingereichten Wahlvorschläge gibt zunächst die Königliche Amtshauptmannschaft — Versicherungsamt —, soweit es ihr möglich ist, mündlich Auskunft.

Vom 13. Oktober 1913 **an aber** können sie, und zwar für die **Arbeitgeber im Kontor des Kassenvorsitzenden O. Hummel in Königsbrück und für die Versicherten im Geschäftszimmer der Ortskrankenkasse in Königsbrück**, während der Geschäftsstunden eingesehen werden. Dort können auch die Wählerlisten vom 19. September 1913 an eingesehen werden. Etwaige Einsprüche gegen deren Richtigkeit sind bei Vermeidung des Ausschlusses **spätestens bis zum 4. Oktober 1913** unter Beifügung von Beweismitteln bei der Königlichen Amtshauptmannschaft — Versicherungsamt — einzulegen.

4. Der Wahlausschuß ist befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen.

Die Wahl ist in **Person** auszuüben; sie ist geheim. Die Wahlzeit dauert vier Jahre. **Zur Wahl wird nur zugelassen, wer seinerzeit in die Wählerlisten**, die für Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die Königliche Amtshauptmannschaft aufgestellt worden sind, **aufgenommen worden ist.** Jeder Versicherte hat bei den Versichertenwahlen eine Stimme, jeder Arbeitgeber hat für je einen versicherten Beschäftigten (ohne Rücksicht auf Geschlecht und Alter) bei den Arbeitgeberwahlen je eine Stimme.

Wählbar als Vertreter der Versicherten und in die Vorschlagsliste aufzunehmen ist nur, wer bei der Kasse versichert ist oder durch die Reichsversicherungsordnung künftig zu den Versicherten gehört.

Weder wählbar noch wahlberechtigt sind die Arbeitgeber unständig Beschäftigter als solche und Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge im Rückstande sind, ferner Versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind, und deren eigene Rechte und Pflichten auf ihren Antrag ruhen.

Wählbar sind nur volljährige Deutsche.

5. **Der Wähler kann nur einen solchen Stimmzettel abgeben, der mit einem der zugelassenen Wahlvorschläge vollständig übereinstimmt. An Stelle der Aufzählung der einzelnen Namen genügt der Hinweis auf die Ordnungsnummer des Wahlvorschlags.**

Die Stimmzettel sind in Umschlägen abzugeben, die mit dem Stempel der Königlichen Amtshauptmannschaft — Versicherungsamt — versehen sind. Arbeitgeber mit mehrfachem Stimmrecht (zu vergl. Ziffer 4) wählen in der Weise, daß sie eine ihrem mehrfachen Stimmrecht entsprechende Zahl von Umschlägen (mit je einem Stimmzettel versehen) abgeben. Die Umschläge werden im Wahllokal bereit gehalten.

Die Stimmzettel dürfen nicht unterschrieben sein, auch dürfen weder sie noch die Umschläge mit einem Merkmal versehen sein, das die Absicht einer Kennzeichnung wahrscheinlich macht. Die Wahlzettel sind außerhalb des Wahlraumes handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung herzustellen.

Die Königliche Amtshauptmannschaft — Versicherungsamt —
Kamenz, am 13. September 1913.

Bezirk Kötzschenbroda

Morgen Mittwoch, abends 8½ Uhr [V 18

Sitzung der Parteifunktionäre

im „Kulmbacher Hof" in Kötzschenbroda.
Das Erscheinen aller ist dringend notwendig. Die Bezirksleitung.

Sozialdem. Verein Dresden-A.

Die am 19. September stattzufindenden

Bezirksversammlungen

fallen zugunsten des an demselben Abend von der VVK veranstalteten **Heine-Abends** im Volkswohl-Saale aus. [V 23

Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Bezirk Dresden-Neustadt.

Mittwoch den 17. September, abends 8 Uhr

Diskussions-Abend

in Michels Restaurant, Schönbrunnstraße 1.
Tages-Ordnung:
Nachwahl von 3 Delegierten zum Zweigvereinstag.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Die Bezirksleitung.

Mittwoch den 24. September, im „Volkswohl-Saale"

Bunter Abend.

Mitwirkende: **Margarete Walkotte**, Berlin. Am Flügel: **Erwin Feustel**, und **Paul-Michael-Quartett**, Leipzig.
Programme a 30 Pf. sind noch bei den Grundstein-Trägern und im Bureau zu haben. [V 82

Arbeiter-Samariter-Bund

Kolonne Dresden.

Mittwoch den 17. September, 8½ Uhr abends, beginnt in der **Zentralhalle, Fischhofplatz**, ein neuer

Kursus über erste Hilfe bei Unglücksfällen und Krankenpflege. [V 229

Herren und Damen können sich daselbst melden. Beitrag pro Monat 50 Pf. Dauer des Kursus drei Monate. **Der Vorstand.**

Westend-Theater, Dresden 28

Inh.: F. A. Wache
Kesselsdorfer Strasse 30.
Auf vielseitigen Wunsch **drei Tage verlängert!**

Der lebende Leichnam

1 Vorspiel Nach Leo Tolstoi. 4 Akte
Dazu **das vollständig neue Programm**, u. a.: [K 223
Zu spät! Die Geschichte einer Lehrerin in zwei Akten.

Central-Theater

Gastspiel

Severin
Serene Nord

mit ihren beiden Wassernymphen.

Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen
Nachmittags 3½ Uhr ermässigte Preise. Abends 8 Uhr. gewöhnliche Preise.

Einem geehrten Publikum von **Laubegast u. Umg.** zur gefälligen Mitteilung, daß wir die Bewirtschaftung des

Restaurants

von Herrn **Otto Stopp**

Laubegast, Leubener Strasse 25

übernommen haben. Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, den werten Gästen den Aufenthalt in unseren Lokalitäten so angenehm als möglich zu machen. **ff. Speisen. Biere nur erster Brauereien.** [K 214

Das uns bisher entgegengebrachte Vertrauen bitten wir auch auf unser neues Unternehmen übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll **Hermann Menzel u. Frau.**

Gut erh. **Kinderwagen** bill. z. verk. Anzusehen v. 7 Uhr abends. [B 2549 **Friedrichstr. 17, 3. b. Richter.**

Prachtv., fol. Plüschsofa, neu, 45 M. modernes Chaiselongue 15 Mark. Ferdinandstraße 10, part. links.

7er Strickmaschine

zu verk. **Hainsberger Str. 20, 3. l.** Anzusehen abds. nach 6 Uhr. [B 2642

Kokos-Flocken

Selbmanns Filialen

Dresdner Theater

Königliches Opernhaus

Mittlere Preise

Der Evangelimann

Musikalisches Schauspiel in 2 Abteilungen (drei Aufzügen). Dichtung und Musik von Wilhelm Kienzl.

Musikalische Leitung: Kurt Striegler

Friedr. Engel, Justitiär (Pfleger) im Kloster . . Julius Puttlitz
Martha, dessen Nichte und Mündel . . . . Magdalena Seebe
Magdalena, ihre Freundin . Fr. v. Chavanne
Johannes Freudhofer, Schullehrer zu Sankt Othmar . . . . . Desider Zador
Mathias Freudhofer, dess. jüngerer Bruder . . . Adolf Lußmann
Xav. Zitterbart, Schneider Hans Rüdiger
Anton Schnappauf, Büchsenmacher . . . Ludwig Ermold
Aibler, ein älterer Bürger Robert Büssel
Dessen Frau . . . . . Selma Lehmann
Frau Huber . . . . . Lina Sperling
Hans, Bauernbursche . Hanns Lange
Ein Nachtwächter . . Rud. Schmalnauer
Eine Lumpensammlerin Paula Seiring
Ein junges Mädchen . Erna Frese
Ein alter Leiermann . August Seiter

Anfang 8 Uhr, Ende nach 10½ Uhr

Mittwoch: Boccaccio, komische Oper in drei Akten. Musik von Franz v. Suppé (7½).

Königl. Schauspielhaus

Judith

Tragödie in fünf Akten von Friedr. Hebbel

Judith . . . . . . Marie Hein
Holofernes . . . . . Theodor Becker
Hauptleute d. Holofernes: Walter Ilz, Hugo Meyer, Paul Wüller
Kämmerer des Holofernes Alfred Meyer
Gesandter von Lybien . Willy Dietrich
Gesandter von Mesopotamien . . . Rudolf Spel
Mirza, die Magd Judiths Hermine Körner
Aelteste in Bethulien: Siegfr. Lewinsky, Eugen Huff, Wilhelm Höhner, Theod. Friedrichs
Priester in Bethulien: Ernst Prückl, Wilhelm Dettmer
Bürger in Bethulien: Ephraim — Paul Paulsen; Ammon — Theodor Lücher; Hosea — Karl Jaedicke; Ben — Willy Dietrich; Assad — Hans Wahlberg; Daniel — Hanns Fischer; Samaja — Lothar Mehnert; Josua — Emil Lindner; Samuel — Adolf Müller; Enkel d. Samuel — Senia Schaffer
Delia, Weib des Samaja Marianne Bleibtreu
Eine Mutter . . . . I. Bardon-Müller
Ein Weib . . . . . Luise Fir's
Ein anderes Weib . . Margarete Leber
Ein Bote Nebukadnezars Rolf Rönnecke
Achior, Hauptmann der Moabiter . . . . Alexander Wierth
Ein assyrischer Priester . Willy Gunz
Wachen . . . . . Gustav Fröbler, Wilhelm Olly

Anfang 8 Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Mittwoch: Robert Guiskard. Die Torgauer Heide. (8)

Albert-Theater

Das Märchen vom Heiligenwald

Lustspiel in 3 Akten von Alfred Halm und Robert Saudek

Charl. Marie, Prinzessin v. Waldhausen-Ernstadt Leontine Sagan
Gudrune von Haßfelde, Hofdame . . . . Elisabeth Scholz
Carl Ernst . . . . . Otto Groß
Leo Halk, Fritz Leibel, Schauspieler: Georg Schnell, Hermann Bolzner
Major a. D. v. Brederek, Abgeordneter . . . . Wilhelm Stoffar
Georg Mislienus, cand. iur. et cam. . . . Willy Havari
Christian Bogenbrecher, pensionierter Förster . Julius Donat
Eva, gen. Häschel, seine Tochter . . . . Fränzl Renk-Hilpert
Lisabeth Ackerlei, Landstreicherin: Stella David
Kaspar Hamblin, Landstreicher: Anton Merzinger
Elly, Kammerzofe der Prinzessin . . . . Vera Höhner
1. Waldarbeiter . . . Max Jöhnig
2. Waldarbeiter . . . Alexander Starke
Dienstmädchen b. Bogenbrechers . . . . . Jenny Knoke
Leibjäger . . . . . . Hans Schwarz

Beginn 8½ Uhr. Ende 11 Uhr

Mittwoch: Die fünf Frankfurter.

Residenz-Theater

Der Frauenfresser

Operette in 3 Akten. Musik von Edm. Eysler

Natalie v. Roffan . . . Ida Naimer
Tilly, ihre Tochter . . . Grete Bell
Hubertus v. Marner, Major a. D. . . . . Karl Sukfüll
Kamillo, sein Neffe . . . Alfred Doerner
Mary Willian . . . . Lilly Steinen
Baron Daminger, Rennstallbesitzer . . . . Franz Felix
Frau v. Stiermer . . . Margarete Hamm
Baronesse Wilhjung . . Ella Heinze
Ada . . . . Charlotte Drenth
Nelly . . . . Dora Ruger
Kitty . . . . Elisabeth Dobra
Liebrecht . . . . . . Ignaz Janda
Baron Seiler . . . . . Emil Häbb
Spitzl, Diener b. Marner Alois Langer
Lina, Dienstmädchen . . Friedl Beisinger

Anfang 8 Uhr, Ende 10½ Uhr

Mittwoch: Der Frauenfresser

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Dresden-A. — Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden-Naußlitz. — Druck von Kaden u. Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Handel und Industrie.

Großbankenherrschaft.

Die letzten dreißig Jahre haben in Deutschland wie in den meisten anderen Ländern mit hochentwickeltem Wirtschaftsleben ein beispielloses Anwachsen der Macht der Aktienbanken gezeitigt. Die Industrie vor allem ist vollkommen unter die Oberhoheit der Bankwelt gekommen. Die Direktoren der großen Aktienbanken sitzen in den Aufsichtsräten der industriellen Gesellschaften, die ihnen durch das Mittel des Bankkredites tributpflichtig geworden sind und bestimmen so ziemlich feldherrlich den Lauf der Ereignisse. Daß hierbei nicht immer das eigentliche Interesse der industriellen Gesellschaft resp. ihrer Aktionäre das Leitmotiv für die Handlungen des solcherart zusammengesetzten Aufsichtsrates sein wird, ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Banken eben vor allem Geschäfte machen wollen, und daß manchmal, wenn eine Großbank bei verschiedenen Aktiengesellschaften desselben Erwerbszweiges interessiert ist, diejenige Gesellschaft, welche ihrer Bankverbindung nicht die besten Chancen für die Zukunft zu bieten scheint, eben den Kürzeren zieht. Oder aber man will sich eines Schmerzenskindes von Aktiengesellschaft, die der Bank oft Verluste gebracht hat, möglichst schmerzlos entledigen; dann schweißt man sie auf dem Wege der Fusion mit einer besser rentierenden derselben Branche zusammen und bindet dieser so oft genug einen Stein ans Bein, der dann nachher von den Aktionären, die sich ein schlechtes Werk teuer verkaufen lassen mußten, bei der Dividendenzahlung schmerzlich empfunden wird. Die Gründe, weshalb die Banken derartige Kunststücke mit den industriellen Aktiengesellschaften und deren Aktionären machen können, liegen in der Entwicklung, die das Bankgeschäft in Deutschland in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Mehr und mehr sind die großen Aktienbanken zu gewaltigen Sammelbecken geworden, in denen sich erhebliche Teile des flüssigen Volksvermögens ansammeln.

Nach einer interessanten Zusammenstellung, die jetzt Robert Franz im Deutschen Oekonomist veröffentlicht, verwalteten allein die neun Berliner Großbanken mit den von ihnen kontrollierten Provinz- und Ueberseebanken an fremden Geldern die enorme Summe von 13,2 Milliarden Mark zu Ende des Jahres 1912 gegen 13,2 Milliarden zu Ende 1911. Auf die einzelnen Bankgruppen verteilt sich diese Summe wie folgt:

Deutsche Bank	4889	Millionen Mark
Diskontogesellschaft	2755	„ „
Dresdner Bank	1902	„ „
Darmstädter Bank	1195	„ „
Schaaffhausener Bankverein	753	„ „
Berliner Handelsgesellschaft	575	„ „
Commerz- und Diskontobank	466	„ „
Nationalbank für Deutschland	456	„ „
Mitteldeutsche Kreditbank	224	„ „

Alle diese riesigen Summen werden von den Banken, denen sie anvertraut sind, in der Hauptsache dadurch wieder nutzbar gemacht, daß sie der Industrie und dem Handel, die, da sie selbst zumeist hohe und langwierige Kredite gewähren, auch fast stets mit fremden Geldern arbeiten müssen, auf dem Wege des Kredites zur Verfügung gestellt werden. So sind die industriellen Aktiengesellschaften in ihrer Arbeitspolitik größtenteils von den Banken abhängig. Denn die Aktiengesellschaft kann, auch wenn ihre Aktien an der Börse notiert sind, durchaus nicht immer, wenn sie frische Gelder braucht, an den Kapitalmarkt appellieren und junge Aktien ausgeben. Vielmehr sind die Lage des Geldmarktes und die allgemeine Börsenspekulation durchaus nicht immer so günstig, daß man ein derartiges Vorhaben — auch wenn alle anderen Gründe dafür sprechen — in Erwägung ziehen könnte. Und da ist denn die Gesellschaft recht froh, wenn eine kapitalkräftige Bank hinter ihr steht, die ihr die benötigten Gelder leihen und ihr so die augenblicklich notwendigen Erweiterungs- und Neubauten ermöglichen kann. — Die gewaltigen Summen, die, wie wir oben sahen, von unseren Großbanken verwaltet werden, haben für uns noch in anderer Hinsicht Interesse: Sie führen uns drastisch die Tatsache vor Augen, in wie wenig Hände im Grunde genommen die Verwaltung so großer Teile unseres Nationalvermögens gelegt ist, und lassen die Forderungen der Handelspresse nach einer weit ausführlicheren und eingehenderen Berichterstattung der verantwortlichen Leiter der Banken an die Oeffentlichkeit nur allzu gerechtfertigt erscheinen.

•

Diskontermäßigung?

Seit Beginn der Komplikationen auf dem Balkan hat die Deutsche Reichsbank ihren erhöhten Diskontsatz von 6 Proz. unverändert aufrecht erhalten müssen, weil die durch die politische Beunruhigung und den starken Geldbedarf der Industrie geschaffene Geldknappheit keine Herabsetzung erlaubte. Nunmehr steht der auch in ruhigen Zeitläuften große Anforderungen an unser Zentralbankinstitut stellende Herbsttermin vor der Tür und der besonnene Wirtschaftskritiker legte sich noch vor kurzem oft die Frage vor, ob die Reichsbank mit dem Satze von 6 Proz. über den Herbsttermin hinüberkommen könne, oder ob sie nicht zu einer neuerlichen Erhöhung für kurze Zeit gezwungen sein werde. Nun zeigen allerdings die letzten Reichsbankausweise ein ziemlich günstiges Bild und diese Befürchtung wird sich nicht erfüllen. Da gibt es natürlich sogleich einige Ueberschwengliche, die nunmehr stürmisch verlangen, daß die Reichsbank für den Herbsttermin den Diskont herabsetze. Besonders in der rechtsstehenden Presse und in den Wochenberichten der Großbanken wird diese Forderung erhoben. Ihre absolute Unbilligkeit liegt auf der Hand. Eine Herabsetzung des Diskonts würde nur einer ungesunden Spekulation Tor und Tür öffnen, ungeheure Anforderungen an die Reichsbank zeitigen und bei der gegenwärtig nahezu kritischen Wirtschaftslage direkt eine Frivolität bedeuten. Zum Glück scheint die Reichsbankleitung, obgleich sie deshalb von Blättern der Rechten heftig angegriffen wird, nicht gewillt, derartige gefährliche Experimente zu machen und wird deshalb den Satz von 6 Proz. hoffentlich beibehalten, der zurzeit, obwohl er Handel und Industrie schwere Lasten auflegt, im Interesse der gesamten Volkswirtschaft nicht herabgesetzt werden darf.

•

Eine große türkische Anleihe. Die türkische Regierung, deren gesamter augenblicklicher Geldbedarf auf 50 Millionen Pfund geschätzt wird, hat in Paris eine Anleihe von 700 Millionen Frank aufgenommen.

•

Der Absatz der deutschen Eisenprodukte. Der Versand des deutschen Stahlwerksverbandes im August 1913 betrug insgesamt 524 549 Tonnen Rohstahlgewicht gegen 505 697 Tonnen im Juli 1913 und 553 414 Tonnen im August 1912.

•

Neue Leipziger Stadt-Anleihe. Der F. J. zufolge erhielt ein Konsortium, bestehend aus den Bankhäusern Gebr. Arnhold, Dresden, M. M. Warburg & Co., Hamburg, H. J. Lehmann, Halle, der Berliner Handelsgesellschaft, der Deutschen Effekten- und Wechselbank, Frankfurt, und dem Magdeburger Bankverein, den Zuschlag auf 6 Millionen Mark 4 proz. Leipziger Stadtanleihe zu 94,68 Proz.

•

Börse. Nachdem am Sonnabend die Neuyorker Börse in sehr fester Haltung geschlossen hatte, war am Montag in Berlin auf den meisten Marktgebieten eine Aufbesserung der Kurse zu beobachten. Insbesondere konnten sich auf Neuyorker Anregung Kanada-Aktien weiter befestigen, auch Schiffahrts-, Bank- und Bergwerksaktien wurden zumeist höher bezahlt. Der Privatdiskont notierte unverändert für kurze Wechsel 5½, für lange 5⅝ Proz.

Schweizerischer Gewerkschaftskongreß.

Z. Zürich, 13. September.

Nachmittagssitzung.

Die Diskussion über den gedruckten und mündlichen Bericht des Sekretärs Huggler eröffnete die Arbeiterinnensekretärin Genossin Hünt mit Ausführungen über die Frauenbewegung, insbesondere über die Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats, und regte die Erhöhung des Kredits für diese Institution des Gewerkschaftsbundes an.

Den Thesen Hugglers wurde sodann ohne weitere Diskussion zugestimmt.

Anträge des Holzarbeiterverbandes, betreffend den Uebertritt von Hilfsarbeitern und Handlangern bei Arbeitswechsel in den jeweiligen zuständigen Verband, wurden dem Gewerkschaftsausschusse zur weiteren Behandlung überwiesen.

Ferner interpellierte der gleiche Verband das Bundeskomitee betreffend die Herbeiführung einer einheitlichen Rechtsprechung der gewerblichen Schiedsgerichte in Streitigkeiten aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis auf der Basis der Bestimmungen des schweizerischen Obligationenrechts. Wie die ersteren Anträge, begründete auch diese Interpellation der Redakteur Reichmann von der Schweizer Holzarbeiter-Zeitung. Der Interpellant wie auch die nachfolgenden Diskussionsredner befürworten übereinstimmend ein Vorgehen des Gewerkschaftsbundes in dieser Richtung durch Sammlung von bezüglichen gewerbegerichtlichen Entscheidungen sowie deren Veröffentlichung in der Gewerkschaftspresse und Veranstaltung von Konferenzen von Arbeiterbeisitzern in den Gewerbegerichten. Bezügliche Anträge wurden angenommen.

Ein Antrag des Buchbindерverbandes auf Untersagung der Veranstaltung von Tombolas zur Fondierung von Unterstützungskassen oder zu anderen Zwecken unter Inanspruchnahme der Gewerkschaften fand allseitige Zustimmung. Auf Antrag Huggler werden Ausnahmen zugelassen, wenn es sich um Zwecke zum Nutzen der Gesamtarbeiterschaft handelt. Auf Antrag Schrader-Basel bedarf es in solchen Fällen der Zustimmung des Bundeskomitees. Der Antrag Huggler wurde angenommen.

Nun referierte Schneeberger-Bern über die Erhöhung der Beiträge der Verbände an den Gewerkschaftsbund von 3 Cents pro männliches und von 1½ Cents pro weibliches Mitglied einschließlich der Heimarbeiter auf 5 bezw. 2½ Cents pro Monat. Im Jahre 1912 haben die ordentlichen Beiträge und Subventionen der Verbände 29 473 Frank betragen; nach den höheren Beiträgen würden sie 36 944 Frank betragen, und mit den Beiträgen der deutschen Gewerkschaftskommission und der italienischen Gewerkschaftszentrale 43 380 Frank. Dafür würden bisherige Extraleistungen der Verbände in Wegfall kommen, also nach dieser Richtung wieder entlastet werden.

Die sich anschließende Diskussion ist durchweg zustimmend, nur die Uhrenarbeiter verlangen, daß in Zukunft die hauptsächlichsten Publikationen des Gewerkschaftsbundes auch in französischer Sprache herausgegeben werden, was beschlossen wurde. Hierauf wurde die Beitragserhöhung einstimmig angenommen.

Es folgte das Referat des Adjunkten Lorenz vom Schweizerischen Arbeitersekretariat über die kommende schweizerische Gewerbegesetzgebung. Heute stehen neben den gesetzlich geschützten 335 000 Fabrikarbeitern zirka 200 000 gewerbliche Arbeiter, die noch ohne gesetzlichen Schutz sind. Wohl haben mehrere Kantone besondere Arbeiterinnenschutzgesetze, Gesetze zum Schutze des Wirtschaftspersonals und der Lehrlinge, aber sie werden vielfach nicht kontrolliert und wahrscheinlich auch nicht durchgeführt. Ein schweizerisches Gewerbegesetz könnte diesen Personen Schutz gewähren, auch die Stellenvermittlung regeln und Kinderschutz schaffen. In Betracht kommen 180 000 Betriebe gewerblicher, hausindustrieller, kaufmännischer usw. Art. Der Referent findet es aus verschiedenen Gründen, namentlich im Hinblick auf das Referendum, zweckmäßiger, für die verschiedenen Gebiete Spezialgesetze zu schaffen. Im einzelnen ist zu fordern der gesetzliche Schutz der Arbeiter in den gewerblichen Betrieben gegen die Unfallgefahren, auch die Unterstellung unter die Unfallversicherung: Schutz des Personals in der Fremdenindustrie; Sicherung des Lohnes der Bauarbeiter; eine umfassende Gewerbeinspektion usw. Aufgabe der Gewerkschaften muß es nun sein, für ihre besonderen Gewerbe Material zu sammeln und dem Gewerkschaftsbund zur Verfügung zu stellen. Dieser soll eventuell in bestimmten Gewerben Enqueten veranstalten oder auch durch das Industriedepartement unter Mitwirkung der Gewerkschaften veranlassen. Dieses könnte auch eine Expertenkommission bestellen, wie es das auch in Sachen der Revision des Fabrikgesetzes getan. Der Gewerkschaftsbund soll eine besondere Kommission für diese Materie bestellen, die dann ihrerseits die Forderungen der Arbeiterschaft aufzustellen hat. Schließlich empfahl der Referent die Annahme einer Anzahl Thesen, in der er seine Ausführungen zusammenfaßt.

In der Diskussion erinnerte Rimathé daran, daß auch noch andere Kategorien von Arbeitern, z. B. die Dienstboten, des gesetzlichen Schutzes bedürfen. Den amtlichen Enqueten steht er sehr skeptisch gegenüber.

Greulich wandte sich gegen den Vorschlag der Spezialgesetzgebung, bei der es 30 Jahre dauern würde, bis der geforderte Arbeiterschutz erreicht würde. Er würde ein Gesetz mit Spezialverordnungen vorziehen, eine Praxis, die in der schweizerischen Gesetzgebung nicht mehr neu ist. Die Spezialgesetzgebung könnte auch die Arbeiterschaft entzweien, während ihre Einigkeit hochgehalten werden muß.

In seinem Schlußwort hielt Lorenz seinen Standpunkt der Spezialgesetzgebung als den zweckmäßigeren Weg fest. Mit einem Zusatzantrag wurde die Resolution Lorenz angenommen und dann die Sitzung geschlossen.

Parteiangelegenheiten.

Bei Begräbnis Heinrich Baerers.

Unter Beteiligung von etwa 5000 bis 6000 Menschen fand am Sonnabend in Harburg das Begräbnis unseres alten Genossen Heinrich Baerer statt, dessen Tod dieser Tage gemeldet wurde. Am Sarge sowie am Grabe wurden von den Genossen Hirschfeld und Seitz, Harburg, sowie Karl Frohme, Hamburg, Gedächtnisreden gehalten. Die Zahl der Kränze war Legion. Sämtliche Gewerkschaften waren mit ihren Fahnen vertreten. Die alte Harburger Parteifahne wurde dem Sarge Baerers vorangetragen.

Mit dem Genossen Baerer ist wieder einer der ganz Alten dahingegangen. Nach einer recht sorgenvollen Jugend ließ sich der im Jahre 1841 im Kurhessischen geborene und früh verwaiste Genosse Baerer in Harburg nieder. Schon im Jahre 1866 schloß er sich dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein an. Als Theodor York zu den „Eisenachern" übergetreten war und die Bewegung in Harburg infolgedessen ganz daniederlag, war es Baerer, der im Verein mit einigen anderen Genossen sich redlich bemühte, während der Wahlperioden und in der Zwischenzeit die Bewegung nach vorwärts zu bringen durch Vorträge und Diskussionen in den Vereinsversammlungen. Nachdem 1880 über Hamburg-Altona der kleine Belagerungszustand verhängt worden war, wurde auch Harburg 1881, drei Tage vor der Reichstagswahl, damit beglückt, und Baerer fiel dem Schandgesetz zum Opfer. Am Weihnachtsabend 1884 erhielt er die Ausweisung und wurde aus den Kreisen seiner Familie und Freunde vertrieben. Er ging nach Hannover und war auch kurze Zeit in Buxtehude. Im Jahre 1887 wurde Baerer in Harburg zum erstenmal als Kandidat der Partei aufgestellt und errang eine große Stimmenzahl, die sich bei den folgenden Wahlen fortgesetzt steigerte.

Gleichzeitig kandidierte er auch vorübergehend in Hameln und kam, gleich wie in Harburg, einmal in die Stichwahl.

Das Leben Baerers war eng mit der Geschichte der Partei im 17. hannoverschen Wahlkreis verwachsen. In der Arbeit in diesem Wahlkreise ging er völlig auf. Er war an der Blattgründung hervorragend beteiligt und zeichnete den Verlag als Firmenträger. Er war auch sonst in jeder Beziehung die Verkörperung der Partei in diesem Kreise. Trotz der Größe, zu der die Partei herangewachsen ist, hat sein Tod eine empfindliche Lücke gerissen und so wird das Andenken an den alten Baerer noch lange lebendig bleiben.

Die schweizerische sozialdemokratische Partei im Jahre 1912.

Z. Die Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei veröffentlicht soeben ihr stattliches Jahrbuch für das verflossene Jahr, nach dem sie eine erfreuliche Weiterentwicklung erfahren hat. Es stieg nämlich die Zahl der der Partei angeschlossenen Sektionen von 495 in 1911 auf 503 in 1912, die der Mitglieder von 21 530 auf 31 384. Natürlich hat nicht die Organisation an sich in einem Jahre solche relativ große Fortschritte gemacht, sondern es haben sich Parteiorganisationen, die der Partei noch ferne standen, ihr im Berichtsjahre angeschlossen. Der ihr ebenfalls angehörige schweizerische Grütliverein hat sogar eine Verminderung seiner Sektionen um 11 auf 308 bei gleichzeitiger Vermehrung seiner Mitgliederzahl um 445 auf 11 188 erfahren. Dieses Wachstum des Grütlivereins beweist zugleich, daß ihm die Reorganisation der Partei nicht nur nichts geschadet, sondern im Gegenteil nur genützt hat und wie ungerechtfertigt sein ganzer leidenschaftlicher Kampf im Jahre 1911 gegen die notwendige Reorganisation der Partei war. Diese Erfahrungen lehren, daß in nicht ferner Zeit auch die weitere Zentralisation der Partei ohne jeden Nachteil für sie und insbesondere den Grütliverein durchgeführt werden kann, und zwar ohne heftige Kämpfe, da auch die Grütlianer aus der Parteigeschichte lernen.

Mit Ausnahme von dem kleinen, urschweizerisch-agrarischen Nidwalden ist die sozialdemokratische Partei in allen übrigen 24 Kantonen vertreten, am stärksten in den Kantonen Zürich mit 8669, Bern mit 6444, Neuenburg 2636, Baselstadt 2231, St. Gallen 2129 Mitgliedern usw. Sehr schlecht steht das einst in der Internationalen so berühmte Genf mit nur 548 organisierten Parteigenossen da.

Die Parteipresse zählt 19 Blätter, wovon 10 täglich erscheinen. Im Nationalrat sitzen 17, im Ständerat 1 Vertreter der Sozialdemokratie, zusammen 18 in der Bundesversammlung.

Der sozialdemokratische Frauenverband zählt in 14 Sektionen 1060, die sozialdemokratische Jugendorganisation über 1000 Mitglieder, der sozialdemokratische Abstinentenbund ebenfalls 1000, der schweizerische Arbeitersängerbund 3058, der Zentralverband des Grütlimännerchors 1611, der Grütlischützenverband 6018 und der Grütliturnerverband 3529 Mitglieder.

Der organisatorische Gesamtrahmen der Partei umschließt demnach einen Kranz von Spezialorganisationen, die die Grundlage der Partei befestigen und zu ihrer ferneren Entwicklung beitragen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Angriffe auf die gewerkschaftliche Ausstellung in Leipzig.

Gegen die Ausstellung der deutschen Gewerkschaften auf der Leipziger Baufachausstellung konnte bisher selbst in Scharfmacherblättern wenig oder gar nichts gesagt werden, um die dort dargestellten Tatsachen zu widerlegen. Die Absicht zu so edlem Tun hat sicher bestanden, nur der geringste Anlaß fehlte. Jetzt werden nun doch einige Unternehmerzeitungen munter und versuchen, mit allgemeinen, nichtssagenden Redensarten eine Diskreditierung der gewerkschaftlichen Ausstellungsobjekte.

Die Bauhütte erhebt gegen die Gewerkschaften den Vorwurf, sie hätten die Baufachausstellung dazu mißbraucht, Staat und Industrie zu bekämpfen. Und die Allgemeine Tapeziererzeitung druckt diesen albernen Vorwurf gedankenlos nach. Diese Bekämpfung der Industrie und des Staates soll geschehen sein durch die Hinweise auf die Berufsunfälle und eine gehässige Kritik, die in Plakaten und Broschüren enthalten sein soll; besonders eine Broschüre des Zimmererverbandes, in der das gefährliche Wort „Sozialismus" vorkommt, hat den Anstoß bei den Scharfmachern erregt. Die Allgemeine Tapeziererzeitung macht den Kohl noch durch folgenden Zusatz fett: „In jedem Raume des Gewerkschaftshauses auf der „Iba" finden sich Tafeln und ausgelegte Schriften, die oft unter grober Entstellung der Tatsachen für die Arbeiterverbände Reklame machen." Und sie fügt hinzu: „Wenn die genannte Zeitschrift (die Bauhütte) bei dieser Gelegenheit von einer sozialpolitischen Entgleisung der Ausstellungsleitung spricht, so ist der Ausdruck sehr milde gewählt. Mit den idealen Zwecken, die eine solche Veranstaltung verfolgen soll, ist es schwerlich zu vereinen, wenn der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Hetze in dieser Weise Vorschub geleistet wird."

Derartige allgemeine Behauptungen in die Welt hinauszuschleudern, ohne auch nur den Versuch eines Beweises zu machen, und dabei auch noch die Ausstellungsleitung in perfider Weise zu verdächtigen, ist einfach gewissenlos. Diese scharfmacherischen Pharisäer! Warum entrüsten sie sich denn nicht über die einseitige Propaganda der Grundeigentümer und Hausbesitzer für ihre speziellen Interessen auf der „Iba". Da liegen Agitationsbroschüren aus dem Preußischen Landesverband und vom Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer Deutschlands, die sich bemühen, das Wohnungselend in den Arbeitervierteln der Großstädte noch Kräften zu vertuschen. Dafür hat weder die Bauhütte, noch die Allgemeine Tapeziererzeitung Augen.

Der Behauptung, die Gewerkschaften hätten Tatsachen in ihren Aufklärungsschriften und -tafeln grob entstellt, muß ganz energisch widersprochen werden. Es ist nur zu wünschen, daß sich die Unternehmer bei allen ihren Statistiken so streng an die Wahrheit halten, wie das bei den Gewerkschaften Prinzip ist. Doch die kleinen Kläffer können das von objektiv urteilenden Menschen anerkannte große Verdienst, das sich die Gewerkschaften mit ihrer Ausstellung erworben haben, nicht herabwürdigen. Sie kommen zwar mit ihren Scharfmachereien, doch sie kommen zu spät.

Der Sieg der streikenden Kellnerinnen in Zürich.

Z. Nach zweimöchigem „episodenreichen" Kampfe haben die streikenden Kellnerinnen im neuen Cityhotel in Zürich einen Sieg errungen. Es kam zum Abschluß eines Tarifvertrages, der volle Kost, monatlichen Minimallohn von 20 Frank, achttägige Kündigungsfrist und Entlassung sämtlicher Streikbrecherinnen zusichert. Die Forderung auf Wiedereinstellung aller Streikenden mußte deshalb fallen gelassen werden, weil im Hauptteil des Hotelbetriebes männliche Bedienung eingeführt wird und darum nur noch sieben Kellnerinnen notwendig sind. Dagegen erhalten die nicht wieder eingestellten streikenden Kellnerinnen von der Hoteldirektion eine Barentschädigung von je 50 Frank. Die Kellnerinnen verdanken ihren schönen Erfolg der von der organisierten Arbeiterschaft in jeder Beziehung betätigten Solidarität.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Max Reinhardt bei Sarrasani

Am 19. und 20. September

Das Mirakel Regie Prof. Max Reinhardt

Mysterium von Karl Vollmoeller — Musik von Engelbert Humperdinck

ca. 2500 Mitwirkende
Originalbesetzung

Preise der Plätze:

Mittelloge	Mk. 20.00	II. Platz: Mitte	Mk. 3.00
Logensitz	„ 15.00	II. Platz	„ 2.00
Mittelparkett	„ 10.00	Mittelbalkon	„ 2.00
Parkett	„ 8.00	Balkon	„ 1.00
I. Platz: Mitte	„ 6.00	Galerie (unnummeriert)	„ 0.50
I. Platz	„ 4.00		

exkl. Billettsteuer und Vorverkaufsgebühr

Alleiniger Billettverkauf:

Warenhaus Hermann Herzfeld, Dresden

Den ganzen Tag geöffnet. — Telephon 2501 und 1797.

Schriftliche Bestellungen werden gegen Voreinsendung des Betrages reserviert.

Dresdens gewaltigste Theater-Sensation

---

1 Plüschsofa, neu
2 Paar Portieren
1 Plüschdecke [A 105
alles zusammen für 58 M.
1 Chaiselongue 22 M.
Grunaer Straße 22, I.

Klinge Frauen
„Frauentee", Paket 75 Pf.
Mutterspritzen, Spülkannen
Monats-Binden, Leib-Binden
sowie alle
Frauen-Artikel.
Nur bessere Ware!
R. Freisleben
Postplatz. N. M.
Man achte auf Firma.

Gänse, Enten
1913er Frühbrut, liefere unter Gar. lebender Ankunft, tierärztl. untersucht, vollkommen ausgewachsen. 10 Stück schwere, große pr. Gänse 32 M., 9 Stück ausgesuchte **größte Riesengänse** 33 M., 12 Stück schöne große Enten 20 M. [A 177
F. Weidniger, Podwalorzyska 84 via Breslau.

Herren-Wäsche
Krawatten, Blaue Anzüge
kauft man am billigsten bei
E. Köhler, Am See 13

Fahrräder
gebraucht, von 15, 20, 25 b. 60 M.,
Mäntel, 1.50, 1.75, 2.00, 2.25, 3.00 u. 3.50, m. Garant.
Gebirgsreifen, 3.75, 4.50 b. 11.— M.
Schläuche, 3.75, 4.50, 5.50, 6.50, 7.50, 11.00
1.85, m. Gar. **1.90,** 2.50, 3—, 3.25 M.
Acetylenlat., 1.25, 2.25 b. 9.50 M.
Pedale, Paar **1.80,** 1.50 b. 6.— M.
Fußpumpen, 0.50, 0.75, 1 b. 4 M.
Gamaschen, 0.35, 0.60, 1 b. 12 M.
Wettermäntel, 3.85 bis 12 M.
Kotschützer, Paar 0.60 b. 1.50 M.
Stirl, Wettinerstr. 49

Jedem Brautpaar
biete ich die beste Gelegenheit, eine gute Ausstattung zu erreichen. Bei 2—4 M. wöchentlicher Zahlung liefere ich unter strengster Diskretion vollständige Einrichtungen zum Teil aus eigner Werkstelle und prima Fabrikat unter Garantie. Einzelne **Möbelstücke** bei nur **1 M.** wöchentlich. Zu jeder Ausstattung ein wertvolles Hochzeitsgeschenk gratis
Große Brüdergasse 16
erste Etage.

Fahrräder jetzt ganz bill., gebr. 10, 15, 20, 25 M. usw., **neue** mit 1 Jahr Gar., 38, 40, 45, 48 M. usw., **Teilzahl.** gestattet, zu verkaufen. [B 2596
Oppellstr. 19, 1. (Kein Laden)

Carl Schlegel, Dentist
König-Johann-Straße 10, II. (früher Wallstr. 1)
empfiehlt sich allen **Zahnleidenden** zum Anfertigen **künstlicher Zähne** jeder Art in bewährtem Material unter Garantie der Brauchbarkeit. Spezialität: **Vollständige Gebisse.** Kronen- u. Brückenarbeiten in Gold. **Kunstvolle Plombierung** solid und haltbar. **Möglichst schmerzloses Zahnziehen. Reparaturen** und **Umarbeiten** auch von mir nicht gefertigter Gebisse bereitwillig u. billigst
Etabliert 1896. Fernruf 9898.

Zahnersatz :: zu mässigem Preis u. leichter
plomben :: Zahlung empfiehlt ::
Dentist Max Flach, Grunaer Str. 2, Tel. 9807, und Bautzner Str. 14. Tel. 9710

Gewerkschaften! Vereine!
Deckt euren Bedarf in **Theater-Garderobe** nur bei der Firma **Elsa Richter, Dresden-N., Nähnitzgasse 25.** — Mitglied des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.
Telephon 12 174. Telephon 12 174.

Möbel [K 338] aus **Wilsdruff**
vom Genossen **Zschoke**
sind anerkannt bester Qualität; billigste Preise und weitgehendste Garantie. Besichtigung der Lagerräume jederzeit. Direkt am Bahnhof. Kein Laden. Lieferung frei. Eigene Tapezierer-Werkst.

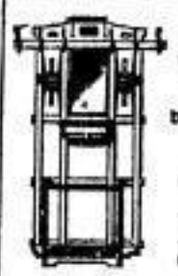
Ellykohle
ist und bleibt die **beste** und im Verbrauch die **billigste Hausbrandkohle.** Nur zu beziehen bei [K 294
O. Biebach, Cotta, Chamissostraße 6
Möbeltransport, Spedition und Lagerhaus.

Teppiche
mit kleinen Webfehlern, für die Hälfte des Wertes. [A 105
Starer, Grunaer Str. 22, I.

Gewerkschafts- und Vereinsgruppen!
Reinigen . . . 1 M.
Neue Feder . . 1 M.
Neue Uhren u. **Ketten** enorm bill. weg. Ersparnis der Ladenmiete. B 1686
Max Richter, Annenstr. 28, 3

Geheime
Männer- u. Frauenleiden
Harn-, Mund-, Hals- u. Hautkrankheiten behand. seit 18 Jahr. m. gut. Erfolg ohne Berufsstörung durch die Naturheilkunde [B 1433
Frd. Helmberg, Dresden
Bautzner Straße 32.
Sprechst. 2—5. Sonntags 8—11.

Möbel
Braut-Ausstattungen a 250, 400, 600, 800, 1000 M. usw. in gediegener, moderner Ausführung. Komplette Wohn-, Schlaf- und Speisezimmer. Trumeaus v. 35, Bettst. v. 16 M. an, Tische, Stühle, Vertikos, Schränke, Sofas, Bettstellen, Matratzen.
Große Auswahl! Billige Preise!
Friedrich Kindler
Scheffeltraße 5 und 7.
Kein Laden [A 106
I. und II. Etage.

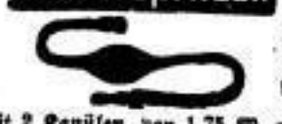


Flur-Garderoben
echt Eiche
von **15 M.** an.
Größte Auswahl.
Tränkners Möbelhaus
Görlitzer Str. 12/22.

Bequeme Teilzahlung
ohne Aufschlag auf [B 2573
Uhren und Goldwaren
Dürerstraße 55, part. Flureing.

Gardinen [A 106]
Reste von 1—5 Fenstern, spottbillig
Congresse, 3 m 90 Pf.
Starer, Grunaer Str. 22, I.

Mutterspritzen



[B 2587]
mit 2 Kanülen von 1.75 M. an, **Spülkannen. Leibbind., Menstruationspulver, Vorfallbind. u. Hygien.**
Frauen Artikel
Auskunft gratis. Auf Verl. 10 Pfg. Porto
Frau Heusinger
87 Am See 37
Erster Laden vom
Dippoldiswaldaer Platz.
Genau auf **Namen** und **Hausnummer** achten.

Geräuchert. Speck
Prima starke Ware. Diese Woche a Pfd. 88 Pf., bei 5 Pfd. 85 Pf.
Mohnstraße 52
direkt an der Leipziger Straße.
Schweineschlächterei.

Damen
empf. bes. **Spülapparate, Mutterspritzen, hyg. Artikel** und wenden sich bei Störung vertrauensvoll an
Frau Fröhlich, Balkstr. 23, I.

Boden-Rummel, alles Eisen, Metall usw. kauft **L. Vogt,** Trabantengasse 18.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Erster Verhandlungstag.

Jena, 15. September.

Vormittagssitzung.

Ebert eröffnet die Verhandlungen Schlag 9 Uhr. Von der französischen Sozialdemokratie ist folgendes Telegramm eingelaufen: Die französische Sektion der Arbeiter-Internationale begrüßt die deutsche sozialdemokratische Partei, die auf ihrem Kongreß vereint ist, und versichert sie der vollen brüderlichen Solidarität in dem Kampfe, den sie gemeinsam führt für das Proletariat der ganzen Welt. (Beifall.) Als Vertreter der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs ist Genosse Stein erschienen.

Die Geschäftsordnung ist vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß geändert worden. Die Aenderungen sind nur formaler Natur. Sachlich ist die alte bewährte Geschäftsordnung beibehalten.

Ohne Debatte nimmt der Parteitag die neue Geschäftsordnung unverändert an.

Ebert: Parteivorstand und Ausschuß haben beschlossen, auch die Frage des politischen Massenstreiks zu erörtern. Die Frage steht in Zusammenhang mit der parteipolitischen Situation und mit der Tätigkeit des Parteivorstandes. Der Referent zum ersten Punkt der Tagesordnung soll deshalb die Frage des politischen Massenstreiks ebenfalls erörtern, dann aber sollen die Verhandlungen getrennt werden, und zwar soll zunächst verhandelt werden über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes, die hier einschlägigen Anträge und dann soll gesondert verhandelt werden über die Frage des politischen Massenstreiks.

Darauf wird über die zur Tagesordnung des Parteitages gestellten Anträge entschieden. Die Anträge 1 und 87, die die Behandlung der Arbeitslosenfürsorge fordern, werden für erledigt erklärt, da dieser Punkt bereits auf der Tagesordnung steht. Antrag 2, der die Behandlung der Massenstreikfrage verlangt, ist ebenfalls erledigt. Die Anträge 3, 4 und 5, die verlangen, daß die Massenstreikfrage zusammen mit der Wahlrechtsfrage verhandelt wird, werden für erledigt erklärt, da es auch die Ansicht des Parteivorstandes und des Referenten ist, daß diese Fragen gemeinsam behandelt werden müssen. Antrag 86 wird zurückgezogen.

Der Parteitag beschließt, von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags zu tagen.

Hierauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung. Den

Bericht des Vorstandes

erstattet Scheidemann.

Der Parteivorstand hat schon vor drei Monaten seinen Bericht veröffentlicht. Ich nehme an, daß Sie ihn alle kennen. Es war die letzte Arbeit, woran unser Bebel mitgearbeitet hat. Ich verweise auf diesen schriftlichen Bericht und sehe es nur als meine Aufgabe an, Ergänzungen dazu zu geben. So wie 1912 das letzte Jahr gewesen ist mit dem Genossen Bebel, so war es das erste Jahr mit dem in Chemnitz eingesetzten Parteiausschuß. Es freut mich, ausdrücklich feststellen zu können, daß diese Einrichtung sich außerordentlich gut bewährt hat, und ich freue mich um so mehr, das feststellen zu können, weil auch vereinzelt bereits gegen den Parteiausschuß und in Verbindung damit auch natürlich gegen den Parteivorstand wieder schwere Vorwürfe erhoben sind. Es ist in einer öffentlichen Versammlung von einem Genossen in einer einflußreichen und verantwortungsvollen Stellung die Behauptung aufgestellt worden, anstatt den Parteiausschuß mit großen politischen Fragen zu beschäftigen, habe man ihn zur Erledigung von Verwaltungsfragen herangezogen, die ohne ihn hätten erledigt werden können. Wenn ich sage, diese Behauptung ist irrtümlich, so trifft das daneben, denn entweder hat der betreffende Genosse nicht gewußt, was der Parteiausschuß bisher gemeinsam mit uns gearbeitet hat, und dann beging er keinen Irrtum, als er diese Behauptung aufstellte, oder er hat es gewußt und dann ist natürlich die Situation für ihn noch peinlicher. Ich stelle fest, daß alle unsere parteipolitischen Aktionen in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß beraten sind. Und mehr noch. Auch alle Aktionen, die bei dieser oder jener Gelegenheit noch hätten vorgenommen werden können, die aber nicht stattgefunden haben, sind in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß beraten. Ich werde auf die Art und Weise, wie wir gemeinsam gearbeitet haben, noch zurückkommen. Zunächst einige Mitteilungen, die ich pflichtgemäß machen muß.

Der Chemnitzer Parteitag hat uns zahlreiche Anträge überwiesen, mit denen wir uns im Laufe des Jahres beschäftigen mußten. Ich will nur auf einige hinweisen, die uns längere Zeit hier beschäftigt haben und die wir auch in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß haben behandeln müssen. In Chemnitz wurde uns die Angelegenheit auf Ausschluß eines Genossen, der aus einer Bruderpartei ausgeschlossen war und den Anschluß in der deutschen Organisation nachsuchte, jedoch abgewiesen und nun in einer anderen Stadt aufgenommen wurde, ausdrücklich überwiesen. In welcher Weise der Parteivorstand im Einverständnis mit dem Parteiausschuß glaubt, in dieser Sache zu Ende zu kommen, ersehen Sie aus dem Antrag 75. — Dann ist vom Chemnitzer Parteitag uns der Antrag 119 überwiesen worden, der bestimmte

Veranstaltungen für Jugendliche

im Alter von 18—21 Jahren wünscht. Zentralbildungsausschuß, Parteivorstand und Parteiausschuß sind sich vollkommen einig in der Frage, daß alles geschehen muß, was irgendwie geschehen kann, um die Jugendbewegung zu fördern. Das ist um so selbstverständlicher, weil wir wissen, wie durch einseitige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen unsere proletarische Jugendbewegung genau so sehr gehemmt wird, wie man andererseits die ausgesprochen politisch patriotische Jugendbewegung, namentlich den Jungdeutschlandbund, unter allen Umständen zu fördern sucht. Das ist ein ganz besonderes Kapitel, auf das ich natürlich nicht näher hier eingehen kann. Aber das möchte ich doch kurz feststellen: es ist unerhört, wenn man sehen muß, wie Veranstaltungen rein wissenschaftlicher und künstlerischer Art unserer Jugendbewegung unterdrückt werden, wie man gewaltsam politische Veranstaltungen konstruiert hat aus Ausflügen, aus Vorträgen über Schubert und Beethoven. (Hört! hört!) Es ist also ganz selbstverständlich, daß wir die Jugendbewegung nach Möglichkeit fördern müssen, daß ihr unsere ganzen Sympathien gehören müssen. (Bravo!) Nun war uns also der Auftrag geworden, besondere Veranstaltungen zu treffen für die jungen Leute im Alter von 18—21 Jahren. Das ist die Altersklasse, die bereits berechtigt ist, in politische Organisationen einzutreten, denn es ist ja „nur" denen unter 18 Jahren verboten, während die jungen Leute von 18—21 Jahren natürlich unvorbereitet, politisch nicht geschult, in unsere Organisationen hineinkommen, und wir mit ihnen insofern Schwierigkeiten haben, als diesen jungen Leuten selbstverständlich das Verständnis für rein geschäftliche Veranstaltungen der politischen Organisation fehlen muß, daß sie sich schließlich in diesen Versammlungen langweilen usw. Deshalb waren eben besondere Veranstaltungen für diese jungen Leute verlangt. Was geschehen solle, darüber war auch vollkommene Einigkeit zwischen den drei Korporationen. Es ist ein Zirkular ergangen an die Parteiorganisationen und alle Bildungsausschüsse, in dem diese drei Korporationen bestimmte Vorschläge machen, wie man am besten diesen jungen Leuten vorwärts helfen kann. Es heißt da: es interessiert die jungen Arbeiter in jenen Jahren, die allgemeinen Fragen der Weltanschauung mit ihren Altersgenossen zu diskutieren. Die Organisation muß dieser Jungmannschaft deshalb Gelegenheit zu geistiger Fortbildung und zum gelegentlichen Zusammentreffen mit ihren Altersgenossen geben. Es werden dann bestimmte Vorschläge gemacht, wie die großen, wie die kleinen Organisationen arbeiten sollen, wie sie die jungen Leute einführen sollen in bestimmte Wissensgebiete usw. Die Einzelheiten zu schildern, würde zu weit führen. Jedenfalls steht fest, daß wir alles Mögliche tun werden und auch glauben, bisher getan zu haben, um die Jugendbewegung zu fördern. Ich glaube deshalb, daß man wohl die Anträge, die jetzt gestellt worden sind, in denen das gefordert wird, was in Wirklichkeit bereits ausgeführt ist, und zwar den Antrag 77 von Weimar, als erledigt ansehen kann.

Der vorige Parteitag hat uns aber auch zur Erwägung übergeben einen Antrag, in dem die

Einsetzung einer Studienkommission

gefordert wurde, die die bestimmte Aufgabe haben sollte, auf **agrarischem Gebiete** zu arbeiten. Wir haben uns auch mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt und der Parteiausschuß hat allen von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zugestimmt. Wir schlagen Ihnen vor, daß eine solche Studienkommission eingesetzt werden soll. Dieser Beschluß ist einstimmig gefaßt worden. Wie diese Studienkommission arbeiten soll, welche Aufgaben man ihr stellt, ist eingehend erörtert worden in einem Artikel, der in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit" vom Genossen Braun veröffentlicht worden ist. Dieser Artikel ist im wesentlichen der Niederschlag einer Rede, die Braun seinerzeit in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Parteiausschuß gehalten hat. Parteiausschuß und Vorstand schlagen Ihnen vor, die Wahl dieser Studienkommission diesen Korporationen zu überlassen. Es empfiehlt sich das deshalb, weil man natürlich die Zusammensetzung einer solchen wirklichen Arbeitskommission, die ein ganz bestimmtes Gebiet beackern soll, nicht unter Umständen einer Zufallsmehrheit überlassen soll, sondern weil es notwendig ist, daß die Leute, von denen man bestimmt weiß, sie bringen dieser Sache Interesse entgegen und vielleicht schon bestimmte Kenntnisse auf diesem Gebiete mit, mit Sicherheit in diese Kommission hineinkommen. Es soll diese Kommission auch das Recht der Kooperation haben. Das ist wohl selbstverständlich, daß sie die Möglichkeit haben muß, sachverständige Berater hinzuzuziehen. Ich hoffe, daß Sie diesen Vorschlägen zustimmen würden. Dadurch würden sich die Anträge 13 und 14 erledigen.

In der Vorlage finden Sie auch in diesem Jahre wie früher schon einige Anträge, die die **Herausgabe einer besonderen Modenzeitung** verlangen. Wir haben uns im Parteivorstand mit diesem Vorschlag, der gewiß nichts besonders revolutionäres an sich hat (Heiterkeit), lebhaft beschäftigt. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, es empfiehlt sich nicht, diese Angelegenheit breit auf dem Parteitag zu erörtern. (Sehr richtig!) Wir haben wiederholt in langen Sitzungen mit sachverständigen Leuten darüber beraten und sind nach Einholung von Gutachten zu dem Ergebnis gekommen, daß ein solches Unternehmen für einen Privatkapitalisten, der mindestens eine Million hineinstecken kann, eine sehr riskante Sache ist, jetzt bei der obwaltenden Konkurrenz und bei den eigenartigen monopolartigen Unternehmungen auf diesem Gebiet damit anzufangen. Für die politische Partei erscheint die Ausführung eines solchen Unternehmens absolut unmöglich. (Sehr richtig.) Wir treten aber nicht mit leeren Händen vor Sie hin. Wir haben während der Beratungen einen Beschluß gefaßt, zu dem wir die Zustimmung des Parteiausschusses erhalten haben, und zu dem wir auch Ihre Zustimmung erhoffen. Wir haben nämlich beschlossen, ein

illustriertes Familienblatt

für die Partei herauszugeben, das alle 14 Tage erscheinen soll. Es soll in Großquartformat auf bestem Papier gedruckt werden, etwa 40 Seiten stark sein und 25 Pfennig pro Nummer kosten. Es soll die beste Unterhaltungsliteratur geboten werden, es soll das Wichtigste aus den Gebieten von Kunst, Wissenschaft und Technik gebracht werden; es soll aber nicht nur literarische Kost geboten werden, sondern auch den Wünschen, die wir in den Anträgen von Teltow-Beeskow und anderen Vereinen finden, nach Möglichkeit Rechnung getragen werden, indem auch Hauswirtschaftliches gebracht werden soll, Mitteilungen und Rezepte für Küche und Keller usw., Muster einfacher Kleider, namentlich von Kinderkleidern u. dergl. Ich glaube, so wie bisher dieses Projekt allseitig bei denen, mit denen wir darüber sprechen konnten, Beifall gefunden hat, so werden auch Sie das Unternehmen mit Freude begrüßen. Es wird leider nicht möglich sein, die erste Nummer vor dem nächsten Parteitag herauszubringen. Es sind doch viele Schwierigkeiten damit verknüpft. Wir haben alle möglichen Versuche gemacht, eine Redaktion zusammenzubringen, die der großen Aufgabe gewachsen ist. Wir sind mit der Zusammensetzung dieser Redaktion noch nicht zu Ende gekommen. Es kommen auch Schwierigkeiten hinzu bei der Bestellung der Maschinen, denn wir wollen auch hier das denkbar beste liefern und das Tiefdruckverfahren von vornherein einführen, um die denkbar besten Illustrationen zu bringen. Ich hoffe, Sie werden alles tun, um der Einführung des neuen Blattes die Wege zu ebnen, damit wir die Schundliteratur, die sich vielfach noch in Arbeiterwohnungen findet, durch ein wirkliches gutes sozialdemokratisches Blatt verdrängen.

Ich komme auf den schriftlichen Bericht zurück. Begreiflicherweise hat es ungemein überrascht, daß die

Fortschritte unserer Organisation

hinsichtlich der Mitgliederzahl nicht den Fortgang genommen haben, den wir allgemein erwarteten. Und doch, wenn man den Dingen auf den Grund geht, ist die Ursache sehr leicht zu finden. Wenn in einer Zeit, wo die **wirtschaftliche Krise** hereinbricht, Tausende und Abertausende arbeitslos werden und ihren Arbeitsort verlassen müssen, ohne daß neue Arbeiter dafür hinzukommen, so ist das schon ein sehr plausibler Grund für den Rückgang oder den Stillstand der Organisation in vielen Orten. (Sehr richtig!) Ich will auf die Einzelheiten nicht näher eingehen, das wird Kollege Braun nachher tun. Ich habe mich zunächst zu befassen mit eigenartigen Schlüssen, die aus dem geringen Fortgang der Organisation gezogen worden sind und die auf sehr schwere **Vorwürfe gegen den Parteivorstand** hinauslaufen. Die Gegner haben ja von jeher gesagt, daß die Sozialdemokratie anfange, stillzustehen, sie haben von einem Krebsgang gesprochen und wir kennen ja das Wort von der vorübergehenden Erscheinung. Das sind **trügerische Hoffnungen der Gegner.** Niemals hat sich die Entwickelung unserer Organisation in gerade aufsteigender Linie vollzogen. Selbst im Wahljahr 1912 mußten wir trotz der Wahlagitation in nicht weniger als 71 Wahlkreisen einen absoluten Rückgang in der Organisation feststellen. Das hat also gar nichts Beängstigendes an sich. Es kommen da Ursachen in Betracht, die uns nicht zu schrecken brauchen. Jetzt sind vielleicht diejenigen Parteigenossen — ich bitte, das aber nicht mißzuverstehen — zufrieden, die bei dem schnellen Wachstum früher immer gesagt haben: wir wachsen viel zu schnell in die Breite, aber nicht in die Tiefe. (Sehr gut.) Der Vorwurf kann jetzt gar nicht erhoben werden. Im Vorjahre ist alles Erdenkliche geschehen, um dafür zu sorgen, daß auch der Sozialismus mehr in die Tiefe dringt. Unsere Arbeitsleistung kann sich sehen lassen. In der inneren Organisationsarbeit sowohl, wie bei der allgemeinen Verbreitung der sozialistischen Lehre und Parteitheorie sind wir vorgegangen in einem Maße wie selten zuvor. Besonders auf dem Gebiete der Jugendbewegung und der Frauenbewegung haben wir eine Arbeit geleistet wie bisher noch niemals. Redner verweist auf die Zahlen aus dem letzten Geschäftsjahre. Bei ihrer Würdigung ist wohl zu beachten, daß das Berichtsjahr nur neun Monate umfaßt, während die Vergleichszahlen für 1912 sich auf ein volles Jahr verteilen. Redner gibt die Zahlen aus dem Vorstandsbericht über die Bildungsarbeit, die Jugendarbeit, den Ausbau der Frauenorganisation, die Zahl der Abgeordneten in den verschiedenen Körperschaften usw. Was besonders von den Frauen an Kleinarbeit geleistet worden ist, ist aller erdenklichen Dankbarkeit wert. (Beifall.)

Wenn ich nun zu einem anderen Teil meines Vortrages übergehe und dabei eine Anzahl von Aeußerungen mehr oder weniger bekannter Genossinnen und Genossen anführen muß, so werde ich in indirekter Rede zitieren und keine Namen nennen, denn es kommt auf die sachlichen Ausführungen an. Irgend welche Voreingenommenheit gegen irgend jemand liegt mir und dem ganzen Parteivorstand fern. Von jedem, der in der Partei über Parteifragen sich äußert, müssen wir annehmen, daß er es tut in der festen Ueberzeugung, der Partei damit nutzen zu wollen. Wenn hierbei über die Stränge geschlagen wird, so ist das bedauerlich und wir können nur immer wieder wünschen, daß alle öffentlich redenden und schreibenden Genossen sich jederzeit ihrer vollen Verantwortlichkeit bewußt seien. (Beifall.) In einer sächsischen Versammlung hat ein bekannter Parteigenosse gesagt: der Mißerfolg in der Agitation und Organisation ist dem Schwinden des Vertrauens der Massen zur Leitung zuzuschreiben. (Hört, hört!) Solche Worte wirken fort in der Masse, nicht zum Segen der Partei und nicht zum Nutzen des Proletariats. (Lebhafte Zustimmung.) Wo sind denn überhaupt solche Mißerfolge in der Agitation und Organisation? Eine solche Behauptung ist einfach falsch, und wer glaubt, imstande zu sein, den Beweis dafür erbringen zu können, daß die Massen das Vertrauen zu ihrer Leitung verloren haben? Traurig wäre es, wenn das der Fall wäre. Dann brauchten wir uns nicht zu wundern, wenn die Organisationen statt Fortschritte zu machen, rückwärts gehen würden.

Ein anderer Genosse, es war auch ein Sachse (Heiterkeit), kritisierte die Fraktion in Grund und Boden wegen ihres Verhaltens in einer bestimmten Frage und machte dafür dem Parteivorstand Vorwürfe! Kein verständiger Mensch kann sagen, daß solche unüberlegte Aeußerungen der Partei nützlich sein können (Zustimmung), und wenn in temperamentvoller Weise von einer greisenhaften Ermattungsstrategie, von Organisationshochmut geredet wird und die Nichtorganisierten als Wunderknaben hingestellt werden, die alles Gute in der Partei gemacht haben (Lebhaftes Hört! hört! und Zustimmung), wer wird sich dann wundern, wenn in der Agitations- und Organisationsarbeit Schwierigkeiten entstehen? (Lebhafte Zustimmung.) Gegenüber den Andeutungen, wie in der Partei eigentlich hätte gearbeitet und gewirkt werden müssen, sehe ich mich gezwungen, einen kurzen Abriß der parteipolitischen Situation zu geben. Unsere große

Protestaktion gegen die agrarische Lebensmittelteuerung

ist mit großer Schnelligkeit durchgeführt worden und hat schließlich die Regierung zu einer Reihe von Konzessionen gezwungen, wenn diese auch nur kleinere sind und in erster Linie für die Gemeindepolitik in Betracht kommen. Als durch den Balkankrieg und den Imperialismus die

Kriegsgefahr

immer größer wurde, hat das deutsche Proletariat, das in Oesterreich und Frankreich seine volle Schuldigkeit getan. Bis ins kleinste Dorf hinein, ist von den Sozialdemokraten über den Imperialismus gesprochen worden und ist den Leuten, die oft das Wort noch nie gehört hatten, plausibel gemacht worden, was es bedeutet und was für große, jeden einzelnen betreffende Fragen damit zusammenhängen. In Millionen von Exemplaren wurde ein zweisprachiges Manifest in Frankreich und Deutschland verbreitet, wir hatten eine Bewegung, wie selten zuvor in bezug auf die Zahl, als auch auf die Wucht unserer großen Demonstrationsversammlungen. Man hat in keinem Lande ähnliches gemacht, ich habe es aus eigener Anschauung kennen gelernt. Damals schoß auch die deutsche Polizei den Vogel ab und blamierte sich grenzenlos durch das Verbot an den französischen Genossen Compère-Morel, in Magdeburg in seiner Muttersprache zu reden. Der **Baseler Kongreß** war die Krönung der ganzen Parteiarbeit. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam da, als wir in einer großen lebhaften Bewegung waren, die jeden von uns mit Freude und Stolz erfüllen konnte,

die neue Militärvorlage,

und durch die Reihen der deutschen Proletarier ging ein Schrei der Empörung. So wie bisher gegen den Imperialismus, so richteten wir nun die ganze Stoßkraft der Partei gegen die Militärvorlage: Versammlungen folgten auf Flugschriften, die Bewegung nahm zunächst einen mächtigen Aufschwung, dann aber flaute sie nach und nach ab, aber nicht, weil der Parteivorstand versagt hat, sondern weil allmählich selbst in dem kleinsten Dorf bekannt geworden war, daß die Annahme der Vorlage durch alle bürgerlichen Parteien absolut sicher war und weil dank der sozialdemokratischen Parteiarbeit die Regierung mit **direkten Besitzsteuern** kam. Die Tatsache kann nicht aus der Welt geschafft werden, es waren Steuern, die nicht in erster Reihe die Massen treffen konnten, sondern durch die der Besitz herangezogen werden sollte. (Sehr richtig!) Da kamen aber **eigenartige Taktiker der Partei** und sagten: Das ist ja gar nicht wahr! Es ist immer unbegreiflich gewesen, daß es einige Parteigenossen gibt, die nicht zugeben wollen, daß die **Sozialdemokratie etwas erreicht** hat. (Heiterkeit und Sehr gut!) Was soll es denn heißen,

offenkundige Errungenschaften der Sozialdemokratie

einfach aus der Welt wegzudisputieren. (Sehr wahr!) In der „Neuen Zeit" hat ein Genosse geschrieben, daß bei dieser Bewegung die **Parteipresse** versagt habe. In dieser Allgemeinheit unterschreibe ich den Satz nicht, aber ganz aus der Luft gegriffen, ist er auch nicht. (Sehr richtig!) Mit dem Satz in unserem Bericht: „wir wollen es ununtersucht lassen, ob die Parteipresse alles getan ist, um an die indifferenten Massen heranzukommen" haben wir angedeutet, daß unsere Blätter zu sehr für die eigenen Parteigenossen schreiben und an die Werbearbeit bei den Indifferenten, die doch unsere Ausdrucksweise und unsere stehenden Formen noch nicht kennen, vergessen. Weiter schreibt der betreffende Genosse in der „Neuen Zeit": „Auch der Parteivorstand hat wahrscheinlich nicht aktiv genug eingegriffen." Wahrscheinlich! Das ist ziemlich selbstverständlich. (Heiterkeit.) In den Parteivorstand wählt man natürlich diejenigen Leute, von denen man annimmt, sie werden unter allen Umständen in allen Situationen versagen und deshalb ist es wahrscheinlich, daß der Parteivorstand nachher versagt hat. (Große Heiterkeit und Sehr gut.) Wahrscheinlich hat der Parteivorstand versagt. Genaueres weiß man nicht. (Heiterkeit.) Ob überhaupt ein Flugblatt über die **Rüstungsskandale und die Liebknechtschen Enthüllungen herausgegeben**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ist, das ist dem Artikelschreiber unbekannt. Aber sicher ist, daß ein solches Flugblatt nicht verbreitet ist. (Heiterkeit.) — Als diese Nummer der „Neuen Zeit" herauskam, hatte der Parteivorstand über diese ganz spezielle Frage bereits nicht weniger als vier Flugschriften herausgegeben. (Hört, hört!) Die Flugschriften wurden in Millionen verbreitet, und ich bemerke nebenbei, daß man nicht überall das gleiche Flugblatt verbreiten, sondern daß man es auf die lokalen Verhältnisse zuspitzen soll. Wir haben also getan, was wir nach bestem Wissen tun zu müssen glaubten. In einer eigenen Sitzung des Parteiausschusses am 8. Juli wurde das Abflauen der Bewegung erörtert, und einmütig hat der Parteiausschuß erklärt, daß man die abflauende Bewegung nicht neu entfesseln könne, weil das künstlich nicht zu machen gehe. (Sehr richtig!) Der Parteiausschuß erklärte, daß das Volk aus den Bewegungen gegen Teuerung, Krieg, Imperialismus und Rüstungen gar nicht herausgekommen sei und daß es nun, wo die Einbringung direkter Besitzsteuern sicher war, unmöglich sei, das Abflauen der Bewegung zu verhindern. Die Genossen, die das erklärt haben, die leben wirklich in der Masse!

Die preußischen Landtagswahlen

brachten uns eine Million Stimmen, aber aus eigener Kraft nur ein neues Mandat und drei weitere infolge einer Verständigung mit der Fortschrittlichen Volkspartei über das Verhalten in einigen Wahlkreisen. Man müßte doch annehmen, daß es die Massen aufpeitschen muß, wenn sie die **empörenden Folgen des preußischen Dreiklassenwahlrechts** aufs neue erfahren und gesehen haben, daß es auf der einen Seite genügt, tausend abkommandierte Wähler, Landarbeiter und Güterbeamte zu seinen Wählern zu haben, um ein Mandat zu erlangen, während auf der anderen Seite hunderttausend Mann unter den schwierigsten Umständen unter der Gefahr der Maßregelung an den Wahltisch treten müssen, um ein solches Ergebnis zu erreichen. Man muß sich wundern, daß das Volk nicht in Wallung gerät über derart himmelschreiende Zustände. (Sehr wahr!) Alle diese Tatsachen riefen naturgemäß ein Unbehagen unter den Parteigenossen hervor, man debattierte und schien immer vorbei zu raten. Bis endlich das Stichwort fiel:

Massenstreik!

Daran schloß sich eine merkwürdige Debatte, die ergab, daß an einen Massenstreik jetzt nicht zu denken sei. (Sehr richtig!) Genossinnen und Genossen, das haben wir uns im Parteivorstand auch gesagt, und deshalb haben wir den Mund gehalten. (Lebhafte Heiterkeit und Sehr gut!), weil wir uns sagten, warum brauche ich denn dem Gegner, meinem Todfeinde, zu sagen, was ich jetzt n i c h t machen kann. (Sehr richtig!) Wir sind der Meinung gewesen, daß man nicht so weit die Aufrichtigkeit zu treiben braucht, dem Gegner zu sagen, Du, ich habe noch eine Waffe. Wenn ich die benutze, dann bist Du verloren. Aber Du kannst getröstet sein, jetzt kann ich sie augenblicklich nicht benutzen. (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Das war das Gefühl, das wir gehabt haben und ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir **mit dieser Massenstreikdebatte zur unrechten Zeit eingesetzt** haben. Es ist mehrfach gesagt worden, die ganze Debatte entspreche der Stimmung der Massen. Das bestreite ich. (Sehr richtig!) Das, was wir an Reden gehört und gelesen haben, entsprach in den meisten Fällen nicht der Stimmung der Massen. (Sehr richtig!) Ich gehe allerdings nicht so weit, wie vielfach gegangen worden ist, daß man gesagt hat, sie sei nur das Werk einiger Akademiker. Es **ist schon richtig, daß die Unzufriedenheit und der Unwille in den Massen von Tag zu Tag wächst.** Es ist selbstverständlich, daß die Massen von Tag zu Tag empörter werden über die Zustände, unter denen sie leiden. Aber wer die Massen kennt, und aus dieser Masse sind auch die meisten von uns herausgekommen, weiß, daß heutzutage die klassenbewußten Arbeiter viel zu gut den Arbeitsmarkt kennen, viel zu gut wissen, wie die Gelben, die Christlichen, die Nichtorganisierten beschaffen sind. Und deshalb sagen sie sich, wenn auch zähneknirschend: Noch ist nicht Zeit. (Sehr richtig!)

Parteigenossen! **Ich will Ihnen von vornherein klaren Wein einschenken über die Stellung des Parteivorstandes zu dieser Frage. Der Parteivorstand steht in dieser Frage auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim.** Da ist unter anderem beschlossen worden: sobald unser Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktionen erfolgreich durchzuführen. Sie dürfen sich darauf verlassen, daß der **Parteivorstand gewillt** ist, diese ihm mit auf den Weg gegebene Entschließung früherer Parteitage **unter allen Umständen zu respektieren** und danach zu handeln. (Sehr gut!) Parteigenossen! Was hat der Parteivorstand in dieser Frage versäumt? Es sind auch gegen uns, wenn auch mehr in indirekter Weise, Vorwürfe erhoben worden. Aber ich will ganz davon absehen. Aber eins nehme ich sehr tragisch, das ist der Umstand, daß man in einer Weise, die ich als unverantwortlich bezeichnen muß, gegen die vielen Tausende von braven Arbeitern, die durch das Vertrauen der Genossen innerhalb der Organisationen tätig sind, gegen die Vertrauensleute, die zu Tausenden bereits zählen, die Parteisekretäre Gewerkschaftssekretäre usw. unausgesetzt in der schlimmsten Weise **Verdächtigungen erhoben** hat. (Sehr richtig!) Diese Leute sind geradezu bezeichnet worden als **Bremsklötze der Bewegung**, als diejenigen, die darauf ausgehen, daß nichts geschieht. Das ist der denkbar schwerste Vorwurf. (Sehr wahr!) Wer die Arbeit dieser unserer Agitatoren kennt, dieser Vertrauensleute der Arbeiter — das sage ich ausdrücklich, denn keiner kommt auf seinen Posten, der sich nicht das Vertrauen der Massen, die ihn zu wählen haben, im vollen Maße erworben hat — wird zugeben, das sind **wirkliche Kulturpioniere**, die das ganze Jahr schwer arbeiten müssen, und man sollte ihnen deshalb das Leben nicht noch schwerer machen, als es ohnehin bereits ist. Sie sind nicht Bremsklötze. Mir ist nicht ein einziger von diesen Parteigenossen bekannt, die in der Kleinarbeit tätig sind, der etwa ein prinzipieller Gegner des Massenstreiks wäre. Aber sie sind Gegner der R e d e r e i über eine Tat (Sehr gut!), die man tun kann, über die man aber nicht r e d e t, wenn man sie noch nicht ausführen kann.

Bei den Auseinandersetzungen über den Massenstreik ist vielfach hingewiesen worden auf R u ß l a n d, B e l g i e n und S c h w e d e n. Alle diese Vergleiche hinken und sind durchaus unzuverlässig. Wir sind genau informiert worden, beispielsweise über die Streiks in Schweden und Belgien, und die geradezu bewundernswerte Vorarbeit, die unsere belgischen Genossen geleistet haben. Aber, Parteigenossen, eins wird bei diesen Bewegungen in Schweden und Belgien immer vergessen, ein Imponderabile, von dem man niemals redet, das man aber nicht außer acht lassen dürfte: ohne daß unsere belgischen und schwedischen Genossen auch nur ein Wort von ihrem Streik mit uns zu sprechen brauchten — sie konnten ihren Streik beginnen, wann sie wollten, sie brauchten sich gar nicht vorher mit uns zu verständigen — konnten sie doch in den Kampf hineinziehen mit dem beruhigenden Gefühl, das sie sicherlich niemals täuschen wird: jenseits der Grenzen, da wohnt e i n g r o ß e r B r u d e r von mir, der mir im schlimmsten Falle helfen wird. Parteigenossen, wir sind in der Lage, selber ein großer Bruder zu sein, dem aber ein noch größerer Bruder, der jenseits der Grenzen wohnt, nicht zu Hilfe kommen kann. (Heiterkeit.) Jede Hilfe, moralischer oder sonstiger Art, die uns in einem solch schweren Kampfe wird, wird uns hochwillkommen sein. Aber in der Beziehung sind unsere belgischen Freunde besser dran als wir. (Sehr wahr!)

Ich will ferner nicht bestreiten, daß es in P r e u ß e n m a n c h m a l s e h r r u s s i s c h zugeht; das haben wir erst in den letzten Tagen erlebt durch die unwürdige Behandlung der Genossen H u y s m a n s und V a n d e r s m i s s e n. (Sehr wahr!) Das sind Zustände, die den russischen verzweifelt ähnlich sehen, aber im übrigen vergleichen Sie doch den r u s s i s c h e n A r b e i t e r mit dem d e u t s c h e n A r b e i t e r. Welche Rechte hat denn der russische Arbeiter? Gar keine. E r h a t n u r s e i n R e c h t a u f d i e K n u t e u n d a u f S i b i r i e n. Er spürt daher ganz andere Triebkräfte in sich, um sich gegen diese Zustände zu wehren. Bei aller unserer Entschlossenheit, bei dem unerschütterlichen Willen, dem Volke die Rechte zu erkämpfen, die ihm unter allen Umständen zu teil werden müssen, dürfen wir eines nicht vergessen: wir müssen klaren Verstand bewahren und müssen uns bewußt sein, daß man nicht durch jede Wand mit dem Kopf rennen kann. (Beifall.) Es sind

merkwürdige Vorschläge

gemacht worden in bezug auf das Arrangement solcher Massenstreiks. Einer unserer Freunde hat gesagt, es sei gar nicht notwendig, daß ein solcher Massenstreik im ganzen Reiche gleichzeitig ausbricht. Er müsse bald im Westen, im Osten und im Süden, im Norden losbrechen wie ein fliegendes Feuer. (Heiterkeit.) Das heißt, daß der Massenstreik so organisiert wird wie die K a i s e r r e i s e n. Trari, trara, bald hier, bald da! (Heiterkeit.) Das mag für jemand möglich sein, dem ein Automobil zur Verfügung steht, und der im Lande herumreisen kann. Der Massenstreik ist nur aus der Stimmung der Massen heraus möglich, aus der E m p ö r u n g im V o l k e. In bestimmte Portionen verteilt, heute am Rhein und morgen in Posen, darüber läßt sich im Ernste nicht reden. Dann will man von anderer Seite eine merkwürdige Methode anwenden, um die Massen zu begeistern. Was kommt denn für den Massenstreik für uns zunächst in Frage: ein scharf umrissenes Ziel, die **Eroberung des Wahlrechts in Preußen!** Was heißt das? Wir wollen die Möglichkeit haben, Vertreter ins Parlament zu schicken, damit sie dort für uns arbeiten. Um nun die Massen für diesen Kampf zu begeistern, setzt man zunächst den Parlamentarismus herab! (Sehr richtig und Heiterkeit), setzt Parlamentarismus gleich Kretinismus. Man fragt weiter: Ist denn im Parlament ein Vorteil für das Proletariat zu erringen. Nein, sagt man, deshalb müssen die Massen auf die Straßen gehen. Das ist eine Logik, die mir unverständlich ist. (Sehr richtig.) Ich will die Massen für etwas begeistern, das wir herunterreißen! Ich will sie begeistern für einen Kampf für das Wahlrecht, und um sie frisch und munter zu machen, setze ich das Parlament herunter und sage, das führe zum Kretinismus! (Sehr gut!) Dann braucht man doch nicht den Generalstreik oder Massenstreik, um solch ein wertloses Werkzeug zu erkämpfen, dann ist es doch besser, man spricht die ganze Wahrheit aus und geht aufs Ganze. Man sagt, im Parlament ist nichts mehr für das Proletariat zu erringen, deshalb müssen die Massen selbst auf dem Schauplatz erscheinen. Sie sollen sich in Bewegung setzen, sollen auf die Straße gehen, direkte Aktionen werden gefordert. Was heißt denn das und wozu führt das? Wenn man solche Redensarten gebraucht, dann muß man sich auch etwas darunter vorstellen. (Beifall.) Man hat gesagt: „Warum sind nicht bei dem **Besuche des Blutzaren** in Berlin republikanische Aktionen gemacht worden; wir haben 4 Millionen Sozialdemokraten, die ins Mauseloch kriechen, wenn der Zar kommt; wir hätten mehr Anhänger gewinnen können, wenn wir das und das gemacht hätten" . . . Ich kann erfreulicherweise feststellen, daß ich in meiner Bekanntschaft keinen Menschen habe, von dem ich annehmen könnte, daß er eine so feige Memme wäre, irgendwie ins Mauseloch zu kriechen, oder aber auch durch solche blutrünstigen Redensarten sich einschüchtern zu lassen. (Beifall.) Was heißt das: auf die Straße gehen, republikanische Veranstaltungen treffen? Das hört sich nett an für diejenigen, die sich im Augenblick nicht überlegen, was es bedeutet. Das würde geheißen haben, daß wir von den Massen verlangt hätten, auf die Straße zu gehen und irgend etwas zu unternehmen. Was hätte das bedeutet? Eine ganz s i n n l o s e D e m o n s t r a t i o n, bei der Tausenden von braven Arbeitern die Köpfe eingeschlagen worden wären. (Lebhafte Zustimmung.) Das hätte uns keine Freunde zugeführt, sondern uns eine ganze Anzahl von Leuten, die auf der Grenze stehen, und die wir erobern müssen, weggetrieben. Ich kann mir keinen so skrupellosen Menschen denken, der die Arbeiter durch eine sinnlose Demonstration so auf die Straße hetzen will, dazu ist mir das Blut der Arbeiter zu kostbar! (Lebhafter Beifall.)

Merkwürdig ist auch über den

Wert der Parteiorganisation

gesprochen worden. Der Stolz unserer Partei sind unsere Organisationen. Alle unsere Bruderparteien beneiden uns darum. Und wie hat man über diese Organisationen gesprochen? Man hat es so hingestellt, als ob sie geradezu Bremsklötze der Revolution geworden wären. Es käme nicht darauf an, wie stark sie sind im Vergleich zu den Nichtorganisierten, sondern darauf, daß die Partei kühn die Initiative ergreife, dann würden die unorganisierten Massen begeistert werden. Die unorganisierten Massen versagen nicht, sagt man, wenn ein politischer Feldzug scheitert, sondern die organisierte Partei und ihre Führer. D e r a r t i g e s m u ß s i c h d i e d e u t s c h e S o z i a l d e m o k r a t i e i n s G e s i c h t s a g e n l a s s e n. (Hört, hört!) Kautsky hat zutreffend bemerkt: für Abenteuer und Quertreibereien wird die wachsende Organisation ein Hindernis, aber dieser Nachteil ist zu ertragen. (Sehr gut!) Damit sind 99,99 Prozent der Parteigenossen einverstanden. (Beifall.)

Der Parteivorstand steht auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim, aber mit der Drucklegung jener Resolutionen ist diese Frage ebensowenig erledigt wie mit der Drucklegung der Resolution auf diesem Parteitag. In dieser Resolution ist die Rede davon, daß der Massenstreik nicht nur anzuwenden ist, um uns drohende Attentate auf bestehende Rechte abzuwenden, sondern gegebenenfalls neue Rechte zu erobern. Darauf beziehen wir uns ausdrücklich. Auf dieser damals beschlossenen Ansicht beharren wir auch heute noch. Es kann sich, wie die Dinge bei uns im Reiche liegen, natürlich nur um eine **Massenaktion** handeln im Hinblick auf das **preußische Wahlrecht**. Wir haben in den letzten Jahren, nachdem wir von der Abstinenz bei der Wahl abgekommen waren, uns an den Landtagswahlen beteiligt. Wir haben das Volk zu interessieren versucht, das an den Verhandlungen dieses merkwürdigen Parlaments bisher kein Interesse genommen hatte. Wir haben Flugschriften verteilt und in ganz Preußen Versammlungen abgehalten, wir haben große, imposante Straßendemonstrationen erlebt. Die Arbeit ist nicht ganz vergeblich gewesen, wir haben auch höher hinauf eine ganze Reihe von Leuten mit der Nase auf die Verhältnisse gestoßen, **die so bedrohlich sind für die Leute die sich weigern, dem Volke die ihm zustehenden Rechte zu geben.** Wir haben die Thronrede von 1908 erlebt, in der die **Wahlreform angekündigt** wurde als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Wir haben die verunglückte Wahlrechtskomödie von 1910 erlebt und schließlich den Ausgang der letzten Landtagswahlen. Denn das scheint in der Tat **aussichtslos, daß auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts die Frage aus dem Landtage selber heraus gelöst werden kann.** Eben deshalb unsere Parteitagsbeschlüsse von Jena und Mannheim.

Wir werden den Massenstreik haben,

aber wir wollen uns an das halten, was unser B e b e l gesagt hat: **Der Massenstreik ist die ultima ratio der Sozialdemokratie.** (Sehr richtig!) A l l e s z u s e i n e r Z e i t! Wir müssen uns klar sein, daß von der Frage, die uns jetzt beschäftigt, unter allen Umständen geschieden werden muß die Frage des Massen- oder Generalstreiks, der bezeichnet worden ist als ein aus dem Volk heraus wachsendes Elementarereignis, das zu weiteren inneren scharfen Zusammenstößen und schließlich zu einer allgemeinen Entscheidung führen soll. Wir wollen nicht vergessen, daß wir eine Partei sind, die d e m o k r a t i s c h ist, die zunächst eine Partei der Minderheit, wenn auch einer sehr großen ist. Keiner wird daran denken, daß wir etwa verlangen, daß die Mehrheit die Politik der Minderheit machen soll, daß wir durch eine große Aktion der Minderheit die Mehrheit aufzwingen wollen. Das wäre undemokratisch. Es kommt an auf eine scharf abgegrenzte selbstbewußte, auf ein bestimmtes Ziel gerichtete politische Aktion. In einem solchen Kampfe können wir uns auch auf den von mir schon angerufenen K ö n i g v o n P r e u ß e n beziehen. Ihm können wir zurufen, wir kämpfen für ein Wahlrecht, von dem er selbst gesagt hat, daß es dringend reformbedürftig ist. Wir können auch den Ministern zurufen, daß es sich um ein Wahlrecht handelt, daß die Minister von der Schmach befreit, daß sie bei der Dreiklassenwahl in der dritten Klasse wählen und ehrlose Vorbeiwirte in der ersten.

Wir müssen der ganzen Bourgeoisie zurufen: **Wir machen jetzt Ernst mit dem, was Ihr angeblich wollt, mit dem Kampf für das gleiche Recht, mit dem Kampf für das freie Wahlrecht! Wir müssen dem ganzen Volke zurufen: Wir kämpfen hier nicht nur für etwas, was der Sozialdemokratie nutzen soll, sondern wir kämpfen für das ganze Volk, für die Freiheit aller, für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller! Selbstverständlich werden wir in einem solchen Kampfe, der aus der Situation herauswächst und herauswachsen muß,**

drei Viertel des deutschen Volkes hinter uns

haben. Aber sind wir h e u t e schon soweit, daß wir einen solchen Kampf wagen können? Heute sind wir noch nicht soweit, werden Sie sagen. (Sehr richtig!) Nun ist gesagt worden: ja, wann denn? Wenn wir heute noch nicht soweit sind, so werden wir niemals dazu kommen. Das ist eine unbegreifliche Verkennung der Tatsachen. (Sehr richtig!) Das setzt voraus, daß man das deutsche Volk und die deutschen Arbeiter so niedrig einschätzt, wie man sie nicht einschätzen sollte. Ich sage: Wir werden den Massenstreik haben in der Stunde, die es uns gebietet, den Kampf zu führen! **Keiner kann glauben, daß sich das deutsche Volk, das preußische Volk auf die Dauer alles gefallen lassen wird.** (Sehr richtig!) Ich habe schon gesagt, wie wenig zeitgemäß sich die Debatte über den Massenstreik gehalten hat. **Aber noch schlimmer erscheint mir allerdings die geflissentliche Angstmacherei und Bangemacherei** (Lebhafte Zustimmung), dazu ist gewiß keine Ursache vorhanden. Diese Bangemacherei könnte schließlich zur Hoffnungslosigkeit oder Anarchie führen, und dazu liegt gar kein Grund vor. Wenn wir angewiesen wären auf die Gnade und Barmherzigkeit unserer großmächtigen Herrschaften, unserer Minister B e t h m a n n und D a l l w i t z, dann wären wir längst erledigt. Die Herrschaften wissen, daß sie mit uns zu rechnen haben als mit einer ganz realen Macht. Daß wir uns kräftig rühren, daß unsere Partei gedeiht, das ist ein Zeichen unserer wachsenden Macht, das legt uns aber auch die Verpflichtung auf, die Augen offen zu halten, die Volksstimmung nicht gegen uns aufzubringen, sondern sie immer mehr für uns zu gewinnen, also keine Dummheiten zu machen, keine unüberlegten Handlungen zu begehen in einer Zeit, die noch nicht reif ist für das, was wir wollen. Die beste Vorarbeit für entscheidende Kämpfe im Interesse der Demokratie und des Sozialismus ist

Aufklärungsarbeit und Organisationsarbeit!

(Lebhafte Zustimmung.) I c h h a l t e e s f ü r f a l s c h, f ü r d e n M a s s e n s t r e i k b e s o n d e r e P r o p a g a n d a z u t r e i b e n. Ich halte es für richtig, S o z i a l i s m u s zu lehren, grundsätzliche sozialdemokratische Agitation zu betreiben, die Arbeitermassen zum Klassenbewußtsein zu führen. Dann erübrigt sich das andere ganz von selbst. Die Arbeiter zum Klassenbewußtsein zu bringen, heißt, daß sie die Notwendigkeit des Klassenkampfes erkennen lernen. Wir wissen alle aus jahrzehntelanger Erfahrung, daß der klassenbewußte Arbeiter sich bewußt ist, daß wir schweren Kämpfen entgegengehen, daß es schwerer Kämpfe bedürfen wird, bis dem Sozialismus zum Heile der Völker der Sieg errungen werden kann. Der klassenbewußte Arbeiter weiß aber auch, daß man nicht mit dem Feuer spielen darf. Er weiß, daß er in der Stunde der Not, in der Stunde der Notwendigkeit mit seiner ganzen Existenz, mit Leib und Leben einzutreten hat für das, was er für richtig hält, was seine Ueberzeugung ist. (Sehr wahr!) Je kritischer die Situation, um so klarer muß die Erkenntnis von der Notwendigkeit unerschütterlicher Disziplin sein. Wir haben mehrfach Situationen gehabt, namentlich in Preußen, die kritisch genug gewesen sind, wo man von oben herunter **brutal eingegriffen** hat, und wenn es bisher nicht zu Blutvergießen gekommen ist, wenn wir aus allen den schweren Komplikationen in unblutiger Weise herausgekommen sind, dann hat es an der deutschen Sozialdemokratie, an ihrer e i s e r n e n D i s z i p l i n gelegen. (Zustimmung.) Daran will ich Sie absichtlich erinnern, um die Bedenken derjenigen zu zerstreuen, die immer denken, daß ein Massenstreik nicht denkbar sei ohne Blutvergießen. Davon braucht meines Erachtens keine Rede sein. Daß man solche großen Streiks durchführen kann ohne Zusammenstöße und ohne Blutvergießen, das haben uns die K ä m p f e i n B e l g i e n mit aller Deutlichkeit gezeigt. Es ist also nicht absolut notwendig, daß ein Zustand der Verwirrung und Disziplinlosigkeit eintritt, sondern es ist möglich, daß solche schweren Kämpfe ohne derartige Komplikationen durchgeführt werden. Aber das setzt musterhafte Disziplin voraus. Derjenige irrt sich, der da glaubt, man könne den Massenstreik vorbereiten durch die Lockerung der gewerkschaftlichen Disziplin, durch das Ausspielen der Massen gegen die Führer, durch die Verherrlichung der unorganisierten Masse, die bestimmt sei, alles Große in der Welt zu erreichen. Wo Disziplin und Ordnung vorhanden sind, wo der glatte Aufmarsch, das Zusammenwirken aller Faktoren besteht, da nur können solche großen Kämpfe erfolgreich sein. Es ist selbstverständlich notwendig, daß die Massen dabei einig sind mit den Führern. Es wäre traurig um die Partei bestellt, wenn bei der jetzigen Situation nicht immer wieder aus den Massen heraus der Ruf käme: Gibt es keine Möglichkeit, wie wir schneller aus diesen Zuständen herauskommen können?! (Lebhaftes Sehr wahr!) **Kein Zweifel, daß der Unwille, die Empörung der Massen wachsen.** Sie werden um so schneller wachsen, je hartnäckiger man dem Volke die Rechte verweigert, die ihm zustehen. Nichts anderes verlangen wir ja zunächst, als die

Gleichberechtigung aller.

Deshalb rufe ich den herrschenden Gewalten zu, sie sollen **nicht ihre Hoffnung setzen auf die Langmut des preußischen und deutschen Volkes.** Damit werden sie eine Verantwortung auf sich laden, die sie unter keinen Umständen tragen können. Wenn wir in allen diesen Auseinandersetzungen hinweisen speziell immer auf die Hauptschuldigen in Preußen, auf das Junkerregiment, so sind das gewiß die Hauptschuldigen, aber ziemlich dasselbe gerüttelte Maß von Schuld liegt auf dem **deutschen Bürgertum.** (Sehr richtig!) Eine Bourgeoisie wie die deutsche, die solche Fülle von Macht repräsentiert, hat k e i n R e c h t z u h e u l m e i e r n und zu sagen, „wir möchten gern Reformen, aber wir sind nicht imstande, sie durchzusetzen". **Ein Bürgertum, das in Preußen-Deutschland die Macht haben will, hätte die Möglichkeit dazu.** (Sehr richtig!) Woher kommt der ganze erbärmliche Zustand, unter dem wir leiden? Daher, daß die Bourgeoisie jahrzehntelang die Junker hat wirtschaften lassen, daß sie den Kampf für die von ihr angeblich vertretenen Grundsätze nicht durchgeführt hat. Und dafür gibt es eine plausible Erklärung. Wir wissen ja, daß schließlich die Kerntruppe der Bourgeoisie viel lieber mit den Junkern zusammengeht, als daß sie der anwachsenden Sozialdemokratie, den Proletariermassen gleiche Rechte einräumte. (Sehr richtig!) Wenn das deutsche Bürgertum schweren Kämpfen, die es weit schwerer treffen könnten als das Junkertum, aus dem Wege gehen will, dann soll es sich darauf besinnen, was seine Pflicht und Schuldigkeit ist. Dann soll es helfen, daß wir das Wahlrecht in Preußen recht bald erkämpfen können. (Lebhafte Zustimmung.) Daß wir in den Wahlrechtskämpfen siegen werden und siegen m ü s s e n, das steht fest. Das wissen wir, das wissen aber auch unsere Gegner. Wir können Fehlschläge, wir können Niederlagen erleiden, aber die Sache, die wir vertreten, wird sich durchsetzen, weil sie sich durchsetzen muß. An uns ist es, alle Kraft daran zu setzen, uns so stark zu machen, daß wir vor keinem Kampf zurückschrecken brauchen. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen auch die Resolution zur Annahme, die Ihnen der Parteivorstand vorgelegt hat. Diese Resolution ist scharf angegriffen worden. Das haben wir vorausgesehen, damit haben wir von vornherein gerechnet. Ich will Ihnen aber sagen, daß es uns dabei nicht auf große Worte, nicht auf drohende Gesten ankommt, sondern auf die Möglichkeit, das in die Tat umzusetzen, was wir zu Papier gebracht haben. (Sehr richtig!) Wichtige Anklagen haben wir gehört in Verbindung mit den Angriffen auf die Resolution. In den Artikeln schwirrte es nur immer so herum von Worten wie Kapitalismus und Sozialismus, Imperialismus, [illegible] (Heiterkeit), Wahlrechtsdemonstration usw. [illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

nossen, die das geschrieben haben: halten Sie uns denn wirklich, um das Wort einer Genossin auf einem früheren Parteitage zu gebrauchen, für sozialdemokratische Säuglinge (Heiterkeit), daß wir das nicht auch alles wissen, was hier auf dem Spiele steht, daß wir nicht auch alle die politische Situation kennen und sehen, wie sich der Kapitalismus konzentriert und die Absicht wächst, die Arbeiterklasse niederzuhalten? Das haben wir auch gewußt und ich spreche in dieser Versammlung kein Wort darüber. Ich halte es einfach für deplaciert, das ABC der Sozialdemokratie vor Vertrauensleuten der Arbeiterschaft, die an die höchste Stelle der Partei gestellt worden sind, zu erörtern! Selbstverständlichkeiten brauchen wir uns gegenseitig nicht zu sagen. (Sehr richtig!) Es ist gesagt worden, die Resolution sei weiße Salbe, sie sei das Produkt mangelnder Fühlung der Parteileitung mit den breiten Massen der Parteigenossen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! (Sehr richtig!) Ueber Massenstreiks und Massen haben am meisten diejenigen geredet und geschrieben, die mit diesen Massen die wenigste Fühlung haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wer uns nachsagt, daß wir mit der Masse keine Fühlung haben, der sollte den Nachweis dafür versuchen. Wir sind das ganze lange Jahr nicht nur in der Masse selber drin, sondern haben fortlaufende Verbindung mit ihr durch die Vertrauensleute. Wer sagen will, wir wüßten nicht, wie es in Rheinland-Westfalen, im Osten und Westen aussieht, dem sagen wir, wir haben doch auch den Parteiausschuß, den Sie uns als treuen Ratgeber zur Seite gestellt haben. Mit solchen Redensarten soll man uns also gefälligst vom Leibe bleiben. Wir kennen die Massen besser als diejenigen, die revolutionäre Artikel schreiben, mit denen man aber keine Massenbewegung machen kann. Ich kann Ihnen sagen, daß die Resolution, die als „weiße Salbe" bezeichnet worden ist und als Produkt einer mangelnden Fühlung mit den Massen, daß **diese Resolution das Produkt ernster Beratungen nicht nur des Parteivorstandes und Parteiausschusses war, sondern das Produkt und die Vereinbarung aller der für die moderne Arbeiterbewegung in Frage kommenden Instanzen, abgesehen vom Parteitag.** (Hört! hört!) Deutlicher will ich nicht werden, aber ich hoffe, daß mich die Genossen verstehen, wenn ich sage, **alle Körperschaften stehen dahinter, die bei einem Massenstreik überhaupt in Betracht kommen können.** (Bewegung.)

Das bitte ich zu berücksichtigen, und wenn Ihnen das bekannt ist, so glaube ich, dürfen Sie auch mit Vertrauen dieser Resolution zustimmen. Es kommt nicht an auf klingende Worte, sondern auf **entschlossene Taten.** Dazu sind wir bereit, aber nicht dazu, etwas zu unternehmen, was wir für eine Torheit halten. Ich bin der Meinung, daß man große entscheidende Taten nicht vorbereiten kann und vorbereiten braucht durch Reden und Zeitungsartikel, sondern daß man solche entscheidende Taten am besten durch praktische Arbeiten vorbereiten muß. (Sehr gut!) Das heißt arbeiten an der immer größeren Festigkeit unserer Organisation und durch Bildung unserer Genossen zu zielklaren, klassenbewußten Sozialdemokraten. So wollen wir weiter arbeiten wie bisher, systematisch wie bisher, aber den Blick fest auf das Ziel gerichtet in Einigkeit und Kampfbereitschaft. (Lebhafter Beifall.)

Otto Braun

erstattet den Kassenbericht: Auch auf dem Gebiet des Kassenberichts ist das verflossene Geschäftsjahr mehr ein Jahr der inneren Ruhe und der inneren Festigung gewesen. Das Ergebnis ist nicht befriedigend, wir haben abgeschlossen mit einem **Ueberschuß von etwa 394 000 M.** und haben 315 000 M. zum Vermögen nehmen können. Das ist keineswegs ein zu hoher Ueberschuß. Angenommen, wir würden in vier Jahren der Ruhe wirklich den gleichen Ueberschuß erzielen, so würden wir für die nächste Reichstagswahl etwa 1 260 000 M. zurückgelegt haben. Nun werden aber die Anforderungen an die Hauptkasse von Wahl zu Wahl größer. Im Jahre 1903 haben wir aus der Hauptkasse 282 000 M. zugezahlt, im Jahre 1907 waren es bereits 459 000 M. und im Jahre 1912 sogar 910 000 Mark. Wenn die Steigerung in dem gleichen Verhältnis weiter fortschreitet, dann ist es klar, daß Rücklagen, wie wir sie in diesem Jahr gemacht haben, nicht ausreichen. Dazu kommt, daß man jetzt viel von revolutionären Aktionen spricht, bei denen die Massen in Bewegung gesetzt werden sollen. Aber gerade die Erscheinungen im Auslande, auf die man immer hinweist, lehren doch, daß man solche Kämpfe nicht nur mit Begeisterung und Elan führen kann, sondern daß auch ein voller Geldbeutel dazu gehört. (Sehr richtig!) Die Beitragsabführung an die Hauptkasse ist im letzten Jahre etwas besser geworden, aber es gibt immer noch Kreise, die die im Statut vorgeschriebenen 20 Proz. nicht abführen. 63, darunter gut organisierte Kreise, sind mit mehr als 10 M. unter dem Pflichtsatz geblieben. Als wir diesen Kreisen zum Bewußtsein brachten, daß sie, wenn sie ihre Pflicht nicht erfüllen, auch kein Recht auf eine Vertretung auf dem Parteitag haben, haben sie sich beeilt, schnell eine kleine Summe einzuschicken, um wenigstens einen Delegierten hier zu haben. (Hört! hört!) Ein solches Verfahren ist ganz unzulässig. (Sehr richtig!) Ich richte an die Genossen dieser Kreise die Aufforderung, ihr Finanzgebaren so einzurichten, daß sie ihren Pflichten der Hauptkasse gegenüber in vollem Umfange nachkommen können. (Sehr gut!) Den 63 Kreisen, die weniger abgeführt haben, stehen nur 15 gegenüber, die mehr als 10 M. über den Pflichtsatz abgeführt haben, an der Spitze die **8 Berliner Kreise** mit 66 000, die drei **Hamburger** mit 48 000 M. mehr. Auch **Leipzig** und **Chemnitz** haben erheblich über dem Pflichtbeitrag abgeführt, aber es machen sich besonders in Berlin und Hamburg schon Gegenströmungen bemerkbar, die dahin gehen, in Zukunft der Hauptkasse auch nur die 20 Proz. zu zahlen. Wenn diesen Strömungen auch widersprochen wird, so werden wir doch bis zu einem gewissen Grade damit rechnen müssen, daß die Zahl der Kreise, die mehr als 20 Proz. abführen, in Zukunft geringer wird, und wir müssen deshalb das Hauptgewicht darauf legen, daß alle Kreise ihre volle Pflicht erfüllen.

Die gesamten Kreisorganisationen haben im vorhergehenden Geschäftsjahr 1912 an Mitgliederbeiträgen eingenommen 3 080 865,86 Mark, im Berichtsjahre 1913: 2 754 072,85 Mk. Da das Berichtsjahr sich nur auf 9 Monate erstreckt, müßten wir ein Drittel zu dieser Summe hinzurechnen, wir kämen dann auf eine Einnahme von 3 672 097,13 Mk., d. h. auf eine Steigerung um rund 591 000 M. oder um 19,2 Proz. Vergegenwärtigt man sich, daß wir nur eine Mitgliederzunahme von 1,3 Proz. haben, so ergibt sich daraus, daß die **tatsächliche Mitgliederzunahme** an der Hand der Beiträge berechnet doch **eine größere** ist, als aus den Angaben in dem Fragebogen hervorgeht. Selbst wenn man berücksichtigt, daß einzelne Kreise ihre Beiträge erhöht haben, kommt noch immer eine

Steigerung von etwa 10 Proz.,

die sich aus der größeren Mitgliederzahl resp. aus der besseren Einkassierung der Beiträge ergibt. Dazu kommt, daß noch immer einzelne Kreise nur den Beitrag an die Kreiskasse in die Fragebogen einsetzen, während die Prozente der Ortskassen einfach ausfallen. Es ist deshalb nicht möglich, aus der Beitragssumme die genaue Mitgliederzahl zu bemessen. Zweifellos ist die **Mitgliederzunahme viel zu gering.** Das liegt in der Hauptsache an der **wirtschaftlichen Krise,** die jetzt im Anzug ist und die in den Industriezentren und den Großstädten heute schon mit großer Wucht eingesetzt hat. Ein Vergleich mit der vorhergehenden Krisis der Jahre 1907 bis 1909 ergibt, daß wir dort ganz dieselben Erscheinungen in bezug auf die Mitgliederbewegung zu verzeichnen hatten, wie sie jetzt wieder zutage treten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wir damals das Wahljahr 1907 mit seiner aufpeitschenden Wirkung hinter uns hatten. Sie wissen, daß das Wahlresultat die Genossen nicht befriedigte und sie anfeuerte, mit aller Macht sich der Organisationsarbeit zuzuwenden. Wir wissen auch, daß das Wahljahr 1912 mit seinem riesigen Erfolge bis zu einem gewissen Grade auf die organisatorische Arbeit etwas lähmend wirkte. Also unsere Gegner, die sich schon wieder einmal anschicken, wie 1907 über Stillstand und Rückschritt der Sozialdemokratie zu phantasieren, werden sehen, daß sich ihre Hoffnungen nicht erfüllen. Allerdings ist es notwendig, daß wir mit aller Kraft nach dieser Richtung einsetzen, um in der Organisationsarbeit unseren Mann zu stellen. (Bravo!) Wir haben dann untersucht, ob vielleicht unser Verwaltungssystem hier und da die geringe Mitgliederzunahme erklärt. Wir haben zu ermitteln gesucht, in welcher Form in den einzelnen Organisationen die Beiträge eingezogen werden, wo Hauskassierung besteht, und wie es sich in den einzelnen Kreisen mit der Mitgliederfluktuation verhält. Die Fragebogen sind leider nicht alle prompt eingegangen, es ergibt sich aber daraus immerhin, daß die Zahl der Kreise, die die Hauskassierung eingeführt haben, wider Erwarten groß ist. Die Zahl beträgt 265. Von diesen haben 104 oder 39,2 Proz. Mitgliederverluste zu verzeichnen. 35 Kreise ziehen die Beiträge in Zahlabenden ein und von den Restanten zum Teil durch Hauskassierung. Von diesen hatten 19 oder 51,4 Proz. einen Mitgliederverlust. In den Kreisen mit Hauskassierung sind 15,4 Proz. Mitgliederzunahme und 12,5 Prozent Verlust zu verzeichnen, der absolute Gewinn beträgt also 2,7 Proz. In den Kreisen mit Zahlabenden und teilweiser Hauskassierung der Restanten ergibt sich ein Gewinn von 16 Proz., ein Verlust von 18 Proz., ein absoluter Verlust von 3 Proz., so daß also der ganze Verlust hauptsächlich auf die Kreise entfällt, wo die Hauskassierung nicht vollständig durchgeführt ist. Es können also bis zu einem gewissen Grade auch durch Verwaltungsmaßnahmen die Mitgliederzahlen stabil gehalten und die Fluktuation verringert werden. Aber das darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Hauptursache der geringen Mitgliederzunahme zweifellos in der wirtschaftlichen Krisis zu suchen ist. Das geht auch aus dem

Abonnentenstand der Presse

hervor. Die Abonnentenzahl hat absolut abgenommen. Wir hatten 1911/12 89 Blätter, 1912/13 92 Blätter, aber die Zahl der Abonnenten ist von 1 478 042 auf 1 465 212 gesunken. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß man in knappen Zeiten in Arbeiterfamilien bei den Dingen zu sparen anfängt, die nicht zum unmittelbaren Lebensunterhalt gehören, und da wird zuerst auch bei der Presse gespart, es halten oft zwei Familien zusammen nur noch ein Blatt.

Die Zahl der **in Parteibetrieben Beschäftigten** stellt sich auf 11 089. Dieses große Heer von Beschäftigten zeigt, welchen Umfang unsere Parteibetriebe angenommen haben. An **Zuschüssen für die Presse** haben wir 72 800 M., d. h. in 9 Monaten mehr als in 12 Monaten des vorhergehenden Jahres bezahlt, wo diese Summe nur 70 000 M. betrug. An Darlehen für den Ausbau von Parteigeschäften haben wir 896 000 M. gegen 225 000 M. gegeben, und wir haben weiter für diesen Zweck in den ersten 5 Monaten des laufenden Geschäftsjahres fast ebensoviel aufgewandt wie in den ganzen 9 Monaten des vorhergehenden Jahres. Trotz alledem wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir auf diesem Gebiete noch nicht genug getan haben. Dieser Vorwurf ist z. B. erst in der vorigen Woche von dem Vertreter des bayrischen Landesvorstandes auf dem Bezirkstag für die Pfalz erhoben worden. Es ist nicht Aengstlichkeit, die uns davon abgehalten hat, gewisse Neugründungen von Geschäften zu unterstützen, sondern die Gewissenhaftigkeit, zu der wir der Gesamtpartei gegenüber verpflichtet sind. In Kaiserslautern fehlen die Voraussetzungen für ein selbständiges Blatt, und deshalb haben wir den Genossen geraten, erst durch ein Kopfblatt von Ludwigshafen den Weg zu einem selbständigen Geschäft zu ebnen. Gerade die bayerischen Genossen haben am allerwenigsten Grund, über mangelhaftes Entgegenkommen des Parteivorstandes zu klagen. Auf dem Gebiet der Presse geht es genau so wie auf allen anderen. Wollten wir alle Wünsche erfüllen, dann würden nicht nur unsere ganzen Einnahmen, sondern auch die Reserven draufgehen, und Sie müßten sich dann ein wahres Pumpgenie zum Kassierer wählen. (Heiterkeit.) Die Bureaukraten im Parteivorstand haben eben die undankbare Aufgabe, alle diese hochfliegenden Wünsche auf das Vernünftige oder sagen wir höflicher, auf das realisierbare Maß zurückzuführen. Wenn man von Aengstlichkeit reden will, dann könnte man mit weit mehr Recht von der übergroßen Aengstlichkeit mancher Geschäftsführer in bezug auf die Verzinsung und Rückzahlung von Darlehen sprechen. (Heiterkeit.) Darunter sind Parteigeschäfte, die das Geld zur Rückzahlung bereits auf die hohe Kante gelegt hatten und es auf der Bank liegen lassen wollen, wo es Zinsen trägt. (Hört! hört!) Als wir Rückzahlung verlangten, schrieb uns z. B. ein Geschäft: Sie sollten sich doch freuen, daß unser Geschäft sich so vorzüglich entwickelt hat, und nun verlangen Sie noch das Geld zurück. (Große Heiterkeit.) Gewiß, wir freuen uns, wenn sich die Geschäfte durch unsere Hilfe so vorzüglich entwickelt, aber die Geschäfte sollten auch der Amme gedenken, an deren Brüsten sie in der Säuglingszeit ihres Geschäfts gelegen haben. (Heiterkeit.) Solange der Gebärstreik noch nicht auf die Gründung von Geschäften übergegriffen hat, werden wir damit rechnen müssen, daß die Genossen noch immer selbständige Parteigeschäfte ins Leben rufen und dann schließlich der Hauptkasse überlassen, sie zu ernähren. Wo die genügenden Voraussetzungen fehlen, da greifen diese Geschäfte dann mangels genügender Nahrung sofort wieder zu den Brüsten der altbewährten Amme, der Hauptkasse. Soll die Hauptkasse diesen Anforderungen gerecht werden, dann müssen wir entsprechende Auffüllung verlangen. Wir werden über kurz oder lang ernstlich zu erwägen haben, ob nicht durch gut prosperierenden Parteigeschäften, die oft erst durch die tatkräftige Hilfe der Gesamtpartei auf den jetzigen Stand gebracht worden sind, wenigstens die moralische Pflicht auferlegt werden sollte, erhebliche Beiträge ihrer Ueberschüsse an die Hauptkasse abzuführen. Im übrigen müssen wir unser Hauptaugenmerk auf eine Erhöhung der regelmäßigen Beitragseinnahmen richten, und das ist nur möglich, wenn es uns gelingt, die Mitgliederzahl zu vermehren. (Sehr richtig!) Den mehr als 2 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern stehen kaum 1 Million Parteimitglieder gegenüber. Es ist also noch ein großes Feld zu beackern. Wollen wir Erfolge erringen, dann aber dürfen wir die Erfolge unserer Genossen im Parlament nicht verkleinern und herabsetzen. Wir sollten uns deshalb vor Aeußerungen hüten, aus denen nicht nur die Organisierten, sondern auch die Unorganisierten leicht eine Herabsetzung des Wertes der Organisation herauslesen können. Der Fortbestand und die Entwickelung unserer Organisationen sind nur gesichert durch die Arbeit der Tausende von Genossen, die als Funktionäre tagaus, tagein, durchdrungen von der Siegessicherheit des Sozialismus, die mühsame Kleinarbeit leisten, ihre kärglichen Mittel, die wenigen Mußestunden, die ihnen die kapitalistische Fron läßt, ja einen großen Teil ihres Familienglücks opfern. (Bravo!) Gerade dieser großen Zahl von Mitarbeitern sind wir Dank schuldig. Diese große Zahl der kleinen Funktionäre beweist mindestens ebensoviel Idealismus und Opferfreudigkeit und Begeisterung für unsere Sache, wie jene Parteigenossen, die in großen Massenversammlungen, umbraust von dem jubelnden Beifall der Massen, die Massen gegen die Führer aufrufen oder in wohlstilisierten Artikeln den Wert der Organisationsarbeit herabmindern. (Sehr wahr!) Wir wollen uns nicht durch Ungeduld von den alten Bahnen ablenken lassen. Wir wollen unsere Organisationen weiter ausbauen und die Ungunst der Verhältnisse durch doppelte Kraftanstrengung wettmachen. Parole für das laufende Jahr muß sein: Auf! Der ersten Million Parteimitglieder entgegen! (Lebhafter Beifall.)

Es folgt der

Bericht der Kontrollkommission.

Referent ist Genosse

Brühne:

Die Kontrollkommission hat im letzten Jahre einen sehr schweren Verlust erlitten. (Der Parteitag erhebt sich von den Sitzen.) Unser alter, von der Pike auf gedienter und in den schweren Zeiten des Sozialistengesetzes erprobter Genosse **August Kaden** ist in Dresden am 21. Juni gestorben. Seit 1890 gehörte er der Kontrollkommission an. Alle, die ihn kannten, liebten ihn wegen seiner geraden, offenen Ansichten. Unsere Parteigenossen in Dresden können sein Andenken nicht besser ehren, als dadurch, daß sie seinen alten Wahlkreis mit großer Mehrheit wieder erobern. — Die Prüfung der Kassengeschäfte des Parteivorstandes, des „Vorwärts", des Pressebureaus, der sozialdemokratischen Parteikorrespondenz, des Parteiarchivs, des Bildungsausschusses, der Parteischule, der Jugendzentrale, des Dietzschen Verlages in Stuttgart sowie des Rheinisch-westfälischen Bureaus hat zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. Die Kontrollkommission hat ihre Aufmerksamkeit der gesamten Tätigkeit der Parteiinstitute zugewendet und der dadurch gewonnene Einblick hat Anlaß zu eingehendem Meinungsaustausch mit dem Parteivorstand und zu mancherlei Anregungen der Kontrollkommission gegeben. Da die Leistungen der staatlichen Angestelltenversicherung äußerst mangelhaft sind, ist die Regelung getroffen worden, daß den an der oberen Grenze der Versicherungspflicht befindlichen Angestellten im Parteivorstand durch eine entsprechende Zulage eine bessere Fürsorge anderer Art durch Abschluß einer privaten Versicherung zu ermöglichen. Die Kontrollkommission hatte sich mit zwei Beschwerden gegen den Parteivorstand zu beschäftigen. Genosse Mehring-Berlin-Steglitz beschwerte sich über den Parteivorstand und dann auch über den Genossen Kautsky. Genosse Mehring versandte am 10. Februar d. J. durch das Pressebureau drei Artikel, die den wesentlichen Inhalt eines von der Genossin Luxemburg im Vorwärtsverlag veröffentlichten wissenschaftlichen Werkes zusammenfaßten. Der Parteivorstand erklärte in einem Rundschreiben an die Parteipresse die Veröffentlichung dieser Artikel durch das Pressebureau als eine unzulässige mißbräuchliche Benutzung des Pressebureaus. Gegen diese Erklärung des Parteivorstandes erhob Genosse Mehring Beschwerde bei der Kontrollkommission und begründete sie damit, daß er sich zu der Veröffentlichung seiner Artikel durch das Pressebureau für berechtigt hielt, da der Parteivorstand im vorigen Frühjahr sogar die Verbreitung persönlicher Angriffe Kautskys gegen ihn genehmigt hätte. Dann beschwerte sich Genosse Mehring darüber, daß der Parteivorstand nicht gemäß der ihm vom Jenaer Parteitag 1905 auferlegten Pflicht gegen den Artikel eingeschritten ist, den Genosse Kautsky in Nr. 23 der „Neuen Zeit" unter dem Titel „Parteipolemik" veröffentlicht hatte. Die Kontrollkommission hat Kläger, Beschuldigte und Zeugen vernommen. I. Mehring verlangte von der Kontrollkommission 1. den Vertrieb seiner Artikel über das Buch der Genossin Luxemburg für zulässig zu erklären, 2. für den Fall, daß die Kontrollkommission in dem Vertrieb der Artikel eine mißbräuchliche Benutzung des Pressebureaus erblicken sollte, einen Tadel auszusprechen, weil er im vorigen Jahre die Verbreitung der Kautskyschen Erklärung und der Mehringschen Erwiderung durch das Pressebureau genehmigt hat. II. Mehring ersucht die Kontrollkommission, den Parteivorstand zu einer unzweideutigen Erklärung darüber zu veranlassen, ob er es gebilligt hat, daß Kautsky, nachdem Mehring einige dem Parteivorstand mißfällige Artikel veranlaßt hat, von Mehring eine Einschränkung der publizistischen Befugnisse beanspruchte. III. Mehring beschwert sich darüber, daß der Parteivorstand nicht gemäß dem Jenaer Beschluß gegen den Artikel Kautskys „Parteipolemik" eingeschritten ist. — Die Kontrollkommission hat entschieden: I.: Auf Grund des § 5 Abs. 2 der Bestimmungen über die Einrichtungen des Pressebureaus, beschlossen zu Essen 1907 („ausgeschlossen von der Tätigkeit des Pressebureaus ist die Lieferung politischer Leitartikel sowie die Behandlung parteitaktischer und parteitheoretischer Fragen") verurteilt die Kontrollkommission jede Benutzung des Pressebureaus zur Versendung der oben gekennzeichneten Artikel und hält sowohl die Versendung der Artikel von Kautsky und Mehring im vorigen Jahr als derjenigen Mehrings in diesem Jahr für unzulässig. Es wurde festgestellt, daß Mehring die Versendung seiner Artikel über das Buch der Genossin Luxemburg durch den Leiter des Pressebureaus nicht als eine mißbräuchliche Benutzung dieser Institution betrachtet hatte. Diese Auffassung wird dadurch bestätigt, daß der Parteivorstand seinen Tadel nicht gegen den Genossen Mehring gerichtet hat.

Die Kontrollkommission bedauert im übrigen, daß die Redaktion des „Vorwärts" in dieser Sache ohne Wissen des Parteivorstandes ein Zirkular des Parteivorstandes zum Abdruck gebracht hat, das nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, denn dadurch verschärfte sie den an sich geringfügigen Streit ganz erheblich.

II. Die Kontrollkommission hat von der Erklärung des Genossen Haase als Vorsitzenden des Parteivorstandes Kenntnis genommen, daß der Parteivorstand seinerseits nicht daran gedacht hat, die publizistische Befugnis des Genossen Mehring in der „Neuen Zeit" einzuschränken, daß er aber auch in der vom Genossen Kautsky vorgeschlagenen Neuregelung des Redaktionsverhältnisses betreffend Mitarbeit des Genossen Mehring keine solche Einschränkung erblicken konnte.

Die entgegenstehende Auffassung des Genossen Mehring darüber erklärt sich wesentlich dadurch, daß seine Stellung, die bisher auf „freundschaftlichem Verstehen" mit der Redaktion beruhte, eine Aenderung erfahren sollte, die er als eine Beeinträchtigung seiner bisherigen Stellung betrachtete, wie sie sich durch ein langjähriges, niemals beanstandetes Gewohnheitsrecht gebildet hatte.

Nachdem der Parteivorstand auf Grund der geschehenen Aussprache erklärt hat, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Mehring und der „Neuen Zeit" in Aussicht zu nehmen, kann die Kontrollkommission der Entscheidung des Parteivorstandes nicht vorgreifen.

III. Die Kontrollkommission ist der Anschauung, daß die Beschlüsse des Jenaer Parteitages 1905 dem Parteivorstand nicht das Recht gaben, gegen den Genossen Kautsky wegen seines in Nr. 23 veröffentlichten Artikels „Parteipolemik" einzuschreiten. Diese Beschwerde ist daher unbegründet.

Eine weitere Beschwerde lag vor von dem Genossen Julian Borchardt in Großlichterfelde. Er führte Beschwerde gegen den Parteivorstand, weil dieser in dem gegen Borchardt schwebenden Schiedsgerichtsverfahren den dritten Berliner Wahlkreis mit der Ernennung der drei Beisitzer zum Schiedsgericht beauftragt hat. Borchardt verlangt in seiner Beschwerde, die Kontrollkommission solle den Beschluß des Parteivorstandes aufheben und die Ernennung der beiden Beisitzer durch die beiden beteiligten Kreise, den dritten und vierten Wahlkreis, vornehmen lassen. — Nach unserem Organisationsstatut kann jede Parteiorganisation die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen. Im Falle Borchardt hatte der dritte Berliner Wahlkreis am 28. Mai, der vierte am 11. Juni ein Schiedsgerichtsverfahren gegen den Genossen Borchardt beantragt. Der Parteivorstand beauftragte den dritten Wahlkreis als denjenigen, welcher zuerst die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragt hatte, die drei Beisitzer zu ernennen. Die Kontrollkommission schloß sich einstimmig diesem Beschluß an und wies die Beschwerde des Genossen Borchardt als unbegründet ab.

Nach dem Tode unseres unvergeßlichen Genossen August Bebel hätte nach § 15 unseres Organisationsstatuts die Kontrollkommission nach Anhörung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses das Recht gehabt, eine Ersatzwahl zum Parteivorstand anstelle des Genossen Bebel vorzunehmen. Wegen der kurzen Zeit, die uns noch von dem Parteitag trennte, hat die Kontrollkommission einstimmig von einer Ersatzwahl Abstand genommen und überläßt die Wahl dem Parteitage.

Die Kontrollkommission beantragt einstimmig: Der Parteitag wolle beschließen, daß dem Parteivorstand für das abgelaufene Geschäftsjahr die Entlastung erteilt wird. (Beifall.)

Vors. **Ebert** schlägt vor, beim Geschäftsbericht des Parteivorstandes an alle Anträge zu behandeln, die sich beziehen auf Agitation, Bildungsbestrebungen, Jugendbewegung, Agrarfrage, Presse und Literatur.

Damit ist der Parteitag einverstanden. Genügend unterstützt werden die Anträge 17, 98, 13*), 14, 15, 16, 68, 54, 77, 47, 51.

---

*) 13. Harburg: Es soll eine Studienkommission eingesetzt werden, die sich mit der Agrarfrage zu beschäftigen hat. Die Ergebnisse sind dem nächsten Parteitage zu unterbreiten.

14. Königsberg i. Pr.: Der Parteitag wolle eine Kommission zum Studium der Agrarfrage einsetzen und sie ermächtigen, auch besoldete Mitarbeiter zur Erledigung ihrer Aufgaben heranzuziehen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

52, 56 und 57. Antrag 56 wird zurückgezogen. Die Anträge 18, 19, 91, 48, 49, 50 finden nicht die genügende Unterstützung.

Von den Anträgen zum Massenstreik werden die Anträge 7, 11, 12 und 86 genügend unterstützt, ebenso die Resolution des Parteivorstandes. Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 8, 9, 10 und 90.

Dann wird in die

Diskussion

eingetreten und zwar zunächst über den allgemeinen Teil des Geschäftsberichts. Dazu liegt ein weiterer Antrag vor: Der Parteitag wolle eine **besondere Kommission zum Studium der Agrarfrage** einsetzen und sie zu bevollmächtigen, auch besoldete Mitarbeiter zur Erledigung wichtiger Aufgaben heranzuziehen.

Sollmann-Köln:

Scheidemann hat in seinem Bericht die Hauptursache des Stillstandes in der Organisation auf die Krisis zurückgeführt. Ich warne davor, daß man den Stillstand lediglich auf die Krisis zurückzuführen sucht. Der Parteivorstand hat in dankenswerter Weise darauf hingewiesen, daß unsere Parteipresse sündigt und nicht allgemeinverständliche Propaganda treibt. Ich habe in Arbeiterkreisen im Rheinland Erhebungen angestellt und überall Zustimmung gefunden, wenn auf die unverständliche Schreibweise zahlreicher Parteiblätter hingewiesen wurde. Frauen haben die Zeitung abbestellt, weil das Feuilleton zahlreicher Zeitungen für weite Arbeiterkreise ungenießbar ist. Diese Zeitungen glauben, daß jeder Arbeiter ein Theaterabonnement in der Tasche hat und sämtliche Klassiker gelesen hat. So sehr wir dafür eintreten müssen, daß unsere Genossen zum Kunst- und Literaturverständnis erzogen werden, so unverständig ist es anzunehmen, daß die großen Massen tief in diese Fragen eingedrungen sind. Ich habe das Gefühl, daß viele Redakteure als Journalisten glänzen wollen und nicht bedenken, daß es darauf ankommt, daß die Massen den Inhalt der Zeitung zu würdigen wissen. Der Parteivorstand wird gut tun, dieses wichtige Problem recht bald einer Redakteurkonferenz vorzulegen.

Die Behauptung des Parteivorstandes, daß sich unsere **Jugendbewegung** den Angriffen der Gegner gegenüber glänzend behauptet und gute Fortschritte gemacht habe, ist eine Schönfärberei. (Oho!) In Braunschweig, Bremen, Breslau, Burg, Köln, Dresden, Elberfeld, Frankfurt, Hannover, Leipzig und an anderen Orten ist die Jugendbewegung zurückgegangen, und daran kann nicht die Krisis schuld sein, sondern da müssen wir uns fragen, ob wir wirklich unsere Pflicht getan haben. In weiten Parteikreisen wird die bedeutende **Gefahr der bürgerlichen Jugendbewegung** unterschätzt. Vergessen Sie nicht, daß die bürgerliche Jugendbewegung in den letzten Jahren ganz andere Formen angenommen hat und zu einer gewissen Gefahr für unsere Bewegung geworden ist. Das uns gebotene Werbematerial entspricht nicht den Bedürfnissen der Jugend. Diese Schriften versteht die Jugend nicht. Wir haben noch keine Agitationsbroschüre für die weibliche Jugend. Vierzehnjährigen Arbeiterinnen wird in einer zur Werbung der weiblichen Arbeiterjugend bestimmten Broschüre von der modernen Naturforschung nach Charles Darwin, von den grandiosen Ergebnissen der Chemie und Physik und dergleichen mehr erzählt, vom Aufstieg der Menschheit, von der glühenden Sehnsucht nach Freude und Freiheit usw. Das sind wunderbare Worte, aber junge, unaufgeklärte Arbeiterinnen scheuchen sie ab. Auch die „Arbeiter-Jugend" ist nicht recht geeignet. Für die weibliche Jugend wäre eine besondere Organisation oder mindestens eine eigene Beilage zu schaffen. Zunächst müssen wir die stark bedrohte Jugend von 14 bis 18 Jahren gewinnen, dann erst kann die Gewinnung der Jugend von 18 bis 22 Jahren eine ernste Frage werden. (Beifall.)

Stengele-Hamburg:

Die Tätigkeit des Parteivorstandes war sicherlich vollständig anzuerkennen. Als Verwaltungskörperschaft hat er ausgezeichnet gearbeitet, aber auch in bezug auf Initiative darf ihm kein Vorwurf gemacht werden, wenn sie auch natürlich mitunter nach einer anderen Richtung gegangen ist, als der eine oder andere vielleicht gern gesehen hätte. (Heiterkeit.) Der Stillstand im Wachstum der Organisation und der teilweise Abonnentenrückgang stimmt mich nicht pessimistisch; es wird da bei den Klagen derselbe Ueberschwang der Gefühle geäußert, wie seinerzeit bei der Vermehrung unserer Wählerstimmen nach der anderen Richtung. Darin sah man eine Weltenwende und in einem kleinen Rückgang der Organisation sieht man die Götterdämmerung der Sozialdemokratie! Wahrscheinlich sind wir, weil wir eine verhältnismäßig junge Partei sind, diesem Ueberschwang unterworfen, bald himmlisch jauchzend, bald zu Tode betrübt. Es äußert sich darin aber auch das, was Caprivi Le rage des nombres gewannt hat. Wir operieren immer mit den Zahlen als mit etwas Absolutem, ihr Aufstieg oder Rückgang stimmt uns optimistisch oder pessimistisch. Bei kleinen Schwankungen der Organisation kommen mehr oder minder Zufälligkeiten in Betracht, und die Hauptsache spielt dabei die allgemeine Wirtschaftslage. Pessimistisch aber können wir darüber sein, daß das innere Leben der Partei unbefriedigend geworden ist. Die Parteiversammlungen befassen sich mit Quisquilien; in dem größten Parteiort, in Berlin, werden über die Frage des Gebärstreiks, die wirklich alles andere ist, nur nicht eine sozialdemokratische Angelegenheit (Sehr richtig!), große Versammlungen abgehalten, und die Genossinnen, die den sozialdemokratischen Standpunkt ganz richtig vertreten, werden von einer für irgendeine Phantasie fanatisierten Menge niedergebrüllt! Da muß man allerdings fragen: Sind wir auf der richtigen Bahn? Es ist dies ein Symptom, daß wir in den letzten Jahren es allzusehr unterlassen haben, die Bewegung zu vertiefen. Wir alle können etwas Schuld daran sein. Ich glaube, daß für unser Parteileben gefährlich ist die Mechanisierung der Partei, wie sie mehr und mehr stattgefunden hat, das Bestreben, alles nach bestimmten Regeln und Schablonen einzurichten in dem einen Ort genau wie in dem anderen, in Schlesien wie an der Wasserkante, in Schleswig-Holstein wie in Oberbayern. Dies ist eine Gefahr für das innere Leben der Partei. Da muß bei einem derartigen Aufbau die Bureaukratie eine bedeutende Macht erlangen, ohne die Schuld der betreffenden Personen. Man soll wohl erwägen, ob man mit der Vermehrung der gewiß notwendigen Verwaltungsbeamten in demselben Tempo fortfahren soll wie bisher. Dem einzelnen Genossen geht die Uebersicht verloren, und mehr und mehr wird der angestellte Beamte und Sekretär derjenige sein, der allein den ganzen Mechanismus beherrscht, dadurch wird er eine autoritäre Person, und weil er notwendigerweise in der Organisationstätigkeit seine Hauptaufgabe sieht, so unterbleibt vielfach das tiefere Eindringen der Parteigenossen in die sozialdemokratischen Prinzipien. Durch das Verlassen auf die Initiative der Verwaltungsbeamten und des Parteivorstandes wird die Initiative der einzelnen Organisationen und der einzelnen Mitglieder beschränkt. Ich gebe dies zu bedenken, ohne bestimmte Anträge zu stellen. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Kirschbaum-Euten

unterstützt die Anträge, nach denen die Jugendzentralstelle die Funktionäre fortgesetzt über ihre erzieherischen Aufgaben unterrichten soll, denn unsere Mitarbeiter sind doch ausschließlich Laien. Wir lernen wohl, die Jugendlichen gewinnen, aber um sie festzuhalten, sind erzieherische Kenntnisse erforderlich. Deshalb sollte für die Rundschreiben der Zentralstelle eine pädagogisch geschulte Kraft gewonnen werden. Das wird nicht zuviel kosten.

Heilmann-Chemnitz:

Scheidemann hat meinen Artikel in der „Neuen Zeit" kritisiert. Meine Bemerkung, die Parteipresse habe im Kampf gegen die Militärvorlage vielfach versagt, habe ich so gemeint und meine sie auch heute noch so, daß wir nicht wie früher beim Kampf um große Vorlagen — ich denke zum Beispiel an die Zuchthausvorlage — Tag für Tag die Presse nur mit diesem einen Thema angefüllt und alle Energie der Genossen auf diesen einen Punkt konzentriert haben. Wir haben während des Kampfes um die Militärvorlage unsere Kräfte viel zu sehr zersplittert. Noch mehr hat Scheidemann meine Bemerkung mißfallen, daß der Parteivorstand wahrscheinlich auch versagt habe. Auf dem Wort „wahrscheinlich" ist er herumgeritten, wie jeder geschickte Redner auf seinem Steckenpferd. Das Wort wahrscheinlich bedeutet einfach, daß ich nicht in der Lage war, es ganz genau festzustellen. Es ist Sitte, daß den Parteiredaktionen die Flugblätter des Parteivorstandes zugestellt werden, aber über den Liebknecht-Skandal (Heiterkeit) — ich meine über die Liebknechtschen Enthüllungen — haben wir kein Flugblatt bekommen. Ich habe mit der Möglichkeit gerechnet, daß diese Flugblätter erschienen sein könnten und daß sie uns lediglich aus einem technischen Versehen nicht zugestellt sind, und darum habe ich das mildernde Wort „wahrscheinlich" hinzugefügt. Wenn die Flugblätter erschienen sind, ist es mir sehr zweifelhaft, ob sie die Wirkung gehabt haben, die sie bei rechtzeitigem Erscheinen und bei größter Verbreitung auf Anregung der Zentralstelle hin hätten haben müssen. Wir sind wohl in der Zentralisation etwas zu weit gegangen. Denn bis die Genossen in den einzelnen Orten die Flugblätter erhalten und ihre Verbreitung beschließen können, ist soviel Zeit verflossen, daß die Flugblätter längst ihre Wirkung verloren haben. Bei den Vorschlägen zur Verbesserung der Parteipresse oder zu ihrer Ausgestaltung handelt es sich vielfach nicht um Aufgaben, die Mittel erfordern, sondern um Unternehmungen, die in absehbarer Zeit sogar Ueberschüsse abwerfen. Wie wäre es mit der Herausgabe einer aktuellen Illustrationszeitung zum Preise von 10 Pf. und in Verbindung damit mit einer Illustrationszentrale für die Parteipresse? Das Zeitungswesen könnte dadurch weit besser gefördert werden als es bisher durch das Pressebureau geschehen ist. (Sehr richtig!) Auf dem Gebiete des Zeitungswesens sollte der Parteivorstand einmal ein Gesamtprogramm aufstellen, was von der Zentrale aus unternommen werden soll. So wäre z. B. eine gemeinsame Inseratenzentrale sehr gut durchführbar. Unangenehm aufgefallen ist es, daß in den Anträgen zum Parteitag, die in der Presse veröffentlicht sind, die des Parteivorstandes gefehlt haben. Der Antrag zum Fall Radek hätte doch wohl rechtzeitig den Genossen unterbreitet werden können. Welche unangenehmen Aktionen diese späte Veröffentlichung nach sich gezogen hat, ist Ihnen allen bekannt. Gern ist niemand in außerorganisatorischer Form vor die Partei getreten. Im Hinblick auf den Fall Radek wird man Scheidemann nicht zu warnen brauchen, daß er nicht allzu gerecht sei, damit er nicht verderbe. Aber er verdirbt manches, weil er allzu witzig sein möchte.

Lüth-Hamburg:

Vor zwei Jahren hieß es, der Parteivorstand brauche neues Blut. Da haben wir Braun und Scheidemann hineingewählt. Jetzt treten die alten Klagen wieder auf. Ein Berliner Genosse hat sogar in der „Neuen Zeit" darüber geklagt, daß die Parteigenossen nur noch Statisten und Paradesoldaten seien. Was muß der Genosse für eine Ahnung von der Parteiorganisation haben (Sehr gut!), die in Berlin genau so demokratisch ist wie anderwärts. Eine große Anzahl von Parteigenossen scheint wirklich am liebsten über Fragen zu schreiben, von denen sie gar nichts verstehen. Auch Genosse Stengele hat ja an der allzu starken Zentralisation Kritik geübt, aber doch mit der Vorsicht, die seinem Wesen entspricht. Wir sollten wirklich etwas vorsichtig sein, wenn wir an der eigenen Partei Kritik üben. Es ist gar keine Rede davon, daß wir an einer Verknöcherung oder Bureaukratie leiden; der Stillstand in der Mitgliederzahl ist sicherlich auf die vorübergehenden wirtschaftlichen Zustände zurückzuführen.

Gehrmann-Zeitz:

Der Vorstand ist nicht unschuldig daran, daß unsere Organisation nicht die nötigen Fortschritte gemacht hat. Er hat bei der Bearbeitung der Jahresberichte ungeheure Fehler gemacht, die der Organisation geschadet haben. So wird vom Vorstand in Zeitz-Weißenfels ein Mitgliederrückgang von 19 Proz., nämlich von 6805 auf 5501 festgestellt; dies beruht auf der irrtümlichen Angabe der Mitgliederzahl im Vorjahre mit 6805. Da waren die Frauen mitgerechnet. Trotz unserer Bitte ist Richtigstellung nicht erfolgt. In Wirklichkeit beträgt unser Mitgliederrückgang nur 9,76 Proz. und die Schuld daran trägt bei uns die Verdrängung deutscher Arbeiter durch Kroaten und Polen. Die Herausgabe des Familienblattes begrüße ich, aber 25 Pf. ist zu teuer.

Dürr-München:

Zur Illustration des Familienblattes müssen sachkundige Männer herangezogen werden. Die Bebel-Extranummer des „Vorwärts" war beschämend. Solch jämmerliche Illustrationen, wie die von dem Leichenbegängnis in Zürich finden wir in der kleinsten Winkelpresse Deutschlands nicht mehr. (Sehr richtig!) Die „Neue Welt" müßte besser und billiger ausgestattet werden. — Täuschen wir uns nicht darüber, daß wir nicht genug Parteigenossen und Genossinnen haben, die genug Pädagogen sind, um mit der Jugend umzugehen. Der Jugendleiterkurs in Berlin genügt nicht, das müßte in allen großen Städten gemacht werden. Haben wir erst diesen Unterbau, dann werden wir die Jugend dauernd festhalten. Unsere heiligste Pflicht ist eine höhere Propaganda unter den jungen Leuten vor der Einziehung zum Militär und nach der Entlassung vom Heer.

Stubbe-Hamburg:

Nach dem Rückgang um 12 000 Abonnenten hat die Parteipresse nur 1½ Millionen Leser, das sind 35 Proz. unserer Wähler, während 65 Proz. großenteils bürgerliche Blätter lesen. In Hamburg ist das Verhältnis am günstigsten und auch dort haben wir bei 158 000 Stimmen nur 58 000 Abonnenten zur Zeit der letzten Reichstagswahlen gehabt. Dagegen haben die bürgerlichen Blätter Hamburgs 200 000 Abonnenten, während nur 87 000 bürgerliche Stimmen abgegeben wurden. Um die Parteipresse stärker zu verbreiten, müssen die Verbreitungsgebiete verkleinert werden, damit die Zeitung überallhin rechtzeitig gelangt. Kleine Lokalblätter könnten auch mehr Lokalangelegenheiten behandeln. In der Organisation wird nicht zuviel zentralisiert, im Gegenteil. Es muß die Abholung der Beiträge möglichst überall durchgeführt werden und die Mitgliederversammlungen müssen sich auch wirklich mit sozialen Angelegenheiten beschäftigen. Gehen wir so vor, dann werden wir treue Kämpfer für die Organisation gewinnen, auf die wir uns gegebenenfalls vollständig verlassen können. (Bravo!)

(Mittagspause.)

Nachmittagssitzung.

Dißmann-Frankfurt a. M.:

Es ist selbstverständlich, daß die Genossen im Lande beim Erscheinen des Vorstandsberichts die Frage erörtern, ob der Erfolg dem Aufwand der Kräfte entsprochen hat. Darum hätte ich gewünscht, daß heute morgen Genosse Scheidemann der angeblichen Kritik gegenüber mit etwas weniger Aufwand an Kraft und Witz vorgegangen wäre. Wir sind uns alle einig über die Bedeutung der täglichen Kleinarbeit und der mühseligen Organisationstätigkeit. Mit einer abfälligen Kritik würden wir uns doch nur selbst ins Gesicht schlagen. Die wirtschaftliche Krise ist nur ganz bedingt als die Hauptursache des Stillstandes im Wachstum der Organisation zu bezeichnen; in den nächsten Jahren wird uns die Krisis mehr zu schaffen machen. Zu dem Stillstand hat die Tatsache, daß nach den gewaltigen Anstrengungen der letzten Jahre, besonders nach den Reichstagswahlen, die Mitgliedschaft in der fortgesetzten Anspannung ihrer Kräfte etwas erschlafft ist, zweifellos mit beigetragen. Das Reservoir, aus dem wir in leichterer Form gewaltige Massen von Mitgliedern gewonnen haben, ist zwar nicht erschöpft, aber die Gewinnung neuer Mitglieder schwieriger geworden. Die Anstrengungen müssen größer werden. Unsere weiteren Reservoire, wo Hundertausende von Arbeitern in Frage kommen, liegen in schwierigeren Gegenden, wo der Aufstieg langsamer sein wird, als in den Großstädten. Je enger und besser das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ist, desto erfreulicher sind für die Arbeiterbewegung die Erfolge. Einer Stimmung, die dahin gehen sollte, die Parteibeamten in der Achtung und im Vertrauen herunterzusetzen, hätten wir uns mit aller Kraft entgegenzustemmen. Aber natürlich sind etwa vorhandene Mißstände in der Organisation auch auszusprechen. Wir müssen in Zukunft die Situation besser ausnutzen. Es war das schlimmste, daß die Massen glaubten, die neuen Heereslasten träfen sie nicht. Fraktion, Parteivorstand und Organisationskörper hätten sich von vornherein mit der Parteipresse über den Rahmen des zu eröffnenden Kampfes verständigen müssen, damit in dem Moment der parlamentarischen Entscheidung die Organisation auf dem Sprunge stehen und die gewaltigste Massenbewegung in Szene setzen könnte. Ich hoffe, daß wir darüber demnächst im Parteiausschuß sprechen können; auch über die Frage der Gelben. Hoffentlich wird der parlamentarische Kampf in engster Verbindung mit den Massen im Lande geführt werden.

(Schluß in der 2. Beilage.)

---

15. 20. sächsischer Wahlkreis: Der Parteitag möge beschließen, mehr Wanderlehrer in der Partei für Bildungs- und Unterrichtskurse einzustellen.

16. Spandau: In Anbetracht dessen, daß die herrschende Klasse unter Zuhilfenahme aller ihr zu Gebote stehenden Machtmittel die denkbar größte Anstrengung macht, um die Jugend für ihre reaktionären Zwecke einzufangen, erscheint es notwendig, daß die Partei mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Aufklärung der weiblichen Jugend richtet. Der Parteitag fordert deshalb den Parteivorstand auf, die Aufklärung der weiblichen Jugend über den künftigen Beruf als Mütter und Erzieherinnen ihrer Kinder im sozialistischen Sinne vorzubereiten.

17. Hannover: Der Parteivorstand wird beauftragt, nach jedesmaligem Schluß einer Reichstagssession die in dieser vorgenommenen gesetzlichen Maßnahmen, soweit sie für die Allgemeinheit von Wichtigkeit sind, in Gestalt leichtverständlicher Agitationsbroschüren herauszugeben, unter Berücksichtigung der Stellung unserer Fraktion zu den betreffenden Gesetzen. Die Broschüre wird den Wahlkreisorganisationen zum Zwecke der Verteilung gratis zur Verfügung gestellt.

Der Parteitag beauftragt den Vorstand, eine Broschüre herauszugeben, die den Kampf um die Heeresvorlagen und die Deckungsvorlagen behandelt.

51. Teltow-Beskow: In der „Gleichheit" sind mehr Artikel aufzunehmen, die dem Verständnis der Neueintretenden angepaßt sind. Der Raum dafür ist durch Kürzung der Agitationsberichte zu schaffen.

52. Niederbarnim: Der Parteivorstand wird beauftragt, statistisches Material über Volkswirtschaft (eventuell durch graphische Darstellung und Diagramme) in Broschürenform im Buchhandel permanent erscheinen zu lassen.

53. 13. sächsischer Wahlkreis: Um den Jugendausschüssen, Jugendbeiräten und Jugendhelfern eine ständige Belehrung über ihre Aufgaben zuteil werden zu lassen und um Erfahrungen zu sammeln und einen Meinungsaustausch zu schaffen, ist es nötig, eine besondere Zeitung zu gründen. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend wird mit der baldigen Lösung dieser Aufgabe betraut.

54. 12. sächsischer Wahlkreis: Um den in der proletarischen Jugendbewegung tätigen Parteigenossen und Genossinnen ihre bildende und erzieherische Tätigkeit zu erleichtern, ist ein pädagogisches Zentralblatt für Jugendbeiräte und Jugendhelfer zu schaffen.

55. Kiel-West: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Frage des dringend notwendigen Ausbaues der „Neuen Zeit" einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

57. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: Der Parteitag möge beschließen, daß, wie früher, die Kinderbeilage der „Gleichheit" eingebunden und zu einem mäßigen Preise in den Handel gebracht werde.

96. „Der Parteivorstand wird beauftragt, mit dem Parteiausschuß eine Kommission von neun Genossen einzusetzen, die die Aufgabe haben soll, die Entwickelungstendenzen und die derzeitigen Verhältnisse der Landwirtschaft zu studieren und der Partei das gewonnene Material zu unterbreiten. Gemeinsam mit der Kommission kann der Parteivorstand besoldete Mitarbeiter zu den Arbeiten der Kommission heranziehen." Parteivorstand.

7. Halle a. S.: Der Jenaer Parteitag von 1913 bestätigt die Parteitagsbeschlüsse von 1905 und 1906 (Jena und Mannheim) zum Problem des politischen Massenstreiks. Der Parteitag empfiehlt dazu dringend die weitere Stärkung und Ausbreitung aller Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen.

Er erwartet neben der Propagierung der Idee des Massenstreiks, daß die Partei in allen ihren Teilen und Instanzen — im Falle des Ernstes und der zwingenden Notwendigkeit einer kommenden politischen Gesamtsituation — alle vorbereitenden und ausführenden Maßnahmen mit den Gewerkschaften und Genossenschaften ergreifen wird, um eine Generalstreikaktion zielsicher und erfolgreich zur Förderung höchster Lebensinteressen des Proletariats durchzusetzen. Der Parteitag rechnet also unbedingt darauf, daß die sozialdemokratische Partei einer solchen historischen Aufgabe und kritischen Situation unter keinen Umständen ausweicht, sondern tatbereit sein wird, alle erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen.

11. Frankfurt a. M., Wirges, Hanau: Der Sozialdemokratische Verein zu Frankfurt a. M. (bzw. die Kreisgeneralversammlungen zu Wirges und Hanau) begrüßen die Stimmung im Lande, die eine Erörterung der Frage der Massenaktionen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen. Eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den Parteitag und die Organisationen ist daher dringend geboten.

12. Niederbarnim: Der Parteitag begrüßt das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise für die Frage des Massenstreiks als ein Zeichen der Kampfesstimmung der Massen und ihres richtigen Gefühls für die Tatsache, daß die Sozialdemokratie auf die Dauer mit den parlamentarischen Mitteln allein nicht auskommen kann.

Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden. Er kann sich nur aus der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben, als Steigerung einer bereits in Fluß befindlichen Massenaktion.

Eine solche Situation ist in Deutschland in naher Zukunft unvermeidlich. Die Versumpfung der preußischen Wahlrechtssache, die Vorstöße des Imperialismus mit der ständigen Kriegsgefahr, der Stillstand der Sozialreform, die immer dringendere Notwendigkeit, das Koalitionsrecht zu verteidigen und es für die Landproletarier und die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe zu erobern, endlich das völlige Versagen der bürgerlichen Parteien machen das kräftige Eingreifen der arbeitenden Massen zur geschichtlichen Pflicht, soll die Reaktion auf der ganzen Linie nicht triumphieren.

Als Antwort auf die Uebergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist gegenwärtig eine offensive, entschlossene Taktik der Partei auf allen Gebieten unbedingt erforderlich, so auch im Reichstag und namentlich im preußischen Wahlrechtskampf.

Nur eine scharfe revolutionäre Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt, und die vor keiner Konsequenz zurückschreckt, ist geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfenergie und den Idealismus wachzuhalten, sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen.

88. Berlin IV: Da die bisherigen Kampfmittel der Arbeiterklasse zur Erreichung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle öffentlichen Körperschaften allein nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt haben, soll der Parteitag beschließen, die planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum Massenstreik in die Wege zu leiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/14 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Klara Zetkin:

Ich will einige Ausführungen machen zu den Anträgen, die sich auf die Ausgestaltung der „Gleichheit" beziehen. Nicht nur in diesen Anträgen, sondern auch sonst ist der Wunsch laut geworden nach einer populäreren Ausgestaltung der „Gleichheit". In diesem Ruf vereinigen sich verschiedene Strömungen, von denen mir die eine volle Beachtung zu verdienen scheint. Niemand weiß besser als ich, daß der Ruf nach Popularität bei einigen auf ganz falscher Einschätzung des Populären, des Volkstümlichen beruht. Als volkstümlich stellt man sich verworrene, seichte Gedankengänge vor, die in einem mangelhaften Deutsch vorgetragen werden. (Lebhafter Widerspruch.) Warten Sie doch erst ab. Ich sage, es gibt einige, die sich das so vorstellen. Als Redakteur habe ich die Beweise dafür und bekomme sie oft genug; jeder Redakteur wird mir bestätigen, daß solche Auffassungen vorhanden sind. Aber es liegt auch heutzutage bei diesem Ruf nach Popularität ein sehr tief begründetes und wichtiges Bedürfnis vor. Die Verhältnisse haben sich gegen früher geändert. Früher war die „Gleichheit" ausschließlich das Organ der Genossinnen, die von vornherein eine Elite des weiblichen Proletariats darstellten, die zum Teil schon in der allgemeinen Bewegung eine größere Schulung erhalten hatten. Diese geschulte Elite zusammenzuhalten und noch weiter zu erziehen, war die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit". Aber gerade das opferfreudige und verständnisvolle Wirken dieser Hunderte, die zu Tausenden von Genossinnen geworden sind, hat dazu geführt, daß unsere proletarische Frauenbewegung verhältnismäßig rasch einen sehr großen Umfang erreicht hat. Wir erhalten heute in unseren Organisationen einen Zustrom von proletarischen Frauen, die zwar mit ihrem ganzen Herzen instinktiv mit uns fühlen, die aber infolge ihrer ganzen Lebensumstände, infolge des Erbteils, das sie als Angehörige des weiblichen Geschlechts für ihre geistige Physiognomie mit sich bringen, noch nicht das ABC unserer Auffassungen kennen und nun das ganz berechtigte Bedürfnis danach haben, daß ihnen dies ABC beigebracht wird. (Sehr richtig!) Man hätte vielleicht früher denken können, daß die Tagespresse der geeignetste Platz wäre, um diesem alltäglichen Bedürfnis zu genügen. Es ist aber nicht so und vielleicht kann es gar nicht so sein, weil eben unsere Tagespresse in dem Maße, als das Gebiet der Betätigungen der Partei nach den verschiedensten Richtungen hin sich verbreitert und bereichert, von den Tagesaufgaben in wachsendem Umfang in Anspruch genommen wird. Dazu kommt, daß unsere Tagespresse in erster Linie, wie Scheidemann ganz richtig betonte, vielleicht zu viel das Organ der bereits geschulten Genossen ist und zu wenig werbendes Organ für die Ideen der Sozialdemokratie außerhalb dieses Kreises. Hier liegt meiner Ansicht nach auch eine Aufgabe vor, die die „Gleichheit" künftig erfüllen muß. Sie muß sich wenden an die Genossinnen, die an uns herantreten, die zuerst einmal die Elemente unserer Auffassungen, unserer Ueberzeugungen lernen müssen. Ich meine, die Genossinnen müssen zugunsten dieser Nachrückenden, die morgen oder übermorgen an unserem eigenen Platz stehen werden, auf einen Teil des Raumes der „Gleichheit" verzichten, damit für solche populären Artikel Raum geschaffen wird. Allerdings will ich bemerken: das, was Sie in der „Gleichheit" meinen tadeln zu müssen, die unpopuläre Schreibweise, unterscheidet sich im allgemeinen in nichts von der Schreibweise auch sonst in der Partei. Es sind die nämlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, und ich kann hinzufügen, daß wir vielleicht kein Organ in unserer Partei haben, das daneben in so großer Zahl Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den erwachenden Schichten des Proletariats zählt, wie gerade die „Gleichheit". Meinen Sie, ich würde in ausgesuchter Bosheit und Dummheit gute populäre Artikel über unsere sozialistischen Ideen nicht annehmen, wenn ich sie bekäme? Nicht mit einer, nein mit zwei Fußbänden würde ich sie veröffentlichen. (Große Heiterkeit.) Aber das Pech ist eben, ich warte und warte, aber solche Artikel gehen mir äußerst selten einmal zu.

Wenn wir den Genossinnen, die erst anfangen, sich für unsere Theorien zu erwärmen und zu interessieren, unsere Ideen nahebringen wollen, so kann das vielleicht zunächst gar nicht in Artikeln über unsere Theorien geschehen, sondern nach langer Ueberlegung scheint es mir weit zweckmäßiger mit einer Artikelserie über die Geschichte der Sozialdemokratie zu beginnen. Ich meine durch eine solche Einführung in die Geschichte der Sozialdemokratie wird das Interesse an den Ideen, an dem Tun unserer Partei gerade in den Kreisen am ersten erregt werden. Wenn ich aber diesen Plan durchführen will, so werden sich die Genossinnen damit bescheiden müssen, daß der Raum, der ihnen jetzt zur Verfügung steht für Agitationsberichte usw., ein wenig geschmälert wird. Ich meine die Agitationsberichte, wie sie jetzt überall in unserer Tagespresse erscheinen. Ich begreife darunter nicht eine Einschränkung der Berichte, die von der Tätigkeit unserer Genossinnen in den Kinderschutzkommissionen, von ihrer Mitarbeit in Gemeindeinstitutionen usw. handeln, mit einem Worte, die ein Bild und Anregungen geben für die ganze große praktische Betätigung unserer Genossinnen auf so vielen Gebieten. Es kann auch notwendig werden, daß ich gelegentlich den einen oder anderen Artikel ausfallen lasse, die die „Gleichheit" jetzt gebracht hat, zumal auf sozialpolitischem Gebiet, das ja in umfangreicher Weise in unserer Tagespresse bearbeitet wird und in einer Weise, die gerade für die vorgeschrittenen Genossinnen, die als Lehrerinnen, Agitatorinnen unter die breiten Massen hinausgehen, durchaus verständlich und nützlich ist. Ich hoffe, daß Sie mit dieser Art, dem Bedürfnis entgegenzukommen, wohl einverstanden sein werden. Ich habe dann für später auch andere Artikelserien in Aussicht genommen, die vielleicht zusammenfassend auch als Broschürenliteratur erscheinen können. Ich will in Verbindung damit sagen, daß wir im allgemeinen keine in die breitesten Massen dringende einfache Agitationsliteratur über unsere Grundsätze haben. Die alten Broschüren, wie „Unsere Ziele", „Rieder mit der Sozialdemokratie", „Zu Schutz und Trutz" sind gewiß volkstümlich, knüpfen aber zum Teil an Verhältnisse und Fragen an, die heute längst für das Proletariat in den Hintergrund getreten sind und deshalb nicht mehr aktuell und packend wirken.

Nun zu dem Wunsch, die Kinderbeilage der „Gleichheit" möge als Buch erscheinen. Soweit es auf die Redaktion ankommt, die würde es sofort machen. Die Redaktion der „Gleichheit" kann sich das Zeugnis ausstellen, daß sie noch nie mit ihrer Arbeit gespart hat, wenn es das Interesse der Partei erforderte. Aber hinter mir steht der Verlag, und Genosse Dietz behauptet, er hätte mit der Herausgabe des früheren Kinderbuchs der „Gleichheit" gar keine guten Erfahrungen gemacht. Es hätte so lange gedauert, bis er die Auflage abgesetzt hatte, daß ihm die Lust nach einer neuen Auflage vergangen sei, auf die ich — ich bin ja nun einmal ein unruhiger Drängler — seit Jahren hingedrängt habe. Er meint, der Wunsch sei auch dadurch erfüllt, daß Einbanddecken für die Kinderbeilage zu einem ganz mäßigen Preise vom Verlag herausgegeben werden, so daß jede Mutter sich die Blätter sammeln und sie in den Einband legen kann und auf diese Weise ein hübsches Buch hat. Ich will mich mit diesen Ausführungen begnügen und nur noch auf eines hinweisen, nämlich auf die Bedeutung, die es hat, an unsere Frauenbewegung mehr und mehr unsere Jugendbewegung anzugliedern. Das ist die beste Lösung der Wünsche, die heute morgen hier laut geworden sind. (Großer Beifall.)

Dr. Adolf Braun-Nürnberg:

Genossin Zetkin hat die wichtige Frage der Parteipresse erörtert. Aber dort, wo sie kritisiert hat, ist gar nicht der wichtigste Anlaß zur Kritik. Gerade in der Parteipresse haben wir leider vielfach Veranlassung zur Unzufriedenheit. Ein großer Teil unserer Parteipresse hat eine überaus bedauerliche Uniformität, und diese Uniformität hat im letzten Jahrzehnt Formen angenommen, daß wir es als einen Mangel an Sparsamkeit des Parteivorstandes bezeichnen müssen, daß er keine Plattenfabrik eingerichtet hat. Eine Plattenfabrik würde — es ist ja sehr traurig, daß ich das als Redakteur sagen muß — eine große Menge Kosten ersparen, namentlich an Redakteurgehältern. (Heiterkeit.) Eine solche Fabrik würde an dem Zustand einer großen Anzahl unserer Blätter auch außerordentlich wenig ändern. Die Genossen würden die Unterschiede gar nicht bemerken. (Sehr gut!) Von den 80 täglich erscheinenden Parteizeitungen sind sich heute 78 ungeheuer ähnlich, es macht gar keinen Unterschied, ob sie im äußersten Nordosten oder im äußersten Nordwesten erscheinen. Es ist genau der gleiche Leitartikel, und nur durch den Kopf und den lokalen Teil unterscheiden sie sich. Es ist leider noch kein ingeniöser Mann aufgetreten, der auch eine Korrespondenz für den lokalen Teil macht, der in Königsberg in Ostpreußen und in Straßburg im Elsaß der gleiche wäre. Dann hätten wir eine vollendet gleichmäßige Zeitung. (Heiterkeit.) Heute sich über die Stimmungen in der Partei klar zu werden, ist außerordentlich schwierig, weil man ja eine uniforme Meinung hat, die man eventuell auf telephonische Anfrage in Berlin schon am Abend vorher wissen kann. Aber die Korrespondenzen unterstehen ja nicht der Aufsicht des Parteivorstandes und des Parteitages, mit Ausnahme des Pressebureaus und des rheinisch-westfälischen Bureaus. Zu meinem größten Bedauern muß ich sagen, daß das Pressebureau in keiner Weise den Anforderungen der Redakteure oder der Leser entspricht. (Sehr richtig!) Es ist das eine außerordentlich peinliche Sache für einen Mann wie mich, der Kollegialgefühl hat, das sagen zu müssen, aber ich bin hier nicht als Kollege, sondern als Delegierter, als Parteigenosse und ich glaube, die Verpflichtung zu haben, das einmal offen auszusprechen. Wenn wir das immer wieder verhehlen, dann ist keine Möglichkeit, Besserung zu schaffen. Der Nachrichtendienst des Pressebureaus ist vollkommen unzulänglich. (Sehr richtig!) Die Möglichkeit, auf telephonischem Wege Auskunft zu bekommen, schafft nur dem Reiche Geld in Form von Telephongebühren, aber uns keine Nachrichten. Das Material der Berliner Zeitungen wird von dem Pressebureau leider fast gar nicht richtig ausgenutzt. Es sind das sehr bedauerliche Verhältnisse, und ich glaube, daß das Geld, das das Pressebureau kostet, in ganz anderer Weise nutzbringend verwendet werden könnte. (Sehr gut!) Das Pressebureau leidet an Haupt und Gliedern, an Inhalt und an Form. Nicht viel besser ist es mit dem Rheinisch-westfälischen Bureau. Auf der einen Seite haben wir zuviel Korrespondenzen und auf der anderen Seite haben wir zu wenig Redakteure. Eine ganze Reihe unserer Kollegen wollen in Berlin wohnen, wollen nicht in der Provinz Parteiredakteure spielen, sie glauben, wenn sie für 90 Zeitungen das Gleiche schreiben, sich mit wenig Arbeit ein leichtes Leben schaffen zu können. (Sehr richtig!) Wir Redakteure sind vollständig machtlos dem Pressebureau gegenüber, die Kosten des Bureaus werden einfach auf uns umgelegt. Wenn uns eine andere Korrespondenz nicht paßt, kündigen wir sie, dem Pressebureau können wir nicht kündigen, da ist uns eine Kopfsteuer aufgelegt (Heiterkeit), da müssen wir bezahlen, gleichviel, ob wir das Bureau benutzen oder nicht. Würde der Parteitag beschließen, daß wir kündigen dürfen, dann könnten wir sofort Besserung schaffen, dann würden wir sofort einen Gebärstreik machen, der sehr gut wirken wird. (Große Heiterkeit und sehr gut!) Ich bin sehr gern bereit, dem Parteivorstand Einzelheiten mitzuteilen, aus denen er ersieht, wie das Pressebureau arbeitet.

Der erste Diskussionsredner hat aus einer Broschüre eine für junge Mädchen völlig unverständliche Stelle zitiert. Wir treffen aber den Ton der Jugend auch dann nicht, wenn wir zu der Jugend sprechen, wir begreifen die Jugend nicht; wir sind eben leider alle alte Knaben geworden. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir reden uns ein, daß die Jugend ebenso verständig, klug und nüchtern ist, wie wir leider schon geworden sind. (Große Heiterkeit.) Ich habe unlängst einmal Gelegenheit gehabt, einen alten Berliner Freund zu sprechen über die Berliner Jugendbewegung, und der sagte, Liebknecht ist an allem schuld. Ich sagte: Was fällt Ihnen ein, in Nürnberg ist die Helene Grünberg an allem schuld. (Heiterkeit.) Der Liebknecht und die Lelene Grünberg sind zwei ganz verschiedene Leute (Große Heiterkeit); es ist nicht die Helene Grünberg, und es ist nicht der Liebknecht schuld, daß unsere Jugendbewegung nicht vorwärts geht. Wir wollen uns doch nicht täuschen lassen durch den offiziellen Bericht, es geht nicht vorwärts, die bürgerliche Jugendbewegung dagegen geht vorwärts. Die Jungen in der bürgerlichen Jugendbewegung haben das Gefühl viel größerer Freiheit und Selbständigkeit, viel geringerer Bevormundung als bei uns. Sie werden vielleicht dort mehr bevormundet und gegängelt als bei uns, aber sie merken es nicht so. Bei uns aber merken sie, daß sie so gescheidt gemacht werden sollen. Nicht so gescheidt, wie der Frank von 18 Jahren war, sondern so gescheidt, wie er jetzt ist, will man bei uns die Jungen machen. (Heiterkeit.) Wir verstehen nicht, die Jugend zu behandeln, weil wir sie ebenso machen wollen, wie wir sie haben wollen, weil wir vergessen haben, wie wir im Alter von 18 Jahren waren. Wir müssen uns in das Denken und Fühlen der Jugend hineinversetzen können, wenn wir die Jugend erziehen und mit ihr Erfolge erreichen wollen, die nicht nur gedruckt zu lesen sind. (Beifall.)

Heinrich Schulz:

Es gehört erfreulicherweise zu den regelmäßigen Erscheinungen unserer Parteitage, daß wir beim Vorstandsbericht eine Bildungs- und Jugenddebatte haben. Eine solche Debatte ist nicht nur notwendig, sondern auch selbstverständlich. Selbst solche Kapuzinerpredigt, wie wir sie eben gehört haben, ist durchaus erfrischend und erfüllt an ihrem Teile ihren Zweck. Braun hat durchaus recht, wenn er einem großen Teil der Genossen diese Vorwürfe gemacht hat, aber glücklicherweise treffen sie für einen großen Teil auch nicht mehr zu, denn das, was Braun bei der Behandlung der Jugend haben will, das haben wir auch schon früher als Wunsch des Parteitages festgestellt und in diesem Sinne werden auch die Jugendleiterkurse gehalten. Wir wünschen, daß die Jugendleiter sich in die Stimmung der jungen Leute hineinfinden. Ich unterstütze deshalb auch durchaus die ernste Mahnung des Genossen Sollmann bei seinem Hinweis auf die bürgerliche Jugendbewegung. Sie ist groß und stark und wächst überall. Alle Mittel des herrschenden Staates, von der Schule bis zur Kaserne, stehen ihr zur Verfügung. Gerade in diesen Tagen ist vom Kriegsministerium eine Kundgebung herausgegeben worden, in der alle die Vergünstigungen zusammengefaßt werden, die der Jugendbewegung von den Ministerien eingeräumt worden sind. Gerade, weil der Jugend alle Mittel zur Verfügung stehen, gerade weil die Autoritäten der bürgerlichen Gesellschaften sich in den Kampf hineinstellen, darum haben wir um so mehr Ursache, unsererseits zu tun, was nur für die Jugend möglich ist. Und da geschieht noch nicht alles, was geschehen könnte. Allerdings sind wir auch an Grenzen gebunden, da es an Kräften fehlt; sie müssen erst heranwachsen und herangezogen werden. Diejenigen, die durch unsere Jugendbewegung hindurchgegangen sind, werden später auch die geeigneten Pfleger für unsere Jugend sein. So erst kann langsam bei uns die Führerschaft heranwachsen, die in der bürgerlichen Jugendbewegung schon da ist in den Lehrern und anderen Persönlichkeiten, die sich ihr zur Verfügung stellen. Wenn wir sagen: Nehmt Euch der Jugend an! so heißt das nicht, daß wir die Jugend umschmeicheln und sie durch pädagogische Mittel aufpäppeln wollen. Es wäre ganz falsch, wenn wir den jungen Leuten die Meinung beibringen wollten, sie seien die Blüte der ganzen Gesellschaft und um sie müsse sich alles drehen. Das geschieht aber auch bei uns nicht. Andererseits bleibt aber auch die Notwendigkeit bestehen, daß wir für die Jugendpflege alles aufwenden müssen, was möglich ist. Es ist durchaus falsch, wenn man manchmal noch hört, wir haben es ja auch nicht so gut gehabt wie die Jungen und wir sind etwas geworden. Die Zeiten haben sich geändert und wir sind jetzt verpflichtet, Dinge zu tun, die früher an uns nicht getan worden sind. Die Bewegung ist gewachsen an moralischer Kraft, an materiellen Mitteln, und die müssen wir in den Dienst unserer Jugendbewegung stellen. Die Kritik an der Jugendbewegung begrüßt die Zentralstelle ebenfalls, wir wünschen auch, daß Mängel der Zentralstelle kritisiert werden. Wir haben das ehrliche Bestreben, daß unsere Jugendbewegung nicht zur Schablone erstarren soll. Wenn Sollmann unsere Schriften vor dem Parteitag kritisiert hat, so kann ich ihm auf diesem Wege nicht folgen. Aus einer Schrift von 32 Seiten einige Sätze herauszugreifen, die vielleicht zufällig nicht so populär gehalten sind wie die übrigen, das ist keine Methode. Wenn Sollmann ernste Bedenken gegen diese oder jene Schrift der Zentralstelle hat, dann soll er uns das mitteilen und es wird für Abhilfe gesorgt werden. Ebenso falsch ist es, wenn er mit einer Handbewegung zu verstehen gab, die „Arbeiterjugend" sei nicht das, was sie sein sollte. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß sie ein Blatt ist, auf das die Arbeiterbewegung stolz sein kann (Sehr richtig!), daß sie das bisher noch nicht vorhandene Familienblatt in denkbar bester Weise ersetzt hat. Es ist ein Blatt, das ruhig auch die erwachsenen Arbeiter lesen können. Ein solches Blatt, das für die 14- bis 20jährigen jungen Leute redigiert wird, kann natürlich nicht in jeder Zeile dem geistigen Niveau des 14jährigen angepaßt sein. Ich glaube aber, daß bisher die „Arbeiterjugend" eine gute Mischung gefunden hat. Daß sie ein vortreffliches Blatt ist, geht ja auch aus der Tatsache hervor, daß sie bisher etwa 100 000 Abonnenten erworben hat. — Ich unterschätze die Jugendarbeit der Gegner, besonders der Katholiken, gar nicht. Ich weiß, daß unter den katholischen Jugendpflegern eine Reihe vorzüglicher Pädagogen sind. Wir können auch viele der pädagogischen Erfahrungen der Leute für uns nutzbar machen. Der Antrag 17 rennt offene Türen ein, denn der Zentralausschuß stellt Wanderlehrer an nach dem Bedürfnis und nach der Möglichkeit, sie zu bekommen. Antrag 16 verlangt mehr Tätigkeit für die weibliche Jugend. Ich empfehle, ihn der Zentralstelle zu überweisen, obwohl diese auch bisher in der Aufklärung für die weibliche Jugend nichts unterlassen hat. Es kommt dabei freilich der Wunsch zum Ausdruck, die weibliche Jugend auch für die spätere Wirksamkeit als Hausfrau und als Mutter vorzubereiten. Eine sehr wichtige Aufgabe ist die Fürsorge für die schulpflichtigen Kinder durch Ferienspiele usw. Wir müssen uns dieser jüngsten Generation annehmen, nicht um sie zu Sozialdemokraten zu machen, sondern um unsere erzieherischen Pflichten in gemeinsamer Arbeit gegenüber den Kindern noch mehr zu erfüllen als bisher. Die Anträge 43 und 44 verlangen ein pädagogisches Zentralblatt für die Jugendpfleger. Ueberweisen Sie auch diese Anträge der Zentralstelle, wir sind Anregungen zugänglich und greifen zur richtigen Zeit ein, wenn auch die richtigen Personen da sind. Es ist angeregt worden, den Jugendleiterkursus nicht nur in Berlin abzuhalten, sondern auch in der Provinz. Die Zentralstelle wird das ernstlich erwägen. Die Frage der 18- bis 21jährigen lege ich Ihnen dringend ans Herz. Ich bin nicht der Meinung, daß diese Maßnahmen für die 18- bis 21jährigen in erster Linie zu einer antimilitaristischen Propaganda benutzt werden sollen, sondern um aus ihnen klare, bewußte Sozialdemokraten zu machen. Dann ergibt sich ihre Stellung zum Militarismus und als spätere Soldaten von selbst. (Sehr richtig!) Wie wichtig diese Frage ist, beweist ein Artikel Erzbergers: „Junggentrum". Er will eine junge Generation der Zentrumsanhänger für die politischen Zwecke des Zentrums ins Leben rufen. Wir sollen vom Gegner lernen, auch vom Zentrum. Wir treiben mit der Jugendbewegung keine Schönfärberei, wir haben aber auch keinen Grund zum Pessimismus. Die Jugendbewegung wächst mit unserer Bewegung. Je mehr die jungen Leute aus der Jugendbewegung in die maßgebenden Körperschaften der Partei hineinkommen, desto mehr wird die Partei für die Jugendbewegung tun. (Beifall.)

Davidsohn-Berlin:

Es ist nicht möglich gewesen, trotz mehrfacher eifriger Anregungen, für die mittlere und kleine Presse über eine Sache von so ungeheurer Bedeutung, wie die Dubliner Angelegenheit aus dem Pressebureau irgendwelche Notizen oder Depeschen zu bekommen. Eine Institution der Partei, die mit einem Soll und Haben von rund 90 000 M. arbeitet, sollte wirklich solchen berechtigten Wünschen nachkommen. Antrag 77 will die Beschränkung der Fremdwörter auf das möglichste Mindestmaß. Vielleicht kommt einmal eine Zeit, in der man von einer Feier wie von der gestrigen nicht mehr als von einem Kommers redet! Es kommt in der Parteipresse nicht auf die Popularität an, wie die Genossin Zetkin in den Vordergrund gestellt hat, sondern auf die Verständlichkeit. Wenn nur eine von unseren 90 Redaktionen den Antrag berücksichtigen würde, dann hätte es sich gelohnt, ihn anzunehmen. Ein Familienblatt zum Preise von 25 Pf. ist zu teuer und wäre ein Eliteblatt mit einer derartigen geringen Auflage, daß die Institutionen der Partei, die sich damit zu befassen haben, nicht auf die Kosten kommen, wenn sie nicht eine Scherlsche Inseratenplantage daraus machen, was wir nicht hoffen wollen. Heilmann schlug vor, man solle neben der 25-Pf.-Ausgabe eine 10-Pf.-Ausgabe machen. Warum beides? Man sollte sich nur auf die 10-Pf-Ausgabe beschränken und höchstens 15 Pf. fordern. Bedenken Sie, wie es in ruhigen Zeiten aussieht mit unseren Abonnementsverhältnissen, wie soll das in Krisenzeiten sein? Und doch muß auch solchen Anstürmen stand gehalten werden. Der „Wahre Jakob", der 10 Pf. kostet, ist im letzten Jahre um 9500 Exemplare in der Auflage zurückgegangen. Bedenken Sie, wie groß der Rückgang bei dem 25-Pf.-Blatt gewesen wäre!

Heilmann sagte, wir wollen keine „Berliner Illustrierte Zeitung". Sehr richtig, aber die Auflage der „Berliner Illustrierten" könnten wir durchaus gebrauchen. Ullstein hätte sie mit 25 Pf. nie und nimmer erzielt. Bedenken Sie, daß die Großberliner Genossen eben daran sind, alle Parteiinstitutionen zu bestürmen, daß der „Vorwärts" bei siebenmaliger Ausgabe in der Woche nur 25 Pf. pro Kopf kosten soll, während er jetzt 1,10 M. pro Monat kostet. Da wollen Sie der Provinz mit diesem 25-Pf.-Blatt kommen? Das kann unter Umständen 75 Pf. pro Monat ausmachen, da zweimal im Jahre im Monat drei Nummern erscheinen. Aus dem Bericht geht hervor, daß 216 Kreise mit 225 570 Mitgliedern, also 25 Proz. unserer sämtlichen organisierten Genossen, noch mit 30-Pf.-Beiträgen pro Monat arbeiten. Und nun wollen Sie mit einem Blatte kommen, das diesen selben Monatsbeitrag noch einmal erheischt! Diese Berechnung muß noch einmal über-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/15 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

prüft werden. Das Lehrgeld, das die Partei sonst zahlen müßte, würde unter Umständen sehr teuer sein. (Sehr richtig!)

Genossin Ryneck-Berlin

spricht über die Forderung nach populärerer Schreibweise der „Gleichheit". Einige Artikel der Wiener „Arbeiterinnenzeitung" erwecken das Gefühl, als wenn eine liebevolle Freundin unsere Frauen an der Hand nimmt, um sie so in die sozialistische Zukunftsgesellschaft einzuführen. Die „Gleichheit" hat nicht eine einzige der zum Teil wertvollen Broschüren der vom Vorstand herausgegebenen sozialdemokratischen Frauenbibliothek besprochen und empfohlen. Die Worte der Genossin Zetkin haben bestätigt, daß unsere berechtigten Wünsche nicht berücksichtigt worden sind.

Dittmann-Solingen:

Scheidemann hat heute morgen es Heilmann übelgenommen, daß er behauptet hat, der Parteivorstand habe keine Flugblätter über die Militärvorlage herausgegeben. Scheidemann stellte demgegenüber fest, daß der Parteivorstand bereits vier Flugblätter herausgegeben hätte. Der Fall ist mir ein Symptom dafür, daß es in der Partei für das Gros unserer Vertreter in den gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften und für unsere Vertrauensmänner an einem laufenden Mittel der Orientierung und Information fehlt. Wenn wir heute ein Examen vornehmen würden, ob der einzelne Parteitagsdelegierte informiert ist über das, was gegenwärtig eingeleitet worden ist von der Gesamtpartei in allen Zweigen ihrer Tätigkeit, so würden unter 100 wohl 96 die Prüfung nicht bestehen. Es ist unter den heutigen Verhältnissen gar nicht möglich, über alles orientiert zu sein. Die Bewegung ist so vielseitig geworden, daß der einzelne sich notgedrungen auf ein einzelnes Arbeitsgebiet beschränken muß. Das bringt die Gefahr der Einseitigkeit mit sich. Es gibt ein Mittel, dem einzelnen, selbst wenn er sich vornehmlich auf einem Arbeitsgebiet betätigt, den Gesamtüberblick zu erhalten. Ein Beispiel dafür ist das Mitteilungsblatt, das für unsere Parteigenossen in Groß-Berlin schon seit acht Jahren besteht. Es ist natürlich zugeschnitten auf Groß-Berlin. Wenn wir aber die Sache auf unsere gesamte Parteiorganisation übertragen und ein vielleicht 14tägig erscheinendes, ähnlich gehaltenes Mitteilungsblatt einführen würden, in dem der Parteivorstand die Aktionen der nächsten Zeit, soweit sie nicht streng vertraulicher Natur sind, den Vertrauensleuten im Lande zur Kenntnis bringen würde und dem auch von der Jugendzentrale, vom Bildungsausschuß und von der Zentrale der Frauen wichtige Mitteilungen gemacht würden, dann würden die Funktionäre im Reich informiert, und die heute so vielfach vorkommende Kollision zwischen den einzelnen Arbeitsgebieten könnte vermieden werden. Ich will hier keinen formellen Antrag stellen, sondern nur eine Anregung geben, bin aber gern bereit, mit dem Parteivorstand die Anregung mit allen ihren Konsequenzen einmal durchzusprechen. Vielleicht genügt das schon, um die Anregung zu verwirklichen, und es bedarf nicht erst des Beschlusses eines späteren Parteitages.

Es ist viel geredet worden von dem Rückgang unserer Parteipresse. Da scheint es mir angebracht, auf einen Grund hinzuweisen, der als eine Rückwirkung gewerkschaftlicher Taktik anzusehen ist. Vor zehn und mehr Jahren waren die Redakteure der Parteipresse die Berater und Helfer der gewerkschaftlichen Filialleitungen an den einzelnen Orten bei den Lohnbewegungen usw. Das alles hat sich gewandelt im Laufe der Zeit. Die Gewerkschaften haben sich konsolidiert, haben sich einen großen Beamtenapparat geschaffen und es geht nicht mehr an, daß etwa die Gewerkschaftsleitungen ihre Taktik auf offenem Markt austragen können. Aber das hat dahin geführt, daß meines Erachtens heute weit über das Ziel hinausgeschossen wird. Heute gehen die großen Gewerkschaften bei großen Lohnbewegungen so weit, daß sie so gut wie keine einzige Zeile in die Parteipresse hineingeben. Das hat zur Folge, daß die Generalanzeiger-Presse sich der Dinge bemächtigt, überall horcht und in den meisten Fällen sowohl auf der Unternehmer- wie auf der Arbeiterseite von dem Stand der Dinge etwas erfährt, so daß dann unsere gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus der parteilosen Generalanzeiger-Presse ihre Informationen über den Stand der Bewegung beziehen. Die Folge ist, daß sich eine Mißstimmung gegen die Parteipresse in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder festgesetzt hat, und daß gerade die aufgeklärten gewerkschaftlichen Arbeiter, die für die Ausbreitung unserer Parteipresse in den Gewerkschaften arbeiten sollen, auf diese Parteipresse schimpfen, anstatt die Kollegen zum Abonnement zu ermuntern. Ich will nicht verallgemeinern oder persönliche Vorwürfe erheben. Aber es ist dringend notwendig, zwischen den leitenden Kreisen unserer Partei und den großen Gewerkschaften eine Rücksprache vorzunehmen, um diesem Uebermaß von Zurückhaltung ein Ende zu machen und um dafür zu sorgen, daß unsere Parteipresse auch bei großen Bewegungen die Mitglieder auf dem Laufenden halten kann über das, was sich vielleicht in geheimen Zirkularen abspielt. Ich möchte deshalb bitten, daß man in der Sitzung des Parteiausschusses, in der man über die Parteipresse reden will, auch diesen Fragen ernsteste Beachtung entgegenbringen möge. (Bravo!)

Westkamp-Düsseldorf:

Auf dem vorigen Parteitag wurde dem Parteivorstand ein Antrag überwiesen, der eine besondere Literatur für die taubstummen Parteigenossen verlangte. Wir haben bisher noch nicht gehört, daß der Parteivorstand seinem vorjährigen Versprechen nachgekommen wäre. Wir dürfen wohl hoffen, daß das in nächster Zeit geschieht. Es mag sonderbar erscheinen, wenn man einer solchen besonderen Literatur das Wort redet. Wenn wir aber sehen, wie seitens der Protestanten sowohl wie der Katholiken, seitens der Nationalliberalen wie anderer Parteien, die größten Anstrengungen gemacht werden, in diesem Kreis Anhänger für ihre Ideen zu gewinnen, so dürfen wir ebenfalls nicht tatenlos zusehen, sondern müssen auf diesem Gebiet tätig sein. Was die Agitation betrifft, so steht fest, daß ein großer Teil der Parteigenossen von dem Ausfall der preußischen Landtagswahlen nicht sehr erbaut, sondern vielmehr enttäuscht war. Von diesen Genossen sind wohl auch in letzter Zeit die meisten Vorschläge zur Förderung der Agitation gemacht worden. Mit Recht hat Scheidemann verschiedene Artikel der „Neuen Zeit", die sich mit Organisationsfragen beschäftigen, kritisiert. Ich meine auch, daß die Redaktion der „Neuen Zeit" alle Ursache hätte, solche Artikel vor der Aufnahme kritisch unter die Lupe zu nehmen. Antrag 55 verlangt, daß die „Neue Zeit" mehr ausgebaut werden und leichter verständliche Artikel bringen soll. Es kann jedenfalls nicht dazu dienen, der „Neuen Zeit" neue Abonnenten zuzuführen, wenn Polemiken in unserem wissenschaftlichen Organ geführt werden wie in letzter Zeit zwischen zwei unserer hervorragenden Schriftstellern. Ueber den Antrag 61 brauche ich nichts mehr zu sagen, nachdem wir gehört haben, daß die Genossin Zetkin von ihrem früheren Standpunkt abgekommen ist, daß wir in der „Gleichheit" nicht zu den Massen heruntersteigen, sondern die Massen zu uns heraufziehen müßten. (Klara Zetkin: Absolut nicht!) Das soll kein Vorwurf sein. Aber Sie haben bisher immer gesagt, es sei nicht möglich, die „Gleichheit" populärer zu gestalten, und heute haben Sie zugestanden, daß Sie eines besseren belehrt sind. Das geplante Familienblatt ist unbedingt notwendig, und ich kann nicht zugeben, daß der Preis von 25 Pf. für unsere Genossen unerschwinglich wäre. Wir dürfen nicht vergessen, daß der größte Teil der Parteigenossen die Schaffung eines solchen Familienblattes verlangt.

Dr. Rosenfeld-Berlin:

In bezug auf die Jugendbewegung kann ich den pessimistischen Ausführungen einiger Vorredner nicht zustimmen. Zahlen beweisen und man kann doch nicht von Schönfärberei sprechen, wenn die Tatsache vorliegt, daß die Zahl der Leser der „Arbeiter-Jugend" gestiegen ist in einer Zeit, wo die Parteiorganisationen einen Stillstand erlebt hat und die Arbeiterjugendbewegung Erfolge aufweist, wie die Partei zur Zeit des Sozialistengesetzes. Wir sehen doch auch, daß die Gegner von Befürchtungen erfüllt sind über das Wachstum unserer Jugendbewegung. Wenn Herr Dr. Oertel in der „Deutschen Tageszeitung" das äußere und innere Anwachsen der sozialistischen Jugendbewegung beklagt, so können wir uns in dieser Beziehung auf Herrn Dr. Oertel schon verlassen. Das beweist uns doch, daß wir auf dem richtigen Wege sind, der bergan führt. Durch die Zentralstelle hat die Arbeiterjugendbewegung eine reiche Förderung erfahren. Aber die Zentralstelle könnte noch mehr tun, um das Verständnis für die Notwendigkeit der Jugendbewegung unter den Parteigenossen zu verbreiten. Darum bedaure ich es, daß der Bericht der Zentralstelle nur den Parteitagsdelegierten gedruckt vorgelegt wird. Ich würde wünschen, daß unsere Parteigenossen in der Lage wären, durch einen ausführlichen, auf dem Parteitag vorgetragenen Bericht eingehender als bisher sich über die Jugendbewegung zu informieren. Die Zentralstelle sollte auch mehr als bisher durch materielle Beihilfe die Jugendbewegung in kleineren Städten unterstützen. Die Ausgaben der Zentralstelle dafür sind noch immer verhältnismäßig gering. Sie betragen in diesem Jahr noch nicht einmal 14 000 M. Auf einer Konferenz der Jugendausschüsse in Thüringen hat man darüber geklagt, daß die Zentralstelle kein Geld dafür hat, in Thüringen einen Jugendsekretär anzustellen. Auch das Rundschreiben, das die Zentralstelle herausgibt, müßte mehr ausgestaltet werden. Von der Bekämpfung der Jugendbewegung durch unsere Behörden können gerade wir in Berlin ein Lied singen, wo wir das Vergnügen haben, unter Herrn v. Jagow die Berliner Arbeiterjugend für uns zu gewinnen. Wir halten von der Jugendbewegung die Politik streng fern. Darüber, daß unsere Jugendbewegung unpolitisch sein muß, besteht heute keine Meinungsverschiedenheit mehr. Ich möchte das aber doch auf unserem Parteitag betonen, weil die Behörden immer noch der Ansicht sind, wir meinen es mit dem Fernhalten der Tagespolitik von der Jugendbewegung gar nicht ernst. Anders liegt es aber mit den Jugendlichen über 18 Jahren. Gegen deren politische Betätigung und Aufklärung besteht kein pädagogisches oder juristisches Bedenken. Es hat reichlich lange gedauert, bis unsere leitenden Behörden in der Partei sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß für diese Jugendlichen Maßnahmen zur politischen Aufklärung notwendig sind. Die hier von Scheidemann und Schulz angeführten Maßnahmen reichen aber nicht aus und ich halte das eigentlich für keine Erledigung des Parteitagsbeschlusses vom vorigen Jahre, daß lediglich ein Zirkular mit gewissen Anregungen herausgegeben wird. Mindestens muß die Möglichkeit gegeben werden, daß Jugendsektionen der Wahlvereine für über 18 Jahre alte gegründet werden. Ich möchte wünschen, daß der Parteivorstand im nächsten Jahre noch mehr sein Augenmerk auf die Agitationsarbeit unter den über 18 Jahre alten richtet. Das wird zur Stärkung der Jugendbewegung und zur Stärkung unserer Partei dienen. (Beifall.)

Birkholz-Hamburg:

Es scheint mir notwendig zu sein, gegen die Forderung, die mein Vorredner zuletzt vertreten hat, Stellung zu nehmen. Ich freue mich über die vom Bildungsausschuß in Verbindung mit dem Parteivorstand vorgeschlagene Resolution, aber die Forderung, die zum Beispiel bezweckt, innerhalb der politischen Organisationen besondere Jugendsektionen zu gründen, sind entschieden verfehlt. Dringend notwendig ist es, daß den über 18 Jahre alten die Möglichkeit gegeben wird, sich in geeigneter Weise wissenschaftlich auszubilden und zu schulen. Braun gegenüber möchte ich bemerken, daß unsere Genossen auch in kleinen Orten so weit sind, den Jugendlichen das Selbstbetätigungsrecht zu gewährleisten. Der Fehler liegt auf anderem Gebiet. Es fehlt namentlich in den kleineren Städten an pädagogisch vorgebildeten Jugendleitern. Vor allem möchte ich deshalb die Herausgabe einer Zeitung empfehlen, die für die Jugendleiter bestimmt ist, und deshalb bitte ich dringend um Annahme der Anträge 53 und 54. Auf die Dauer werden wir unbedingt Kräfte für die Jugendbewegung anstellen müssen.

Wittich-Leipzig

begründet die Anträge 53 und 54. Die Partei muß für einen Zweck, der sich schon in wenigen Jahren hundert- und tausendfach bezahlt machen wird, die notwendigen Mittel hergeben. Die Personenfrage kann heute als gelöst gelten. Wenn ein derartiges Blatt für die Jugendleiter erscheint, wird es auch aus den Reihen solcher Lehrer bereitwilligst Unterstützung finden, die jetzt öffentlich ihre Meinung nicht sagen dürfen, während sie doch mit unserer Bewegung sympathisieren. Wir müssen eine größere Anzahl von Jugendheimen schaffen und für die Entschädigung derjenigen sorgen, die als Jugendpfleger und Beiräte in Frage kommen. Wenn die Zeitung so rasch wie möglich eingeführt wird, wird es mit der Jugendbewegung rascher vorwärts gehen.

Gottschalk-Königsberg

spricht zu den Anträgen auf Einsetzung einer Agrarstudienkommission. Die Studienkommission muß von dem Vertrauen der Gesamtpartei getragen und deshalb vom Parteitag gewählt werden, wie sie auch auf dem Parteitag Rechenschaft zu geben hat. Auch 1894 wurde die Agrarkommission von der Partei selbst gewählt. Wir können dem Parteivorstand und dem Ausschuß das größte Vertrauen entgegenbringen, aber noch mehr Vertrauen müssen wir zu uns selbst haben. An Zeit zur sorgfältigen Vorbereitung der Wahlen fehlt es auf dem Parteitag nicht. Ich beantrage daher, daß der Parteitag die Agrarstudienkommission selbst wählt.

Panzer-Bayreuth:

Wenn unsere Jugendbewegung nicht die erwünschten Fortschritte macht, so muß man bedenken, daß die Maßnahmen gegen die Arbeiterjugend geradezu ins Ungeheuerliche gestiegen sind. In Bayreuth ist den Fortbildungsschülern unter Androhung von Strafe verboten worden, den Stenographieunterricht des Jugendausschusses mitzunehmen, und wer trotzdem dorthin gegangen ist, ist vom Gendarm aus der Fabrik in den Karzer abgeholt worden. So wird bei uns in Oberfranken gegen die allgemeine Arbeiterbewegung aufgehetzt. Es hängt das zusammen mit der infamen Agitationsweise unserer Liberalen, mit denen wir noch dazu in wilder Ehe zu leben gezwungen sind. Die Liberalen haben bei ihrer Agitation den Unternehmern versprechen müssen, ihnen möglichst zu Diensten zu sein. Wenn diese die Kosten für die Sekretäre tragen, so suchen sie mit Hilfe der Unternehmer die Arbeiter zu zwingen, in ihre Unterstützungsvereine einzutreten. In den letzten Tagen ist es ihrer maßlosen Hetze gelungen, daß unsere Zeitung konfisziert wurde, weil wir ein Klischee vom „Vorwärts" über die Feier in Kelheim abgedruckt haben. In Preußen war das Bild nicht beanstandet worden. Das illustrierte Wochenblatt, das herausgegeben werden soll, wird beim Preis von 25 Pf. kaum eine Zukunft haben. Durch die Massenauflage würde ein billigerer Preis leicht ausgeglichen werden können. Das Zentrum hat in Bayern gerade durch seine billigen Familienblätter große Erfolge erzielt.

Stuhl-Spandau:

Nach den Ausführungen des Genossen Schulz hoffe ich, daß die Zentralstelle dem Antrag 16 Rechnung tragen wird, weil wir alle Ursache haben, auch die weibliche Jugend aufzuklären für ihren späteren natürlichen Beruf als Mütter und Erzieher der Kinder.

Schrader-Hannover

bittet, den Antrag 17 anzunehmen oder wenigstens dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Wenn über die Gründe der Stellungnahme der Reichstagsfraktion gleich nach Abschluß der Verhandlungen Bericht erstattet wird, dann wird mancher zu weit gehenden Kritik, wie bei der Militär- und Deckungsvorlage, der Boden entzogen werden. Kritik in der Partei soll gewiß stattfinden, aber nur bis zu gewissen Grenzen. Wenn Heilmann sagt: Ja, ich bin darüber nicht informiert, so geht es über das Verantwortlichkeitsgefühl hinaus, wenn man trotzdem in dem Maße Kritik übt, wie das von verschiedenen Seiten der Fall gewesen ist. Damit wird uns die Agitation nur erschwert.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Jungnickel-Annaberg:

Ein Mangel an Lehrern für die Unterrichtskurse besteht in der Tat. Es ist uns beinahe unmöglich, in den entlegenen Orten Kurse abzuhalten. Der Bildungsausschuß sollte für einzelne Provinzen Lehrer zu gewinnen suchen, die, wie zum Beispiel im Erzgebirge, wo wir mittellos sind, noch billiger arbeiten müssen, als das bisher beim weitesten Entgegenkommen des Bildungsausschusses möglich war. Dann werden wir den Sozialismus auch in die entlegensten Dörfer verbreiten können.

Fries-Köln:

Wenn Scheidemann sagt, daß sämtliche Angestellte Kulturpioniere seien, so möchte ich als einfacher Arbeiter das stark bezweifeln. Ich protestiere dagegen, daß die Genossen, die an den Angestellten Kritik üben, als Beamtenhetzer hingestellt werden. Die Genossen, die sich eine Kritik einzelner Angestellter gestattet haben, haben die hauptsächlichste Parteiarbeit geleistet. Wir wollen durch solche Kritik Partei und Gewerkschaft nur fester zusammenschmieden. Bei der Maifeier werden die Angestellten ja Gelegenheit haben, zu beweisen, ob sie wirklich Kulturpioniere sind oder nicht.

Auer-München:

In bezug auf die Zeitung in Kaiserslautern hat Braun wohl nur seiner persönlichen Meinung Ausdruck gegeben; denn unsere Verhandlungen mit dem Parteivorstand sind noch nicht abgeschlossen. Für die Frage, ob eine neue Zeitung gegründet werden soll, dürfen nicht nur fiskalische Gründe maßgebend sein, sondern es müssen auch der politische Wert und die wirtschaftliche Notwendigkeit berücksichtigt werden. Wenn der Parteivorstand in seinem Bericht davon spricht, daß wir eine so geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen haben, daß es an Stagnation grenzt, so hätte er auch die Ursache mitteilen sollen. Es ist doch Tatsache, daß wir heute bei Zulassung unserer Mitglieder einen viel strengeren Maßstab anlegen als früher. Früher haben wir Tausende von Mitgliedern geführt, die keine Beiträge gezahlt haben, während jetzt eine viel genauere Durchsiebung erfolgt. Dieses Moment sollte man berücksichtigen und nicht nur flau machen. Auch unsere Jugendbewegung geht vorwärts, obwohl sie mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu rechnen hat. Die unermüdliche Kleinarbeit, das harmonische Zusammenwirken und der unerschütterliche Glaube an den Sieg unserer Sache müssen uns zum Ziele führen. Zur Kopfhängerei haben wir gar keine Ursache. (Beifall.)

Helene Grünberg-Nürnberg:

Unsere freie Jugendorganisation hat auch darunter zu leiden, daß sich so viele Vereine aus unseren eigenen Reihen, wie Turn-, Schwimm-, Gesangvereine und stenographische Klubs um die Jugendlichen bemühen. Auch die Geldfrage spielt eine Rolle. Die Arbeiterbewegung braucht selbst viel Geld, und da bleibt für die Jugend nicht allzuviel übrig. Trotzdem geht es vorwärts. In Nürnberg haben wir im letzten Jahre einen Zuwachs von 500 Jugendlichen gehabt. Wenn die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" maßgebend sein soll, so müssen wir daraus sehen, daß sie so ist, daß die jungen Leute sie auch lesen. Sie ist jetzt geschrieben für junge Leute über 18 Jahre. Wir geben sie aber den jungen Leuten unter 18 Jahren in die Hände. Wir wollen die jungen Leute zu selbständigen Menschen erziehen, und wenn uns dabei die „Arbeiter-Jugend" etwas näher zur Seite stünde, wäre das nur zu begrüßen. Aber ihre Artikel sind zu schwer verständlich. Auch der kleine Druck feuert nicht zum Lesen an. Lieber halb soviel Stoff und das, was im Blatt steht, mit größerer Schrift und mehr dem Verständnis der Jugend angepaßt. Dann werden die jungen Leute die „Arbeiter-Jugend" lesen, und es wird mit unserer Jugendbewegung vorwärtsgehen.

Stücklen-Berlin:

Wenn Ad. Braun sich so aufgehalten hat über die Uniformität der Presse, so ist er doch auch nicht ganz sündenfrei. (Hört! hört!) Auch die „Fränkische Tagespost" bringt ziemlich viel aus dem verpönten Pressebureau. Alle schimpfen, alle drucken ab, aber keiner sagt, wie man es besser machen soll. Die Tätigkeit der Kollegen im Pressebureau ist keineswegs beneidenswert. Es ist nicht angenehm für die ganze Parteipresse den Prügelknaben abzugeben. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß Braun dem Parteivorstand nächstens Vorschläge unterbreitet, wie eine Besserung herbeigeführt werden soll. Bei der Gründung war der Gedanke maßgebend, das Pressebureau soll politisch geschlechtslos sein (Heiterkeit), es soll eine eigene Meinung überhaupt nicht haben. Das ist an sich nicht leicht. Wir haben radikale und nicht radikale Blätter, und so zu schreiben, daß es allen paßt, ist auch eine Leistung, die man nicht allzu gering anschlagen sollte. Ich habe schon bei Schaffung des Pressebureaus darauf hingewiesen: Wo sollen wir denn die Nachrichten hernehmen. Wir können doch nicht in die Ministerien und Reichsämter gehen, um dort Nachrichten zu holen. Vielleicht würden wir sie das erstemal bekommen, aber sobald wir unsere Kritik daran knüpfen, würde man uns die Tür von außen zumachen. Wir sind also auf die bürgerliche Presse angewiesen und müssen das, was sie bringt, mit entsprechenden Bemerkungen begleiten. Man wirft uns vor, daß unsere Schwänze zu lang seien. (Heiterkeit.) Wir haben sie verkürzt, haben uns aber leider noch immer nicht allen Wünschen anpassen können. (Erneute Heiterkeit.) Wir baten einmal einen Genossen, der als Schriftsteller einen guten Ruf genießt, in das Pressebureau zu kommen und uns zu zeigen, wie es zu machen ist. Er hat sich den Betrieb angesehen, und gegen 8 Uhr vormittags meinte er, jetzt müßten doch eigentlich die Nachrichten kommen. Aber was nicht kam, das waren die Nachrichten. Wenn das Pressebureau nicht richtig funktioniert, tragen die Genossen in der Parteipresse die Schuld. Entweder geben sie uns überhaupt keine Nachricht oder solche, die bereits in ihren Blättern erschienen sind. Es war vorgesehen, daß der politische Redakteur der Parteipresse das Pressebureau bedienen soll. Aber statt dessen hat man die Mitarbeiter ausgesucht nach dem Gesichtspunkt: Wer kann am besten das Honorar gebrauchen. (Zuruf: Das können wir alle gebrauchen! — Heiterkeit.) So kommt es, daß wir Mitarbeiter haben, die uns erst ein bis zwei Stunden, nachdem das Blatt erschienen ist, bedienen. Darunter leidet die Berichterstattung ganz außerordentlich. Wir haben alles getan, was wir tun konnten. Wir haben höfliche Briefe geschrieben und Briefe, die das Gegenteil von Höflichkeit waren. (Heiterkeit.) Aber wir haben nichts erreicht. Gerade aus Nürnberg bekommen wir gar nichts, ebensowenig aus München und Hamburg, trotz aller Mühe, die wir uns gegeben haben. Soll das Pressebureau besser funktionieren, dann müssen in allen politischen Zentren des In- und Auslandes fest besoldete Berichterstatter angestellt werden. Aber das würde mit enormen Kosten verknüpft sein, und es soll ja immer nichts kosten. Davidsohn hat bemängelt, daß wir über Dublin so wenig berichtet haben. Soviel wir wissen, hat die Generalkommission sich um Nachrichten bemüht, aber es ist ihr nicht gelungen. Wir haben uns damit geholfen, daß wir Auszüge aus den „Vorwärts"berichten telephonieren haben. Wir können keine Nachrichten geben, die wir uns selbst nicht beschaffen können. Auch sind die Wünsche sehr verschieden. Ueber die Kommissionsberatungen im Reichstag will das eine Blatt lange Berichte, das andere nur ganz kurze Auszüge haben. (Die Redezeit wird verlängert.) Man könnte sagen, es sollen zwei oder drei Berichte hergestellt werden. Aber im Pressebureau sitzen nur drei politische Redakteure, deren Arbeitszeit 13 Stunden beträgt und die im Sommer nur alle fünf Tage einen Tag frei haben. Uns kann also nicht vorgeworfen werden, daß wir nicht mit dem nötigen Eifer bei der Sache sind. Wir haben einen Beirat für das Pressebureau, in dem fünf erfahrene Redakteure sitzen. Die werden bestätigen, daß wir uns seit Jahren um den weiteren Ausbau des Nachrichtendienstes bemühen. Bisher ist aber alles fehlgeschlagen. Meint man, daß das Pressebureau eine vollkommen verfehlte Gründung ist, so wird man am besten tun, es zu beseitigen. Solange aber nicht der Weg zur Besserung gezeigt ist, weise ich alle Vorwürfe gegen das Pressebureau zurück.

(Schluß im Hauptblatt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/16 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

eine beschaffen, die Volkshaus-Arbeiterbibliothek aufzulösen und deren Bücherbestände (78) der in der Gründung begriffenen Zentral-Arbeiterbibliothek Plauenscher Grund zu überweisen. Im Februar 1909 wurde die Bibliothek als Ausgabestelle der Zentral-Arbeiterbibliothek Plauenscher Grund mit einem Bücherbestand von 217 Bänden im Gasthof Gittersee eröffnet. War die frühere Ortsvereinsbibliothek ohne jede Bedeutung geblieben, so wurde die Sache nunmehr anders. Schon im selben Jahre entliehen 177 Benützer 1294 Bücher. Im Jahre 1910 wurde der Bücherbestand auf 407 Bände erhöht, 161 Benützer entliehen 2321 Bücher. Im April 1911 wurde die Bibliothek in Privaträumen, ihrem jetzigen Heim, untergebracht. Die Wirtshausräume erschwerten den Bibliotheksbetrieb, außerdem wurden die weiblichen und jugendlichen Personen behindert. Daß die Verlegung der Bibliothek sehr angebracht war, beweist der Umstand, daß 1911 bei einem Bücherbestand von 536 Bänden 278 Personen 4867 Bücher entliehen, also über doppelt so viel wie im Jahre vorher. Die Entwicklung der Bibliothek blieb auch im Jahre 1912 nicht stehen. Bei einem Bücherbestand von 704 Bänden wurden von 302 Benützern 5026 Bücher entliehen. Auch das erste Halbjahr 1913 hat wieder wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. Bemerkt sei auch, daß die prozentuale Entleihung zwischen belehrender und unterhaltender Literatur zufriedenstellend ist; es wurden 1912 entliehen: 38,19 Proz. Unterhaltungsliteratur, 32,69 Proz. wissenschaftliche und 29,12 Proz. Jugendliteratur. Daß durch die Verschmelzung der Zentral-Arbeiterbibliothek Plauenscher Grund mit der in Dresden bestehenden auch unserer Ausgabestelle wesentliche Vorteile zugute kommen, dürfte bekannt sein, erwähnt sei nur, daß die Bücherbestände nicht mehr wie früher gewechselt werden. Unsere Ausgabestelle verfügt jetzt über einen festen Bestand von zirka 1800 Bänden. Ein demnächst erscheinendes Bücherverzeichnis gibt über die Art und die Einteilung der Bücher Aufschluß. So können wir bei der Eröffnung der Bibliothek den Wunsch und die Erwartung aussprechen, daß die organisierte Arbeiterschaft des hiesigen Bezirks dieses Bildungsinstitut, um das uns die Bürgerlichen beneiden, zu schätzen und zu würdigen weiß. Jeder Genosse, jede Genossin benütze die Geistesschätze zur geistigen Weiterbildung. — Die Bibliothek befindet sich in Coschütz, Dresdner Straße 61, part., Hofeingang. Geöffnet: Mittwochs und Freitags ½7 bis 8 Uhr, Sonntags 10 bis 12 Uhr vormittags. Zwecks Ausstellung einer Lesekarte muß das Mitgliedsbuch der Gewerkschaft, Partei oder Mitgliedskarte des Jugendbildungsvereins vorgelegt werden. Die Lesekarten der Zentralbibliothek Plauenscher Grund sind ungültig.

Kleine Mitteilungen

Die Grundsteinlegung zu einem eigenen Theater der Neuen Freien Volksbühne in Berlin ist Sonnabend erfolgt worden. Das Theater soll bereits im nächsten Herbst eingeweiht werden.

In der Reihe der Sächsischen Heimatschutz-Postkarten sind jetzt zwei neue Serien über Dresden erschienen, die sich würdig den bis jetzt aus anderen Landesteilen veröffentlichten Karten anschließen. Die Serien bringen Bilder der bedeutendsten Dresdner Bau- und Kunstdenkmäler in geschmackvoller Ausstattung. Die Aufnahmen stammen wieder von Fräulein Berta Zillessen in Bautzen, die auch die Karten verlegt hat.

Der Forschungsreisende und Orientalist Professor Dr. Vambery ist in Budapest im Alter von 81 Jahren gestorben.

In der Leipziger Jahresausstellung 1913 hat noch eine Veränderung stattgefunden, und zwar sind an Stelle der Kollektion österreichischer Künstler, deren Bilder größtenteils Eigentum der K. K. Staatsgalerie in Wien sind, einige interessante Werke von Thoma, Corinth, Hodler, Buchl, Liebermann, Pellar, Stuck, Trübner und Uhde aufgenommen worden.

Die beiden Maschinenhallen auf der Internationalen Buchgewerbe-Ausstellung Leipzig 1914 sind von einer Größe, wie sie noch auf keiner internationalen Ausstellung in Deutschland gesehen wurden. An die bisherige Halle der diesjährigen Leipziger Ausstellung, die einen Flächenraum von zirka 5500 Quadratmeter umfaßt, wird eine zweite Maschinenhalle angeschlossen, die 6700 Quadratmeter groß ist, so daß die beiden Hallen zusammen etwa 12 200 Quadratmeter, mit den Verbindungsgängen rund 13 000 Quadratmeter einnehmen. Eine eigene Gleisanlage, die mit der Staatsbahn verbunden ist, führt zu den Maschinenhallen, um den gewaltigen Güterverkehr bewältigen zu können. In möglichst internationaler Vollständigkeit werden hier alle zum Gewerbe gehörenden Maschinen und Apparate vorgeführt werden, und zwar so, daß die Maschinen zur Leistung praktischer Arbeit in Betrieb gehalten werden.

Bei dem großen Interesse, das der Internationalen Baufach-Ausstellung in aller Welt und bei allen Bevölkerungsschichten entgegengebracht wird, dürfte es vielen eine willkommene Nachricht sein, daß der Eintrittspreis nicht wie früher erst von 7 Uhr an, sondern jetzt bereits von 6 Uhr abends an nur 50 Pf. beträgt.

Das Giornale d'Italia berichtet, daß bei den Ausgrabungen in Pompeji der Hafen der Stadt entdeckt worden ist; er liegt 700 Meter vom Stabiator und 1250 Meter landeinwärts von der heutigen Küste. Die Mole und andere Hafenbauten sind sieben Meter hoch vom Erdboden bedeckt.

Zeitschriften

„März". Eine Wochenschrift, gegründet von Albert Langen und Ludwig Thoma. Geleitet von Dr. Theodor Heuß — enthält in der Nummer 37 seines 7. Jahrganges unter anderem: K. Moraht: Die „Neue Armee". — Eugen Fischer: Bocher. — Arno Holz: Phantasus. — Martha Voß-Zietz: Ungeeignete Lektüre. — ... — Die politische Woche der ... — 2.: Baden und das Reich. — Erich Mühsam: Das Gemeindebestimmungsrecht. — Der „März" kostet pro Nummer 50 Pf. Man kann ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom März-Verlag G. m. b. H. in München.

Heiteres

Vom lustigen Onkel Sam. Nicht ihre Schuld. „Ellen," sagt die Hausfrau zum Dienstmädchen, „jetzt habe ich's aber satt mit Ihrer Nachlässigkeit. Sehen Sie mal, wie hoch der Staub auf den Möbeln liegt. Der ist wenigstens sechs Wochen alt." „Bitte sehr, dann ist es nicht meine Schuld," antwortet Ellen mit der Miene der gekränkten Unschuld. „Sie wissen sehr gut, gnädige Frau, daß ich erst vier Wochen da bin."

Kindermund. Die kleine Anne hat gehört, daß die Seele etwas ist, was man wohl spüren, aber nicht sehen kann, und sie denkt nun eifrig diesem merkwürdigen Dinge nach. Eines Tages aber kommt sie strahlend zur Mama gelaufen und ruft: „Jetzt weiß ich, was meine Seele ist — ein Windstoß!"

Ein anderes Kind. Herr am Strand zu einem im Sand schaufelnden Knaben: „Du baust wohl eine Burg, mein Junge?" „Nee, ich bau ein Hotel; Burgen bringen heutzutage nichts ein."

Dresdner Kalender

Theater. Direktor Streich-Sarrasani und Prof. Max Reinhardt trafen am Sonntag abend in Dresden ein, um die gemeinsamen Dispositionen für die Aufführungen zu treffen. An den Konferenzen nahmen außerdem teil Karl Vollmöller und Regierungsbaumeister Heinrich Vermburg, der den Aufführungen den dekorativen Rahmen geben wird. Augenblicklich wird an der Einstuderung der Massenszenen fleißig gearbeitet. Diese erfolgt unter Oberleitung von Max Reinhardt durch fünf Regisseure des Deutschen Theaters in Berlin, unter ihnen Herr Berthold Held, Reinhardts rechte Hand in der Einarbeitung der Massenszenen. Den musikalischen Teil der Aufführungen hat der Kapellmeister Einar Nielsen übernommen. Die Handlung des Mysteriums, bekanntlich eine alte Marienlegende, wurde von Engelbert Humperdinck musikalisch fast vollständig im Oratorienstile illustriert. Auf das gesprochene Wort ist vollständig verzichtet, dagegen bringt das Werk eine Reihe liturgischer Gesänge. Chor- und Sologesang unterstützen die rein pantomimisch dargestellte Begebenheit.

Der Vorverkauf für die Aufführungen ist in Dresden bei Hermann Herzfeld, in Berlin bei A. Wertheim bereits eröffnet. Unbemittelte können sich bereits für den Preis von 50 Pfennig die Teilnahme an diesen erstklassigen Theater-Ereignisse ermöglichen. Der Vorverkauf findet lediglich an der Theaterkasse des Warenhauses Hermann Herzfeld statt.

Mitteilungen aus dem Bureau der Königl. Hoftheater. Im Königlichen Opernhause wird Donnerstag den 18. September Bizets Carmen mit Fräulein Tervani als Carmen, Herrn Soot als Don José, Herrn Staegemann als Escamillo (zum ersten Male) und Fräulein Seebe als Micaela aufgeführt. Beginn der Vorstellung 7½ Uhr.

Den Abonnenten der Sinfoniekonzerte Serie A und B im Kgl. Opernhause wird hierdurch bekanntgegeben, daß sich in der Herausgabung der Abonnementskarten für die kommende Saison insofern eine Aenderung notwendig macht, als dieselbe bereits vom 23. bis mit 30. September während der üblichen Vormittagskassenstunden an der Konzertkasse des Kgl. Opernhauses (Zwingerseite) erfolgt. Die von den bisherigen Inhabern nicht wieder eingelösten Abonnements werden am 1. Oktober weiter vergeben.

Musik. Donnerstag, 18. September: Mitja Chasikam, im Palmengarten. Dienstag, 30. September: Sascha Culbertson, Violine, Otto Bikel, Klavier. Sonnabend im Palmengarten. Mittwoch, 1. Oktober: Raoul von Koczalski, erster Chopin-Abend im Palmengarten. Donnerstag, 2. Oktober: Jascha Heifetz, der 13jährige Wundergeiger, einziges Konzert im Vereinshaus. Sonnabend, 4. Oktober: Edwin Fischer, Klavierabend im Künstlerhaus. Freitag, 3. Oktober: Martha von Lund, Tanzabend mit neuem Programm, am Klavier Karl Pretzsch, im Künstlerhaus. Sonntag, 5. Oktober: Premiere von Claudel's Verkündigung im Festival der Bildungsanstalt Hellerau. — Karten in den Kgl. Hofmusikalienhandlungen F. Ries (F. Plötner), Seestraße 21 (Eingang Ringstraße), und Ad. Brauer (F. Plötner), Hauptstraße 2, von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr.

Museen. Im Heimatkundlichen Schulmuseum des Dresdner Lehrervereins (Sedanstraße 19) werden in einer Abteilung: Schul- und Bildungswesen der Heimat seit Jahren mit gutem Erfolge die verschiedensten Gegenstände (gedruckte und geschriebene Schulbücher, Zeichnungen, Nadelarbeiten, Zeugnisse, Aufsatzvorschriften, Alben, Bilder von Schulen, Schulmännern und Schulfesten, Handschriften, Prämien, Denkmünzen usf.) aus der Zeit 1800 bis 1900 gesammelt, die geeignet sind, die Entwicklung, vor allem des gesamten Elementarschulwesens in unserer Stadt (öffentlich und privat, evangelisch und katholisch), zu kennzeichnen. Bei den bevorstehenden Umzügen sei erneut die Bitte ausgesprochen, dem Institut derartige Objekte zu überweisen. Um unliebsamen Verwechslungen vorzubeugen, wird genaue Adressierung: Heimatkundliches Schulmuseum des Dresdner Lehrervereins (Vorsitzender E. Fergel) erbeten.

Arbeiter-Schachklub. Heute abend 8 Uhr Spielabend im Volkshaus. Gäste willkommen.

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 215 Dresden 16. September 1913

Dresden – Wien – Triest – Venedig

2

Gegen die Adelsberger Grotte sind die im Harz und in Franken befindlichen wahre Mauselöcher. Alle waren auf dieses Naturschauspiel sehr gespannt und niemand wurde enttäuscht. Mit Musik an der Spitze zogen wir durch Adelsberg nach der Höhle. Staunend und bewundernd ging es dann durch die großartige, nur von wunderbar geformten Tropfsteinbildern belebte Einsamkeit. Von der Decke tropft unaufhörlich das mit aufgelöster Kalkerde gesättigte kristallhelle kalte Wasser. Es setzt oben durchsichtige, weiße, hohle Tropfsteinröhren an und bildet da, wo die Tropfen auf den Boden fallen, nach und nach Erhebungen, bis endlich nach einer kleinen Ewigkeit die von oben herabwachsenden Röhren, Zacken und Spitzen mit den von unten nach oben strebenden stumpfen Kegeln zusammentreffen und Säulen bilden, die am ehesten mit ungeheuren Stangenkuchen zu vergleichen sind. Nach kurzer Wanderung durch die elektrisch erleuchteten Gänge stehen wir in einem majestätischen Dome auf einer langen natürlichen Felsenbrücke, unter der das flüchtige Poik rauschend in die Eingeweide des Berges hinabstürzt. Stundenlang geht es nun durch turmhohe Säle, niedrige Felsstuben, gewölbte Gänge, von Säulen jeder Ordnung getragen, an glitzernden treppenartigen Wänden entlang, über Abgründe, Täler und Berge. Dabei schallen seltsame Töne aus den entfernten, glänzenden Räumen, und eine erfrischend reine, wohlige Luft umgibt uns, so daß die Wanderung zum Genuß wird.

Verwirrt und verblüfft steht man vor den gleißenden Kalkspatfäden, den pfeifenartigen Tropfen und mosaikartigen Zusammenhäufungen. Bogen, Kuppeln, Pfeiler, Zuckerhüte, Kapitelle, Nische und Holzleisten sind hier, wie an den Tempeln und Kirchen, die Menschen bauten. Alle möglichen Gebilde haben die schaffenden Naturgewalten erzeugt: Schildkröten, Elefantenköpfe, Löwen, Schwämme, Palmbäume u. a. Der Phantasie jedes Einzelnen ist freier Spielraum gegeben. Da ist vor allem der „Vorhang"! Es ist dies eine prachtvolle dünne Tropfsteinmasse, die wie ein Vorhang in täuschenden Falten herabhängt und, um die Täuschung zu vollenden, am unteren Rande mit einer orangefarbigen, streifigen Kante eingefaßt ist. Es ist ein wunderbarer Anblick, das elektrische Licht durch dieses Gebilde wie durch weißes durchsichtiges Porzellan hindurchscheinen zu sehen. In dem großen „Tanzsaal" mit seinen grellen Bogenlichtern und leuchtenden Kronen spielte eine Musikkapelle lebhafte Tanzweisen, ein Verwaltungsbeamter der k. k. Grottenverwaltung begrüßte die Besucher der Grotte im Namen des k. k. Ministeriums des Innern und wies auf die Entstehung und die naturhistorische Bedeutung der Höhle hin. Von den über 21 000 Meter langen erforschten Räumen sind 5000 Meter bequem zugänglich gemacht. 46 Touristen und 1200 Arbeiter besuchten die Höhle.

Wieder fuhr der Zug durch die Karstwüste, der Adria entgegen. Bei Nabresina konnten wir an das Abteifenster, wo der Dampfwagen hinunterkeucht aus den eingesprengten Felsengassen, so daß es vom Meere gesehen scheint, als wolle er sich kopfüber in die Tiefe stürzen, wo mit einem Male seine Insassen geblendet werden von der unabsehbaren Fläche, die sich tief unter ihnen bewegt. Hier genießen wir zum ersten Male den Anblick des blauen, im leuchtenden Sonnenschein ruhig daliegenden Adriatischen Meeres, das mit vielen bunten Fischerbooten belebt ist. Trunkenen Blickes wollen wir uns nicht mehr von ihm abwenden, da taucht auch schon das schöne Triest, dort das in seinen normannischen Formen wie ein verzaubertes Zauberschloß dreinschauende Miramare (Bewundere das Meer!) auf.

Im Bahnhofe von Triest erwarten uns die Triester Genossen mit einer großen blutroten Fahne und begrüßen uns stürmisch. Mit einer Musikkapelle und der Fahne an der Spitze ziehen wir hinaus auf den geräumigen Vorplatz, wo Kopf an Kopf eine zahlreiche Menschenmasse steht, die mit Händeklatschen und dem immer und immer wiederholten begeisterten Rufe: Evviva Internazionale! die anmarschierenden Gruppen der Deutschen mit südlichem Feuer willkommen heißt. Der nun folgende Zug durch die Stadt nach dem Volksheim gestaltete sich zu einer mächtigen Demonstration für die internationale klassenbewußte Arbeiterbewegung, die neben dem Empfang in Venedig zu den erhebendsten Momenten der Reise zählt. Abwechselnd erklangen auf dem langen Wege italienische und deutsche Arbeiterkampflieder, die von dem zahlreich spalierbildenden Publikum mit den Rufen: Evviva Internazionale! Evviva Tedeschi! beantwortet wurden. Alles ist in Bewegung, hoch fliegen die Wogen der Begeisterung, immer und immer wieder wird in leidenschaftlicher Erregung die Internationale angestimmt.

Vom Volksheim wurden die einzelnen Gruppen unter Führung nach den Hotels, den einzelnen Familien und nach den Massenquartieren der Austro-Americana-Linie gebracht. Am anderen Morgen ging es zu Schiff nach Grignano und Miramare, nach dem Seebad Muggia und nach Capodistria, mit der Zahnradbahn nach Opcina, wo man nicht müde wird, vom Obelisken den herrlichen Anblick der Adria mit Golf und Stadt zu genießen, zu Fuß nach Barcola ins Strandbad, oder nach Contovello, Servola und Cimitero.

Es wird wenig Städte geben, die sich mit dem terrassenförmig angelegten Triest an Schönheit der Lage messen können. Es fehlen aber die historischen Linien. Man sieht zu sehr die neue Stadt und dann wieder die ausgesprochene Handelsstadt, in der der Postpalast schöner als die schönste Kirche, die Börse schöner als das Rathaus und der Lloydpalast schöner als das schönste Museum ist. Die alte Stadt sieht wesentlich anders aus. Sie hat ausgeprägten italienischen Charakter. Das Volk hat das Rathaus mit seiner der Altstadt vorgelagerten langen Front bezeichnenderweise der „Vorhang" getauft, weil es den Fremden den Blick in die engen, winkligen und auch schmutzigen Gäßchen, in denen die Armut verborgen ist und durch die kein Wagen fahren kann, entziehen soll.

Am Börsenplatz, ganz in der Nähe der Piazza Grande, schoß im Jahre 1902 das gegen streikende Hafenarbeiter aufgebotene Militär in demonstrierende Volksmassen. Sechs Arbeiter waren sofort tot und zahlreiche verwundet. Am Maria-Theresia-Denkmal auf der Piazza Grande erfolgte eine zweite Salve mit ähnlichem Erfolg. Das werden die Triester Arbeiter ihren Feinden nie vergessen. Ueberall hörte man sie mit verhaltenem Zorn davon erzählen.

Auf denselben Plätzen und auf dem Corso konnten wir am Abend die funkelnde und prunkende vornehme Welt sehen. Bei vorzüglichen Konzerten sitzt sie hier behaglich an Hunderten von kleinen Marmortischchen, die direkt auf der Straße oder dem Platze stehen, in den glänzenden und blendenden Lichtfülle der zahlreichen Cafés, oder flaniert hin und her. Hier macht sich der Glanz gewisser Toiletten breit, Geschmeide blinkt und dunkle Augen blitzen und flirten. Es ist die Welt des Nichts, die träumt und sich vermischt, nicht die, auf der man steht und wächst, die Welt der — Arbeit. Die ist zu sehen am Hafen, wo die das internationale Kleid der Handarbeit tragenden Arbeiter, Matrosen und Kuler mit dem erst beginnenden Tage schwere Lasten in die und aus den Schiffen schleppen, daß der Schweiß in hellen Bächen über die braunen Gesichter und die nackten Schultern rinnt.

Die Bevölkerung ist zum größten Teil italienisch, ebenso die Sprache. Man erhielt aber überall in deutscher Sprache freundliche Auskunft, sowohl in den unteren wie in den oberen Schichten.

Viel Neues bot der Obstmarkt mit all den herrlichen und billigen südlichen Früchten und die Fischhalle mit ihren verschiedenartigen Fischen, Krebsen, Austern, Schnecken und Muscheln. Frutti di mare, Meeresfrüchte, ist die sinnige Bezeichnung für das kleine Fischzeug. Hier kauft das arme Volk zum großen Teil seine Nahrung. Riesige Thunfische mit großem, blutrotem Fleisch werden von den unseren Metzgern ähnlichen Verkäufern ausgewogen; kleines Fischzeug wird, in Oel gebraten, an Ort und Stelle mit Kopf und Gräten gegessen. Ueberall wird mit südlicher Lebhaftigkeit gehandelt und gefeilscht. Die Restaurants für die unteren Volksschichten sind Lokale, in denen Küche, Keller und Wirtschaft in einem Raume vereinigt sind: hier sind Fässer mit verschiedenen Weinen aufgestellt, dort alle möglichen koch- und eßbaren Sachen und unmittelbar dahinter wird mit Oel geschmort und gebraten. Alle Augenblicke kommen Sänger und Sängerinnen mit Harfe und Geige, Zauber- und andere Künstler und jeder Gast gibt sein Scherflein.

Auch die Triester Genossen hatten es sich nicht nehmen lassen, und zu Ehren vor der Abreise nach Venedig einen Kommers zu veranstalten. Der schöne Garten bei Berger in der Altstadt, zu dem man viele Stufen hinauf- oder herabsteigt, war gedrückt voll bis spät in die Nacht. Bei Ansprachen, Gesang, Musik und Feuerwerk verging auch hier die Zeit nur zu schnell.

In schlimmen Händen

Roman von Erich Schlaikjer

Eine verdächtliche Popularität umfloß die beiden „Stadtengel", wie man sie unter Anlehnung an ihren Namen und zum Dank für genossene Schäferstunden in der Bevölkerung getauft hatte. Besonders die jüngere von ihnen, die sogenannte „lange Marie", die von der Mutter das lose Maul geerbt hatte, war nicht nur ein öffentliches Frauenzimmer,

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/17
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

sondern auch so etwas wie ein öffentlicher Charakter, dessen derbe Anmerkungen viel belacht und beachtet wurden. Marie war ein langes, grobes, aber ungewöhnlich kräftiges und gesundes Frauenzimmer, von einer sozusagen unverfrorenen derben Schönheit. Ihr Gesicht war von einer offenen, dreisten Sinnlichkeit geprägt und ihre Augen blickten so unbekümmert und selbstbewußt, unter Umständen auch frech und kalt, als wäre die Tugend der ganzen Stadt für sie nur ein häßlicher Hund, den sie durch einige kräftige Fußtritte schon zur Ruhe bringen wollte. In ihrer äußeren Erscheinung war sie unter Umständen etwas nachlässig, unbekümmert nach Vagabundenart, aber ohne je unsauber zu werden oder von ihrem besonderen Reiz etwas einzubüßen. Ihre Bewegungen waren lässig und etwas bequem, von einer verschlafenen Sinnlichkeit, wie sie einer Liebesnacht zu folgen pflegt, gleichsam als recke sie sich, um aus den kräftigen Gliedern die sinnliche Müdigkeit zu verscheuchen. Wenn sie guter Laune war, konnte sie viel Mutterwitz entfalten, und guter Laune war sie am ehesten, wenn sie bei einem starken Bier in der Schenke saß und sich in kräftigem Behagen mit Matrosen unterhielt, die in jeder Beziehung an einen sehr starken Tabak gewöhnt waren. Hier sprangen ihr dann bei Gläserklang und Tabakqualm die Scherze über die vollen Lippen, die in dem Städtchen als eine seltene und ungewöhnlich saftige Kost beliebt waren. Die Schwester der langen Marie war weniger populär. Obwohl sie nur um einige Jahre älter war, hatte sie nicht das Derbe und Unverwüstliche ihrer Schwester; sie zeigte ein weniger gesundes Bild, das aber von einem feineren und viel raffinierteren Pinsel gemalt worden war. Auch sie hatte einen großen und kräftigen Körper; aber die Schultern waren leicht nach vorn geschoben und ihr Teint war so bleich und unnatürlich rein, daß sie fast leidend aussehen konnte. Ihr Haar war pechschwarz und in dem bleichen Gesicht brannten zwei dunkle Augen mit einem fast krankhaften Feuer. Die dunklen Augen konnten so klagend und sehnend blicken und um die blassen schmalen Lippen konnte ein so weltentrücktes Lächeln träumen, daß sich etwas wie ein höherer Schimmer über das Gesicht legte, etwas von einer Heiligen, die eine große Sünderin gewesen war und deren dunkle Augen nun in Schwermut glänzten. In denselben dunklen Augen konnte aber auch ein verzehrendes Feuer brennen und wallen; dann stahl sich aus den Winkeln des schmalen, blassen Mundes — wie ein graziöses, schillerndes Schlängelchen — ein kaltes, grausames Lächeln hervor, und dann war es, als berausche sich die entzündete Phantasie eines Dämonen an Blut und nächtlichem Verderben. Bald aber saß sie wieder ruhig und gelassen da und war die Schwarze aus der Fischergasse, die alle Welt kannte und die auf der Steinbank vor dem Hause etwas frische Luft schöpfen wollte.

Die bleiche Farbe hatte die Schwarze aus der Großstadt mitgebracht. Es war eine feste Tradition in der Engelbrechtschen Familie, daß die Töchter nach der Konfirmation sofort nach Kiel gesandt wurden, solange sie noch völlig tadellos waren, wollte Frau Engelbrecht sie in der Fremde wissen. Erst wenn sie reife Erfahrung und eine gewisse Solidität des Lasters erworben hatten, konnten sie wieder zurück, um dann ihre Operationen auf dem schwierigen Terrain einer kleinen Stadt zu beginnen. Die gelassene und etwas phlegmatische Marie war aus dem Leben der Großstadt so kerngesund zurückgekommen, wie sie nur je gewesen war. Die brennende Leidenschaft der Schwarzen aber hatte ihre Opfer gefordert. Sie hatte ihr die [illegible] Kissenfarbe genommen und ihr jenes sehnende und verzehrende Aussehen gegeben, von dem in der kleinen Stadt nur die wenigsten etwas wußten und verstanden. Ein anderer Umstand, den die Schwarze als ein schweres erlittenes Unrecht empfand, war dann noch hinzugekommen. Während die lange Marie die unvermeidlichen Kinder sozusagen spielend zur Welt gebracht hatte, war es fast gewesen, als habe sich der Schoß der Schwarzen gegen das Gebären gesträubt, und sie hatte sehr schwere und harte Entbindungen durchmachen müssen. Dann waren die Kleinen allerdings bald gestorben, als hätte der Haß der Mutter ihnen die Lebensmöglichkeit genommen; aber der Schaden, den die Schwarze an ihrem Aussehen genommen hatte, war damit ja nicht aus der Welt geschafft, und so blieb ein dunkler Haß zurück, den auch die winzigen Kindersärge nicht zu tilgen vermochten. Wenn sie aber mit ihren stillen, sehnenden Augen so geräuschlos und diskret, ja fast bescheiden und demütig durch die Fischergasse glitt, sah ihr das niemand an. Während die lange Marie aus ihrem Herzen keine Mördergrube machte, wurde von all dem Rätselvollen, das bei der Schwarzen im Hintergrunde des Wesens lag, nie etwas offenbar. Manche Frau hatte schon zu kränkeln begonnen, weil ein fremder Hauch in ihre Stuben gekommen war; daß sie aber unter dem Atem der schreienden und demütigen Schwarzen stand, ahnte sie nicht. Die Nächte der Schwarzen blieben ein undurchdringliches Geheimnis, das selbst von der sonst so frechen Marie mit einer Art von scheuer Ehrfurcht respektiert wurde.

Meister Engelbrecht wurde von den beiden Töchtern nie anders als der „Unschuldige" genannt, weil er nämlich, wenn er nach der Meinung der beiden Frauenzimmer etwas versehen hatte, in seiner geduckten und ängstlichen Weise nur zu stammeln wußte: „Ich bin unschuldig, ich bin unschuldig" — eine Verteidigung, die von der Schwarzen mit einem verschwiegenen, ironischen Lächeln entgegengenommen, von der Marie aber mit lebhaften Grimassen und verstellter Stimme nachgeäfft wurde. Dem Unschuldigen nun wird manches aufgebürdet, und dem alten, grau gewordenen Schuster erging es nicht anders. Marie und die Schwarze rührten keinen Finger und ließen sich persönlich noch in reichem Maße bedienen. In der dunklen Morgenstunde des Winters und beim ersten zaghaften Rot der Frühlingssonne wirtschaftete das kleine Männchen bereits in der Wohnung umher. Er reinigte die unteren Zimmer, er heizte die Oefen, er kochte den Kaffee, er machte sich an die oberen Zimmer, wenn die Töchter aufgestanden waren und die zwei unehelichen Kinder der Marie, die augenblicklich noch in der Wohnung herumkrabbelten, waren ausschließlich ihm zur Wartung überwiesen. Fürs Essen sorgte Frau Engelbrecht selber, und wenn sie am Abend von ihrer auswärtigen Arbeit heimkam, legte sie auch im Haushalt eine letzte Hand mit an. Seitdem die Ehrbarkeit von ihr Besitz genommen hatte, hatte sie an dem Mann doch manche Vorzüge entdeckt, und sie nahm sich seiner an, wenn etwa die Bequemlichkeit der langen Marie allzu schamlose Forderungen stellte. Nur wenn die Schwarze ihn vornahm und einige ihrer still ersonnenen und sorgsam vergifteten Stiche gegen ihn führte, wagte auch Frau Engelbrecht nichts zu sagen. Es herrschte dann eine tiefe Stille und die Schwarze führte die Exekution mit kalter, überlegter Ruhe und mit einem leisen Funkeln in den Augen zu Ende.

(Fortsetzung folgt.)

Technisches

Die Elektrizität in Schiffsbetrieben

Besichtigen wir heute einen unserer modernen Schiffspaläste oder machen wir mit einem derselben eine Ueberfahrt, so daß uns Zeit bleibt, uns mit der inneren Einrichtung des Schiffes etwas genauer bekannt zu machen, so staunen wir bald über die vielseitige Benutzung der elektrischen Energie. Ist doch die Zeit längst vorüber, in der man glaubte, die Elektrizität eigne sich nur für Anlagen auf dem Festlande. Im Gegenteil hat sich mittlerweile die Ansicht Geltung verschafft, daß es nur im eigensten Interesse der Schiffahrt liegt, wenn sie alle Neuerungen und Fortschritte der Elektrotechnik in möglichst weiten Grenzen ausnutzt. Es wird deshalb auch kein Handels- und noch weniger ein Personenschiff mehr gebaut, das nicht mit einer elektrischen Zentrale zur Licht- und Krafterzeugung ausgerüstet ist.

Für die Beleuchtung der Schiffsräume sind die elektrischen Glüh- und Bogenlampen unerläßlich. Gibt es doch kein künstliches Licht, das diese an Einfachheit, Handlichkeit und Feuersicherheit übertrifft. Dabei ist das elektrische Licht den Schwankungen und Erschütterungen des Schiffes gegenüber vollständig unempfindlich, da dieselben weder die Lichtstärke noch die Stromzuführung beeinträchtigen. Auf neueren Schiffen kommt auch für die Heizung der Passagier- und Mannschaftsräume häufig elektrische Energie zur Anwendung, da die elektrischen Oefen für die Schiffe ähnliche Vorzüge aufweisen wie die elektrischen Lampen. In den Küchen und Wirtschaftsräumen sowie auch in den Wohn- und Aufenthaltsräumen der Schiffe spielt die Elektrizität das Mädchen für alles. Sie dient zum Kochen, Braten, Warmhalten und Wiederauftauen der Speisen und Getränke, zum Antrieb der verschiedensten Hilfsapparate in der Küche, wie Kartoffelschäler, -zerkleinerer, -schaber und -reiber, der Fleischhackmaschinen, Teigrührer, Kaffeemühlen, Messerputzer, Geschirrspüler usw., zum Erwärmen des Badewassers, der Bügeleisen und der Brennscheren, als Zigarrenanzünder sowie zu allen möglichen anderen Zwecken.

Eine wichtige Rolle spielt die Elektrizität auch beim Antrieb des Schiffes. Zwar erhalten die Schiffsschrauben selbst bis jetzt nur vereinzelt elektrischen Antrieb, um so mehr aber alle Neben- und Hilfsmaschinen. Die Steuerruder, die früher kräftiger Hände zu ihrer Bedienung bedurften, gehorchen heute dem leisesten Fingerdruck auf die elektrische Schaltung. Ebenso werden alle Ventilatoren, Pumpen, Aufzüge, Winden und dergleichen fast ausschließlich elektrisch bewegt. Beim Sicherungs- und Rettungsdienst kommt die Elektrizität ebenfalls zur Geltung. Sie besorgt hier das Ablassen und Wiedereinholen der Anker, der Rettungs- und sonstiger Schiffsboote, das Oeffnen und Schließen der Schottentüren und deren Sicherung gegen etwa eintretende Wasser. Mit Hilfe großer Scheinwerfer beleuchtet sie die Fahrstraße und deren nähere Umgebung und erleichtert so das hilfreiche Eingreifen der Rettungsmannschaft bei Unfällen und sichert die Fahrt an schwierigen oder gefahrbringenden Stellen sowie beim Begegnen oder Ueberholen anderer Schiffe. Das Einbringen der Waren in die Schiffsräume sowie auch das Einbunkern der Kohlen erfolgt durch elektrische Krane. Ebenso werden die Kohlen durch elektrisch bewegte Becherwerke, Kratz- und Transportbänder den Kesseln und nicht selten sogar direkt der Feuerung zugebracht. Auch das Aufhissen und Niederholen der Flaggen, Signalzeichen und Signallaternen, soweit letztere nicht durch fest angeordnete und beliebig zum Aufleuchten zu bringende elektrische Signallichter ersetzt sind, erfolgt mittels Elektrizität. Die Fluß- und Kanalschiffahrt benutzt neuerdings in immer weiterem Umfange von außen zugeführte elektrische Kraft, die in ähnlicher Weise wie bei den elektrischen Straßen- und Eisenbahnen durch blanke Drahtleitungen am Ufer entlang geleitet und von den Schiffen mittels Schleifbügels oder Rollen abgenommen und den Motoren zugeführt wird.

In noch weiterem Maße wie auf den Handels- und Passagierschiffen gelangt die Elektrizität bei der Kriegsmarine zur Anwendung. Unsere modernen Panzerriesen haben elektrische Zentralen, deren sich eine Großstadt nicht zu schämen brauchte. Hier gibt es kein Arbeitsgebiet, auf dem nicht die elektrische Kraft eingreift. Außer den Schiffsschrauben, die vorwiegend durch Dampfturbinen bewegt werden, haben alle Bewegungsapparate elektrischen Antrieb. Auch die Geschütze und Geschütztürme werden durch elektrische Energie bewegt, gerichtet und eingestellt. Ebenso erfolgt das Zubringen und Einziehen der Munition durch solche. Daß die Beleuchtung und Heizung, ähnlich wie auf anderen Schiffen, elektrisch erfolgt, ist selbstverständlich. Auch hat hier der Scheinwerfer noch besonders dadurch eine hervorragende Stellung, daß er zum Aufsuchen feindlicher Schiffe sowie bei Küstenfahrten zum Absuchen der Küste zwecks Erkundung der feindlichen Stellung dient. Die Uebermittlung aller Befehle von der Kommandobrücke nach den verschiedenen Schiffsstellen und Unterabteilungen erfolgt einzig mittels elektrischer Leitungen. Sind es diese doch allein, die selbst beim Toben des stärksten Sturmes sowie während der Schlacht, durch sichere Weitergabe aller Kommandos, eine einheitliche Leitung ermöglichen. Die hervorragendste Rolle spielt die elektrische Energie aber auf den Torpedobooten und in noch weitgehenderem Maße auf den Unterseebooten. Sind die letzteren doch fast allein und bei Unterseefahrten vollständig auf solche angewiesen. Die Elektrizitätsquelle bildet deshalb bei ihnen den wichtigsten Lebensnerv des ganzen Schiffes, der dieses bei einem Versagen hilflos macht. Gerade hier wird deshalb auf die elektrische Einrichtung der größte Wert gelegt und das Beste ist dafür kaum gut genug. Ek.

Umschau

Theater

Opernhaus. In der gestrigen ersten Volksvorstellung der Spielzeit 1913/14 wurde Adolphe Adams romantisch-komische Oper König für einen Tag („Wenn ich König wäre!") aufgeführt. Die Zeit und ihre Geschmacksart, aus der heraus dieser exotisch belebte Opernstoff entstanden, ist uns zwar fremd geworden; nichtsdestoweniger ist der Griff nach diesem Opernwerk, namentlich in bezug auf Eröffnung einer Vortragsfolge, gutzuheißen. Denn: nicht leicht dürfte ein anderes Werk so anschaulich die für das heutige Theater wichtige Wirkung gelungener und farbenfreudiger Bühnenbilder demonstrieren, als dieses. Es freut es mich, daß die Besucher der gestrigen Volksvorstellung nun auch die Kunst unseres Meistermalers Altenkirch kennen lernen und gleichzeitig auch sehen konnten, wie der „Zauberer" am Beleuchtungsapparate sein zauberhaftes Licht über die vom Maler gestellte Szene fließen ließ. Die Wandlung von strahlender Tageshelle zu südlicher Mondnacht im ersten Akte wird bei den Theaterbesuchern gewiß unvergeßlichen Eindruck hervorgerufen haben. — Die Vorstellung verlief in anregender Weise. Desider Zador in der ihm zusagenden Maske des Königs Massoul, Elise von Catopol als reizende Prinzessin, Robert Büssels köstlicher Kadoor und der Zephoris des prächtig singenden Fritz Soot, ferner Josef Pauliks lustiger Pifear und die liebevolle Zelide Erna Freunds, sowie die von Frida Heß und dem Ballettkorps ausgeführten Tänze waren von starker Wirkung.

Dem Programmzettel hätten eine kurzgefaßte Inhaltsangabe des Stückes und ein paar Notizen über den Tondichter beigefügt werden sollen. Adolphe Adam, einer deutschen Familie aus dem Elsaß entstammend, wurde vor 110 Jahren (1803) in Paris geboren. Boieldieu, der Komponist der Weißen Dame, förderte Adams musikalisches Talent. Von seinen 53 (!) Bühnenwerken sind in Deutschland außer der genannten Oper Der Postillon von Lonjumeau und das Tanzpoem Die Nürnberger Puppe bekannt geworden. B.

Das bisher noch nirgends aufgeführte Werk von Herbert Eulenberg: „Ikarus und Dädalus" wurde namentlich in Düsseldorf erstmals auf der Bühne erprobt. Der Dichter nennt es ein Oratorium. Die Geschichte des Ikarus, der die Sonne ersiegen wollte und sein Unterfangen mit dem Tode büßen mußte, gibt der Dichtung den Zusammenhang; innerlich hat sie mit ihr bis auf eine gewisse Symbolik nichts zu tun. In freien Rhythmen, wechselnd mit vornehmen und strengen Versformen, schreitet das Gedicht daher, das in bisweilen etwas absichtlicher und überladener Form Weltanschauung verkündet. Persönliches Weltempfinden mildert diesen Mangel, dichterischer Impuls und Ausdruck trägt darüber im stärksten Augenblick hinweg. Was das Gedicht will, sagt der Chor der Menschheit, der also anhebt:

Allen großen Geistern ergeben,
Die gleich Gestirnen über uns stehn,
Wollen wir fürder schaffen und leben,
Selber wie Götter durch Dasein gehn.
Allen Menschen verbrüdert im Herzen,
Dienen dem Sinn wir, der uns erfüllt,
Tragen der Bildung heilige Kerzen
Zu dem Ziel, das uns glücklich enthüllt.
Frei ist die Menschheit, tot sind die Götter,
Unser ist dieses Leben und Land.
Keine Sklaven, doch auch keine Spötter,
Bleibt unser Blick zur Höhe gewandt.
Wir können leben, wir können sterben
Ohne Gebet, ohne Fluch und Schrei,
Wir weichen gern den Enkeln und Erben,
Wenn der Traum unserer Tage vorbei.

Arbeiter-Sängerbund

Die Coschützer und Burgker Vereine des Arbeitersängerbundes traten nach längerer Pause am Sonnabend wieder vor die Oeffentlichkeit. Merkwürdigerweise lag aber der Schwerpunkt ihres Konzerts in einer Instrumentalnummer: Suite 1 aus „Peer Gynt" von Edvard Grieg. Die Burgker Bergkapelle unter Leitung ihres Musikdirektors Herrn Schönberg war erfolgreich bemüht, dem Werke gerecht zu werden; doch hinderte die Größe und durch die Dekoration verdorbene Akustik des Saales die volle Wirkung der intimen Klangreize. Die Lohengrin-Fantasie kam dagegen recht gut zur Geltung und löste starken Beifall aus. Von den Vokalnummern möchte ich keine besonders hervorzuheben, da Beethovens „Chor der Gefangenen" aus dem Fidelio eben nur in der Oper an seinem Platze ist, aus diesem Zusammenhange gelöst aber die Wirkung verfehlen muß. Die übrigen Chöre bis auf Thrones „Wanderburschenlied" und Pfitzingers „Schmiede" vermochten weder textlich noch musikalisch besonderes Interesse auszulösen; ich glaube sicher, daß bei wertvolleren Chören die Sänger noch viel größeren Eifer gezeigt hätten. Das Stimmenmaterial der Chöre ist durchaus nicht schlecht und entbehrt auch nicht der Pflege, wenngleich die Aussprache noch ziemlich an Lokalismen krankt. Der Liedermeister, Herr Pöpsch, ist offenbar in Fühlung mit seinen Sängern; da muß bedeutend mehr herauszuholen sein. Hoffen wir, daß beim nächsten Konzert die Vereine auch ihrer Stärke entsprechende Leistungen uns bieten. Stillstand ist Rückschritt! al.

Kunstgewerbe

Die Reklame in Geschäfts-Drucksachen. Unter diesem Titel hat gegenwärtig die Graphische Vereinigung in Dresden im städtischen Ausstellungspalast eine Ausstellung eröffnet, die auf dem Gebiete der Geschäftsreklame solide Arbeit und künstlerischen Geschmack fördern will. Die Veranstaltung legt Zeugnis davon ab, wie eifrig die Mitglieder der Vereinigung bestrebt sind, ihren Beruf materiell und künstlerisch zu heben. Sie dienen damit zugleich in hohem Maße einem allgemeinen Interesse: denn die Reklame durchdringt in unserem kapitalistischen Geschäftszeitalter mit ihren Massenprodukten die gesamte Volkskultur wie nicht leicht eine andere kunstgewerbliche Macht. Sie kann die allgemeine künstlerische Kultur des Volkes verseuchen oder auch heben, je nachdem, wie sie selbst geartet ist. Die Ausstellung zeigt nun eine Menge Beispiele guter geschmackvoller Reklame, aber auch solche, wie es nicht gemacht werden sollte. Zum Teil sind diese von den Veranstaltern in der Gruppe „Verbesserungsbedürftig" untergebracht und so dem Laien kenntlich gemacht. Die Beispiele guter Reklame unterscheiden sich von diesen vor allem wohltuend durch Einheitlichkeit und Harmonie von Schrift, Schmuck, Farbe, Papier usw. Die größten Wirkungen werden dort erreicht, wo an Stelle protziger aber schablonenhafter Ausführung charakteristische Gestaltung tritt, die mit dem Artikel, den die Reklame uns anzeigt, im Einklang steht. Da sind vor allem die prächtigen Packungen, in Buntdruck hergestellt, zu nennen, die auf ihren Inhalt höchst verlockend hinweisen. Ueberhaupt ist ein vornehmer und richtig angewendeter Buntdruck geeignet, uns mit manchem Auswuchse des Reklamewesens zu versöhnen. Ist doch die Farbenfreude ein kulturelles Element, das in unserer nüchternen Zeit noch immer viel zu wenig zur Geltung kommt. Freilich sollte mit solch künstlerisch gestalteter Reklame auch ihr textlicher und eventueller materieller Inhalt im Einklang stehen. Wenn auch auf diesen letzteren der entwerfende Künstler leider keinen Einfluß hat, so wäre es doch wohl möglich, daß der Auftraggeber sich wenigstens über den Text der Anpreisung mit ihm verständigte, damit uns nicht geschmacklose Worte in künstlerischem Gewande präsentiert werden. Das ist eine sehr berechtigte Forderung, die die Graphische Vereinigung übrigens auch in ihren Leitsätzen zu dieser Ausstellung aufstellt. Wir empfehlen den Besuch der Ausstellung, die bis zum 21. September bei 25 Pf. Eintritt geöffnet bleibt. ma.

Volksbildung

Coschütz-Gittersee. Morgen Mittwoch den 17. September wird unsere Bibliothek als neueingerichtete Ausgabestelle der Zentral-Arbeiterbibliothek Dresden der Arbeiterschaft wieder zur Benutzung zur Verfügung gestellt. Bei der wichtigen Rolle, die die Bibliothek zweifellos in der Weiterbildung der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft spielt, dürfte es wohl angebracht sein, bei dieser Gelegenheit einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung unserer Bücherei zu werfen. Im Herbst 1908 wurde von der Gruppe Gittersee des Sozialdemokratischen Ver-

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130916/18
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG